G 1800 EX

# Blätter für deutsche und internationale Politik

**Bernd Greiner**
**Reagan/Haig: Es gibt Wichtigeres als Frieden**

**Reinhard Kühnl**
**Die USA, Westeuropa und die Bundesrepublik**
**Unterschiedliche Interessen, Veränderungen der Ideologie und der Herrschaftsform**

**Nino Pasti**
**Militärisches Kräfteverhältnis und „Nachrüstung"**

**Michiel Herman von Meyenfeldt**
**Zur Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen in den Niederlanden**

**Werner Glinga**
**Zur Situation in der Labour Party**
**Der Thatcher-Kurs und die Alternativen der Labour-Linken**

**Jürgen Kuczynski**
**Alltag eines Volkes**

# 2'81

**Februar 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM**
**Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM**

**Pahl-Rugenstein Verlag Köln**

# Februar 1981


CHRONIK DES MONATS JANUAR 1981 ..... 129

KOMMENTARE UND BERICHTE

Reagan/Haig: Es gibt Wichtigeres als Frieden ..... *Bernd Greiner* 132

The Germans to the Front ..... *H. J. A.* 138

Afghanistan-Bericht eines Labour-Abgeordneten ..... *Ron Brown* 141

HAUPTAUFSÄTZE

Die Welt zu Beginn der 80er Jahre (II)
Die USA, Westeuropa und die Bundesrepublik.
Unterschiedliche Interessen, Veränderungen der Ideologie und der
Herrschaftsform ..... *Reinhard Kühnl* 146

Militärisches Kräfteverhältnis und „Nachrüstung"
Ein Beitrag zum Thema Gleichgewicht ..... *Nino Pasti* 184

Zur Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen
in den Niederlanden ..... *Michiel Herman von Meyenfeldt* 191

Zur Situation in der Labour Party
Der Thatcher-Kurs und die Alternativen der Labour-Linken ..... *Werner Glinga* 196

Zur inneren Situation in den USA
Interview mit einem amerikanischen
Bürgerrechtskämpfer (II) ..... *Ken Lawrence im Gespräch mit Bernd Greiner, Michael Jung und Sara Stebbins* 214

Alltag eines Volkes ..... *Jürgen Kuczynski* 225

Soziale Wirklichkeit und sozialwissenschaftliche Forschung
Sozialindikatorenbewegung als Instrument vorausschauenden
Krisenmanagements? ..... *Wilma Albrecht* 234

BÜCHER

Ausgrabungen – Auf der Suche nach radikalen Demokraten ..... *Gerhard Kade* 245

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Das Sozialbudget 1980
(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 250

MEDIENKRITIK

„Lili Marleen" oder der heldenhafte Opportunismus ..... *Günter Giesenfeld* 253

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Antrag von 24 SPD-Bundestagsabgeordneten an ihre Fraktion auf eine Kürzung der Verteidigungsausgaben (Wortlaut) ..... 254

Arbeitslosigkeit und Menschenrechte in den USA. Ein Artikel des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO, Lane Kirkland, im „Handelsblatt" vom 31. Dezember 1980 (Wortlaut) ..... 255

# Blätter für deutsche und internationale Politik

*Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 2/81*

*Herausgegeben von*

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

*Mitbegründet von*

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

*Redaktion*

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER

*Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54*

# Chronik des Monats Januar 1981

*1. 1. – E G. Griechenland wird 10. Mitglied der Europäischen Gemeinschaften. – Am 6. 1. übernimmt Gaston Thorn (Luxemburg) das Amt des Präsidenten der EG-Kommission von Roy Jenkins (Großbritannien). Der Kommission gehören nach dem Beitritt Griechenlands 14 Mitglieder an. Griechische Abgeordnete erhalten Sitz und Stimme im „Europäischen Parlament", das damit 434 Abgeordnete zählt.*

*7. – 14. 1. – U N O. Im Palais des Nations in Genf findet eine Konferenz über die Zukunft Namibias (Namibia Pre-Implementation Meeting) statt, die von Generalsekretär Waldheim eröffnet wird. Die Teilnehmer gehen ohne Ergebnis auseinander, nachdem Südafrika sich geweigert hatte, einen verbindlichen Termin für einen Waffenstillstand mit der Befreiungsfront SWAPO zu akzeptieren.*

*5. 1. – G r o ß b r i t a n n i e n. Premierministerin Thatcher entläßt sechs Mitglieder ihres Kabinetts, darunter Verteidigungsminister Francis Pym, der durch den bisherigen Handelsminister John Nott ersetzt wird. – Am 24. 1. findet in London ein außerordentlicher Labourparteitag statt, der nach kontroverser Debatte ein neues Verfahren für die künftige Wahl des Parteivorsitzenden festlegt. Im Anschluß an den Kongreß gründen führende Mit-*

glieder des unterlegenen rechten Parteiflügels, unter ihnen der bisherige Präsident der EG-Kommission, Roy Jenkins, sowie der ehemalige Außenminister David Owen, einen „Ausschuß für Sozialdemokratie" (Council for Social Democracy).

– *Portugal.* Nach längeren Verhandlungen (vgl. „Blätter", 1/1981, S. 2) bildet Francisco Pinto Balsemao ein neues Koalitionskabinett. Außenminister wird Andre Goncalves Pereira. Das neugeschaffene Ministerium für europäische Integration übernimmt Alvaro Barreto.

6. – 7. 1. – *Libyen/Tschad.* Bei einer Zusammenkunft in Tripolis vereinbaren die Präsidenten Ghadhafi (Libyen) und Goukouni Oueddei (Tschad) den Zusammenschluß ihrer Staaten. – Am 8. 1. weist die französische Regierung in einer Stellungnahme auf die militärische Präsenz Libyens im Tschad hin und erklärt, sie betrachte die Fusionspläne als ungültig. Die Regierung bietet gleichzeitig den Nachbarstaaten des Tschad Militärhilfe an und entsendet Marineeinheiten in die Zentralafrikanische Republik. – Am 13. 1. beginnt in Lomé (Togo) eine Sonderkonferenz der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU), die die geplante Fusion der beiden Staaten verurteilt und Libyen auffordert, seine Truppen aus dem Nachbarland zurückzuziehen. Der Tschad nimmt nicht teil, der Vertreter Libyens verläßt die Konferenz schon nach der Eröffnungssitzung. – Am 23. 1. fordern Libyen und der Tschad in einer gemeinsamen Erklärung den sofortigen Abzug der französischen Truppen aus Afrika und die Einberufung eines afrikanischen Gipfeltreffens.

8. 1. – *USA/Iran.* Der stellvertretende US-Außenminister Christopher reist nach Algier, um von dort aus die durch Vermittlung der algerischen Regierung geführten Verhandlungen über die Bedingungen zur Freilassung der 52 amerikanischen Geiseln (vgl. „Blätter", 12/1979, S. 1418) mit dem Iran fortzusetzen. – Am 14. 1. verabschiedet das Parlament in Teheran eine Gesetzesvorlage über die Errichtung eines Schiedsgerichts, das über Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit finanziellen Forderungen des Iran gegenüber den USA entscheiden soll. – Am 19. 1., einen Tag vor dem Amtsantritt von Präsident Reagan, wird (getrennt in Teheran und Algier) eine iranisch-amerikanische Vereinbarung unterzeichnet, die die Modalitäten für die Rückführung der Geiseln sowie für die Freigabe und den Transfer blockierter iranischer Vermögenswerte bei amerikanischen Banken regelt. Die 52 Amerikaner werden am 20. 1. von Teheran über Algier nach Frankfurt geflogen und von dort nach einem mehrtägigen Zwischenaufenthalt in die Vereinigten Staaten gebracht.

11. – 13. 1. – *Algerien/BRD.* Bundesaußenminister Genscher kommt in Algier mit Präsident Chadli Ben-Jedid, Ministerpräsident Abdelghani und Außenminister Benyahia zusammen. Genscher führt auch ein Gespräch mit dem stellvertretenden US-Außenminister Christopher, der mit der algerischen Regierung über die Freilassung der amerikanischen Geiseln im Iran verhandelt.

15. 1. – *Berlin (West).* Der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) und die noch amtierenden Senatsmitglieder treten zurück. Das Abgeordnetenhaus, in dem die SPD/FDP-Koalition über die Mehrheit verfügt (vgl. „Blätter", 4/1975, S. 361 und 1/1976, S. 113), hatte zuvor der Ernennung von vier neuen SPD-Senatoren die Zustimmung verweigert. In geheimer Abstimmung hatte nur der Bewerber der FDP für das Amt des Bürgermeisters und Senators für Wirtschaft, der Bundestagsabgeordnete und frühere EG-Kommissar Guido Brunner, die vorgeschriebene Stimmenzahl erreicht. Die Senatsumbildung war nach dem Ausscheiden von Bürgermeister Lüder (FDP) und mehrerer SPD-Senatoren im Zusammenhang mit einer umstrittenen staatlichen Bürgschaft für eine in Konkurs geratene Baufirma notwendig geworden. Nach dem Rücktritt des Senats bekräftigt die CDU-Opposition ihre Forderung nach sofortigen Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus. Die CDU sowie die Wählergemeinschaft „Alternative Liste" setzen getrennt die Vorbereitungen für die Durchführung eines Volksentscheids fort, um damit die Parlamentsauflösung und Neuwahlen zu erzwingen. – Am 18. 1. verhandelt der bisherige Wissenschaftssenator und künftige SPD-Geschäftsführer Peter Glotz in Bonn über einen Nachfolger für Stobbe. – Am 23. 1. wählt das Abgeordnetenhaus den bisherigen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) mit 73 gegen 60 Stimmen zum neuen Regierenden Bürgermeister und bestätigt den Senat in veränderter Zusammensetzung. – Am 26. 1. verbreitet die Nachrichtenagentur ADN eine Erklärung der sowjetischen Botschaft in der DDR, in der die Aufnahme einer „größeren Gruppe von Politikern der BRD" in den Senat als eine Aktion „im Widerspruch zum Viersei-

tigen Abkommen und zur grundlegenden Bestimmung über die Nichtzugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik" bezeichnet wird. – Am 29. 1. kommen die Vertreter von CDU, SPD und FDP überein, das Parlament im März d.J. aufzulösen und Neuwahlen am 10. Mai 1981 abzuhalten.

– Vatikan. Papst Johannes Paul II. empfängt in Privataudienz den Führer der polnischen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, der sich vom 13.–18. 1. in Italien aufhält. Gastgeber ist der Dachverband der Gewerkschaften.

16. 1. – USA/Norwegen. In Washington wird eine Vereinbarung („Memorandum of Understanding") unterzeichnet, die es den USA erlaubt, Militärdepots auf norwegischem Territorium zu errichten. Das Parlament in Oslo hatte das Abkommen mit 95 gegen 13 Stimmen (darunter neun Abgeordnete der regierenden Sozialdemokraten) gebilligt.

18. 1. – El Salvador/USA. Die amerikanische Regierung entsendet weitere Militärberater nach El Salvador, um die Regierungstruppen im Kampf mit den Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Präsident Carter erhöht noch vor dem Amtsantritt Reagans die Militärhilfe für El Salvador um weitere fünf Mill. Dollar.

20. 1. – USA. Der am 5. November v.J. gewählte Präsident Ronald Reagan und Vizepräsident George Bush (zur Wahl vgl. „Blätter", 12/1980, S. 1410) übernehmen mit der Vereidigung durch Bundesrichter Warren Burger offiziell ihre Ämter. Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig wird als Außenminister durch den Senat mit 93 gegen 6 Stimmen bestätigt. Zum Verteidigungsminister wird Caspar Weinberger und zum Sicherheitsberater des Präsidenten Richard V. Allen ernannt.

23. 1. – Ekuador/Peru. Ein Zwischenfall an der gemeinsamen Grenze führt zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen beiden Staaten. Peru hatte zuvor die von Ekuador verlangte Aufnahme von Verhandlungen über eine Revision des Grenzvertrages aus dem Jahre 1942 abgelehnt.

25. 1. – China. Ein Sondergericht in Peking verkündet die Urteile im Prozeß gegen die „Viererbande". Zwei Mitglieder, die Mao-Witwe Jiang Qing sowie der frühere stellvertretende Ministerpräsident Zhang Chunqiao, werden zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung wird auf zwei Jahre „zur Bewährung" ausgesetzt.

25.–28. 1. – Saudiarabien. Auf Einladung König Khaleds findet in Taif in der Nähe von Mekka die dritte islamische „Gipfelkonferenz" statt, an der 38 Staaten teilnehmen. Nicht zugelassen sind Ägypten und Afghanistan. Der Iran und Libyen bleiben den Beratungen ebenfalls fern. Die Konferenz verabschiedet u.a. Resolutionen über Afghanistan und die Fortsetzung des Kampfes gegen Israel.

27. 1. – KSZE. Das am 19. 12. vertagte Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) geht in Madrid weiter (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 12/1980, S. 1411). Während der zweiten Phase sollen vor allem die Vorschläge zur Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz behandelt werden.

29. 1. – DDR/BRD. Der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Honecker empfängt Staatssekretär Günter Gaus zu seinem Abschiedsbesuch. Gaus, seit Juni 1974 Leiter der Ständiger Vertetung der Bundesrepublik in der DDR (vgl. „Blätter" 4/1974, S. 326 f. und 7/1974, S. 651), übernimmt das Amt des Wissenschaftssenators in Westberlin.

– Abrüstung. Nach mehrwöchiger Unterbrechung (vgl. „Blätter", 1/1981, S. 3) werden in Wien die Verhandlungen zwischen Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages über eine Verminderung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa fortgesetzt. Auf einer Pressekonferenz weist der polnische Botschafter Strulak auf das Angebot der sozialistischen Staaten vom 10. Juli und 13. November v.J. hin, weitere 20000 sowjetische Militärangehörige aus dem Reduzierungsgebiet abzuziehen (vgl. „Blätter", 11/1979, S. 1399 f.), falls die USA zum Abzug von 13000 Mann bereit seien.

30. 1. – USA/UdSSR. Auf seiner ersten Pressekonferenz im Weißen Haus richtet Präsident Reagan scharfe Angriffe gegen die sowjetische Außenpolitik und stellt den Fortgang der Entspannungspolitik in Frage. Die Vorwürfe werden noch am gleichen Tage von der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zurückgewiesen und als „verabscheuungswürdiges Manöver" bezeichnet. Reagan, so heißt es in dem Kommentar, habe offenbar den Charakter des weltrevolutionären Prozesses nicht verstanden.

# Reagan/Haig: Es gibt wichtigeres als Frieden

In den USA gehört es inzwischen offenbar zum guten Ton, daß scheidende Präsidenten vor den Folgen ihrer eigenen Politik „warnen". Eisenhower hatte einst damit angefangen, als er den militärisch-industriellen Komplex an den Pranger stellte. Gleichermaßen hat es sich eingebürgert, daß die neuen Präsidenten allesamt „Neues" verheißen – Eisenhowers Nachfolger Kennedy etwa einen „neuen Aufbruch" und „neue Ziele" (die damals darin bestanden, die von Eisenhower geerbten Pläne einer Kuba-Invasion zu realisieren und den nimmersatten militärisch-industriellen Komplex mit einem gigantischen Raketenprogramm und dem Vietnam-Krieg zu füttern).

Jimmy Carter nun hielt es im Januar 1981 ebenfalls für angebracht, zu „warnen" – vor den Gefahren eines Atomkrieges nämlich. Zweifellos dachte er nicht daran, damit das wichtigste Ergebnis seiner vier Jahre im Weißen Haus zu benennen, sondern setzte (wie üblich) auf das kurze Gedächtnis der Öffentlichkeit – immerhin ist schon ein Jahr vergangen seit dem NATO-Raketenbeschluß, ein dreiviertel Jahr seit dem gescheiterten Iran-Abenteuer, ein halbes Jahr seit der Erstschlags-Direktive 59.

Ronald Reagan ließ es sich seinerseits natürlich nicht nehmen, einen „neuen Anfang" zu verkünden. Selbstverständlich und wie bei allen Präsidenten nach 1945 war das Gelöbnis Reagans vor den in Frack und Cutaway versammelten Millionären in den uralten „amerikanischen Traum" nach Freiheit, Glück und individueller Selbstentfaltung verpackt – und ebenso selbstverständlich erschien dieser Traum wieder einmal in seiner pervertiertesten Gestalt, nämlich als skrupellose Rechtfertigung einer zur Sicherheitspolitik umgelogenen imperialen Expansion, die dem „freiesten" und von „Gott zur Freiheit auserkorenen Volk" vorgeblich Stabilität, Wohlstand und Menschenrechte verheißt.

Diesmal freilich mußte diese Fensterrede angesichts des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs der USA doppelt zynisch klingen. Für die Arbeitslosen und Entrechteten jedenfalls hatte Mr. Reagan nur Durchhalteparolen parat. – Soviel zum üblichen Rahmen.

Wo ein Kennedy jedoch den Satz „Wir werden überall und zu jedem Preis die Freiheit verteidigen" demonstrativ der Interpretation offen gelassen hatte, ging Ronald Reagan sogleich daran, seinen Leitspruch zu präzisieren. Er wollte keine Mißverständnisse darüber aufkommen lassen, was es heißt, die Amerikaner hätten „jedes Recht, heroische Träume zu träumen." (Dieses und alle weiteren Zitate aus der Antrittsrede sind entnommen: dem „Wireless Bulletin" (WB), Nr. 14 v. 21. 1. 1981, S. 5–11). Vietnam – ja, Kennedys, Johnsons und Nixons Vietnam! – sei aus diesen „heroischen Träumen" nicht wegzudenken. Schließlich habe man auch dort die Freiheit verteidigt, in Vietnam, wo amerikanische Soldaten „in hunderten von Reisfeldern und in Urwäldern" den „Heldentod" starben.

Und diesen Preis müsse Amerika auch in Zukunft zu zahlen bereit sein: „Wenn *Handeln* erforderlich ist, um unsere *nationale Sicherheit* zu bewahren, werden wir handeln. Wir werden die notwendige *Stärke* aufrechterhalten, um erforderlichenfalls *überlegen* zu sein . . ." (Hervorhebung v. Verf.). Die „Feinde der Freiheit" – zwei Sätze weiter schlicht und einfach „Terroristen" genannt – erinnerte er daran, daß Amerika um des bloßen Friedens willen niemals kapitulieren werde –

auch und gerade nicht in der jetzigen Situation innerer und äußerer *Krisen*, die Reagan als *„Krieg"*, der „gewonnen" werden müsse, verstanden wissen will. (Es war also kein verbaler Ausrutscher, als er die Teheraner Geiseln „Kriegsgefangene" nannte, eine Formel, die inzwischen auch Außenminister Haig aufgegriffen hat.)

Damit waren in der Antrittsbotschaft jene Überlegungen höchstoffiziell zur programmatischen Leitlinie erklärt, die General und Außenminister Alexander Haig eine Woche zuvor im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten in beklemmender Offenheit dargelegt hatte. (Die folgende Zusammenfassung basiert auf den bisher vorliegenden Protokollen der Haig-Hearings, abgedruckt in: WB, Nr. 7 – 13 v. 12.–15., 16., 19. u. 20. 1. 1981).

*„Handeln"* bedeutet demnach, sich auch im Zeitalter nuklearer Hochrüstung eine militärische Überlegenheit im Sinne *kriegsentscheidender Übermacht* (sog. „war-winning-capacity") aufzubauen und innerhalb wie außerhalb der Regierung den *politischen Willen* dominant durchzusetzen, die vorhandenen Waffen im Krisenfall auch anzuwenden: entweder innerhalb des traditionellen NATO-Operationsbereichs, also gegen die sozialistischen Länder, oder außerhalb dieser Grenzen (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 24. 12. 1980 u. 14. 1. 1981).

Haig ließ keinen Zweifel daran, daß er Carters offizielle Abkehr von der Doktrin der „gesicherten gegenseitigen Zerstörung" begrüßt und nun seinerseits darangehen wird, die Erstschlags-Direktive 59 materiell zu fundieren: nämlich mit den punktgenauen Waffensystemen langer und mittlerer Reichweite, die den entwaffnenden Erstschlag technisch überhaupt erst ermöglichen (mit Mehrfachsprengköpfen bestückte Interkontinentalrakete MX, Pershing-II und Cruise Missiles) und mit effektiver Raketenabwehr, um das eigene Potential weitestgehend unverwundbar zu machen. Verteidigungsminister Caspar Weinberger stellte daher zum wiederholten Male auch den SALT-I-Vertrag (der die Abwehrsysteme beschränkt) zur Disposition (vgl. WB, Nr. 12 v. 19. 1. 1981) und forderte, jetzt endlich die (für einen „begrenzten" Atomkrieg vorgesehene) Neutronenbombe in Westeuropa zu stationieren (3. 2. 1981).

Auch den neuen Herren Washingtons scheint das Atomkriegsrisiko kalkulierbar und offenbar „der Sieg möglich" (vgl. hierzu den programmatischen Aufsatz von Grey/Payne über den Atomkrieg, dokumentiert in: „Blätter", 12/1980, S. 1502–1509) – ein „Sieg" mit der zum Tode verurteilten Geisel Europa.

Diese bewußt konzipierte *Politik am Rande des atomaren Abgrunds* wird nicht mehr mit defensiven ideologischen Floskeln wie „Friedenssicherung" oder „Sicherheitspolitik durch globale Stärkung amerikanischer Macht" verkauft, sondern offensiv als Vorbereitung auf einen möglicherweise unumgänglichen Krieg legitimiert. „. . . es gibt Dinge, für die wir Amerikaner zu kämpfen bereit sein müssen. . . . Es gibt Dinge, für die es sich zu kämpfen lohnt. Wir müssen das verstehen. Wir müssen unsere Politik nach dieser glaubwürdigen und berechtigten Prämisse ausrichten." (WB, Nr. 9 v. 14. 1. 1981, S. 7)

Der hier zitierte amerikanische Informationsdienst machte sich wohl berechtigte Sorgen um das Ansehen Haigs in der Weltöffentlichkeit und um das Urteil künftiger Historiker, die die Geschichte der 80er Jahre schreiben werden. Man kürzte deshalb aus dem offiziellen Text die entscheidende politische Qualifizierung der „berechtigten Prämisse" künftiger amerikanischer Außenpolitik, nämlich Haigs Aussage, daß es *wichtigere Dinge gibt, als im Frieden zu leben"*. (zit. nach FAZ v. 12. 1. 1981; Hervorhebung v. Verf.); in der offiziellen englischsprachigen Version der Haig-Hearings ist diese

Stelle mit (. . .) wiedergegeben; in der deutschen Fassung, „Amerika-Dienst", Nr. 4 v. 21. 1. 1981, S. 5, fehlt sogar jeglicher Hinweis auf die Auslassung!).

Die hinter dieser Kriegsdrohung stekkende „Philosophie" glaubte man freilich wieder unbeschadet, wenn auch nur in Form eines kommentierten Exzerpts und in einer anderen Ausgabe des Informationsdienstes, abdrucken zu können. Haig erlaubte sich nämlich, den amerikanischen Unabhängigkeitskämpfer Patrick Henry mit dem (damals gegen die englischen Kolonialherren gerichteten) Satz zu zitieren: *„Gib mir Freiheit oder gib mir Tod."* (WB, Nr. 7 v. 12. 1. 1981, S. 2).

Derlei, den ursprünglichen Sinnzusammenhang in das Gegenteil verkehrende Sprüche kennt man zur Genüge von John Foster Dulles: „Lieber tot als rot". Leider steckt dahinter immer mehr als verbale Kraftmeierei. Der Kalte Krieg z. B., während dessen solche „Weisheiten" in aller Munde waren, war – wie inzwischen zugängliche Dokumente beweisen – eine Zeit, in der die USA mehrere Male mit dem Gedanken spielten, ihre militärische Überlegenheit auch real einzusetzen, also zu handeln (wie Reagan und Haig sich heute ausdrücken würden) – und zwar in Gestalt eines Atomkrieges gegen die sozialistischen Länder. Während es hier bei Planungen blieb, hielt man sich bei den Entwicklungsländern keineswegs zurück und „handelte" gegen die nationalen, antikolonialistischen Befreiungskämpfer in der Nachfolge Patrick Henrys, den Haig zynischerweise als Kronzeugen seiner menschenverachtenden Atomkriegs-Philosophie bemüht.

Auch in allen anderen Bereichen der Ost-West-Beziehungen kommt Haig weder über das Weltbild noch über die Handlungsmaximen des Kalten Krieges hinaus. Entspannungspolitik ist für ihn kein Thema, allenfalls in der Frage, wie sie erfolgreich zu torpedieren ist. D. h.: alle Politik leitet sich aus militärischer Macht und Überlegenheit ab. Damit könne man nicht nur nukleare Erpressungskonstellationen schaffen und/oder die UdSSR in den verschiedensten Fragen politisch unter Druck setzen, sondern auch ökonomisch auf Dauer zermürben; Rüstungskontrollpolitik wird damit de facto aufgekündigt: Inzwischen spricht Regan nicht mehr nur von einer „sechsmonatigen Denkpause" bei den SALT-Gesprächen, sondern kündigt an, über den Fortgang dieser Gespräche an sich müsse erst einmal „verhandelt" werden (Vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 31. 1. 1981). Technologietransfer und Handelsbeziehungen (wie z. B. das deutsche Erdgasgeschäft) seien ebenfalls zu beschränken; „entspannte" Ost-West-Beziehungen könnten erst dann wieder geschaffen werden, wenn sich die UdSSR den amerikanischen Spielregeln internationaler Beziehungen unterwerfe, den USA insbesondere in der Dritten Welt freie Hand für die Konterrevolution gewähre und damit also allgemein „ihr Verhalten" ändere (Junktim); und für dieses „geänderte Verhalten" sei die Sowjetunion dann in jedem Fall „künftig beweispflichtig" (wie die FAZ v. 16. 1. 1981 Haig interpretiert); schließlich müsse die Menschenrechtswaffe in Zukunft punktgenau und präzise eingesetzt werden: z. B. in Form der Forderung nach Freiheit und Unabhängigkeit für die Ukraine, Estland, Lettland und Litauen (WB, Nr. 13 v. 20. 1. 1981, S. 29); um endgültige „Klarheit" über die amerikanischen Ziele zu schaffen, griffen Haig und Reagan auch die noch verbliebenen Reste des entspannungspolitischen Verhaltenskodex frontal an, offenbar in der wohlüberlegten Absicht, alle Formen der Ost-West-Verständigung für absehbare Zeit einzufrieren: Die UdSSR sei die Quelle des „internationalen Terrorismus", meinte der im US-Terror gegen das vietnamesische Volk geschulte und augenblicklich mit amerikanischen Kriegsvorbereitungen befaßte General, und in Ronald Reagans beschränkter Weltsicht ist sowjetische Außenpolitik

eben nichts weiter als der Versuch, „zu lügen, *zu betrügen, jegliches Verbrechen zu begehen*" (FR u. 31. 1. 1981).

Vor langer Zeit schrieb die „New York Times" über Carters Sowjetpolitik, der Präsident glaube wohl mit der anderen Weltmacht umgehen zu können, wie ehedem die amerikanischen Siedler mit den Indianern. Auch Haig fühlt sich wohl schon in der Rolle des General Custer . . .

Haig präzisierte darüber hinaus den zweiten Schlüsselbegriff aus Reagans Antrittsrede, nämlich die *„nationale Sicherheit"*, in deren Interesse die USA gerade in der Dritten Welt „handeln" wollen. Ausdrücklich wird davon gesprochen, daß die *„globalen Turbulenzen"* – also interne Veränderungen in den Entwicklungsländern – eine der „sowjetischen Bedrohung" gleichwertige Gefahr darstellen – Grund genug, eine in dieser Form seit Trumans Zeiten nicht mehr gekannte Kampfansage an die Entwicklungsländer auszusprechen. Man glaubt offenbar nicht nur das „Vietnam-Trauma" überwunden, sondern legt auch alle seit Kennedy periodisch wieder auftauchenden Modelle reformistischer, „sozialliberaler" Integration zu den Akten.

Den Ungeist des *„Volks ohne Rohstoffe"* beschwörend, wird kurzerhand die gesamte Dritte Welt zur *unmittelbaren* US-Sicherheitszone erklärt. Auch hier beschränkt man sich nicht mehr nur auf die ideologisch „defensive" Begründung – Abwehr des von der UdSSR ferngesteuerten internationalen „Terrorismus" –, sondern nennt wie zu besten imperialistischen Zeiten das Interesse an der Kontrolle und Verfügungsgewalt über Rohstoffe als Hauptmotiv.

Konsequenterweise orientieren Weinberger und Haig die Flexible Eingreiftruppe nicht mehr nur auf den Persischen Golf, sondern auch auf „andere mögliche Krisenherde" (WB, Nr. 12 v. 19. 1. 1981, S. 29), insbesondere in Afrika (Zimbabwe, Angola!). Lateinamerika wird wohl deshalb nicht erwähnt, weil dort ohnehin US-amerikanisches Wort wieder Gesetz sein soll. Dazu die FAZ vom 2. Februar 1981: „Den Gedanken, nicht an den Symptomen zu kurieren, sondern eine Operation am nahen Zentrum des Übels vorzunehmen, an Kuba, hat Kissinger schon 1976 geäußert. Für die Amerikaner ist die Behandlung dieser Fragen ein Stück Innenpolitik . . .".

Aufschlußreich auch hier das Haig-Hearing: die Senatoren sinnierten ausgiebig mit dem neuen Außenminister darüber, daß man sich doch viel Mühe und Arbeit erspart hätte, wäre es gelungen, den Regierungsantritt (!) Allendes 1970 oder die afghanische Revolution im April 1978 (!) zu verhindern (ganz nebenbei ein bemerkenswerter Hinweis auf die amerikanische Sicht der Afghanistan-Krise!). Der Schluß liegt auf der Hand: in Zukunft mit *allen* Mitteln (und nicht nur durch CIA-gesteuerte „verdeckte Operationen") verhindern, daß Befreiungsbewegungen die politische und Staatsmacht übernehmen (präventive Konterrevolution) – nur so ist Reagans Rückgriff auf die Vergeltungsdrohung von John Foster Dulles zu verstehen: „Derjenige, der versucht, Terrorismus anzuwenden, wird künftig nicht mehr mit dem Vertrauen darauf schlafen gehen können, daß die Vereinigten Staaten dies nicht vergelten würden . . ." (zit. nach FAZ v. 31. 1. 1981). Als Bündnispartner sind alle Faschisten dieser Welt offiziell wieder hochwillkommen – Haig und die UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick „begründen" dies auch noch „theoretisch" und zwar mit dem sog. „prinzipiellen Unterschied" zwischen „linkem und rechtem Totalitarismus": die Rechten nämlich seien keine ideologischen Gegner! Man muß schon weit in der Geschichte zurückgehen, um dergleichen unverblümte Rechtfertigungen anzutreffen.

Fast überflüssig zu sagen, daß die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung für Haig kein Thema ist. Statt über derlei Nichtigkeiten zu diskutieren, hätte man Somoza halten müssen; daß

dies möglich gewesen wäre, will man nachträglich in El Salvador beweisen. Die Empfangs- und Reisepolitik der neuen Regierung paßt exakt in dieses Bild. Ganz oben auf Haigs Reiseplan steht Südafrika, unter den ersten Gästen, die Reagan empfing, waren der südkoreanische Diktator Chun Doo Hwan und die CIA-Marionette Edward Seaga aus Jamaika. (Übrigens: am 4. Dezember 1980 meldete die FAZ, Reagan habe „anscheinend" Kontakt zu Pol Pot aufgenommen . . .).

Offen ist für Haig und Weinberger weiterhin, inwieweit die Bündnispartner in militärische Abenteuer in der Dritten Welt eingespannt werden sollen und können (anscheinend gibt der sich formierende Widerstand in einigen westeuropäischen NATO-Staaten bereits zu denken!). Soviel scheint jedoch klar zu sein: ob formelle Ausweitung des NATO-Operationsbereichs oder nicht, die USA sind notfalls auch zum Eingreifen im Alleingang entschlossen, die anderen NATO-Staaten sollen die US-Politik kräftig mitfinanzieren und z. B. durch Erhöhung ihrer eigenen Truppenkontingente den im Nahen und Mittleren Osten intervenierenden Amerikanern den Rükken freihalten. Fortan sei – so Haig-Intimus Weinstein in der FAZ – die südwestasiatische Front der europäischen Ostfront strategisch gleichgestellt. „Hormuz und Hamburg sind gleichwertig." (FAZ v. 14. 1. 1981).

Auch an diesem Beispiel zeigt sich Grundsätzliches: von „trilateraler Kooperation" oder Aufgabenverteilung zu gleichen Lasten und Pflichten redet in Washington derzeit keiner mehr. Der *US-Hegemonialanspruch* feiert auch gegenüber den kapitalistischen Mitstreitern fröhliche Urständ – sie sollen sich der amerikanischen Globalstrategie unterordnen, als Erfüllungsgehilfen fungieren. Dabei fällt auf, daß die Vordenker dieser Politik gerade der Bundesrepublik eine politische Scharnierfunktion in Westeuropa zuschreiben, um die politischen und militärischen Bataillone auf US-Kurs zu halten. Die Achillesferse ist und bleibt dabei die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa – für Haig jedoch ein so selbstverständlicher Schritt, daß er erst gar kein Wort mehr darüber verliert.

*Zusammenfassend* kann also festgehalten werden: während noch weitgehend Unklarheit darüber besteht, wie das *innenpolitische Chaos* in den USA zu beseitigen ist (mit einem vorläufigen Wirtschaftsprogramm kann wohl erst Mitte Februar gerechnet werden), hat sich an den *außenpolitischen Richtlinien* der Regierung Reagan/Haig seit Reagans Wahlkampf *nichts* geändert. Im Gegenteil: die durchgängige Aktzentsetzung auf (militärische) Konfrontation wurde präzisiert. Es gibt im Augenblick keinen Hinweis darauf, daß sich die innerameri-kanischen Kritiker dieses Kurses erfolgreich werden Gehör verschaffen können. Hierfür sind mehrere Gründe zu nennen: die neben Haig wichtigsten Kabinettsmitglieder (Caspar Weinberger, die UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick, CIA-Chef John Casey und Sicherheitsberater Richard Allen) liegen allesamt auf Reagan/Haig-Linie; Haigs Programm wurde vom anhörenden Senatsausschuß *einstimmig* gebilligt (die beiden Gegenstimmen bezogen sich auf Haigs Person und seine Rolle im Watergate-Skandal); der Einpeitscher der Carter-Regierung, Zbigniew Brzezinski, bleibt in Washington und wird Chefberater des Georgetown Center für Strategische und Internationale Studien (eine von Reagans Denkfabriken) („Die Welt" v. 3./4. 1. 1981); die Pentagon-Propagandamaschine terrorisiert die Öffentlichkeit wie in den Tagen des beginnenden Kalten Krieges mit „Lückentheorien" und Tatarenmeldungen über sowjetische Militär- und Rüstungspläne; die in Regierungskreisen ausgenblicklich diskutierten „Alternativen" sind bestenfalls eine Wahl zwischen Pest und Cholera, also z. B. die Frage, ob man fortan US-Truppen im Nahen Osten

direkt stationieren oder von „außen" eingreifen solle; und nicht zuletzt war bereits die erste Amtshandlung Reagans ein politisches Programm: er verfügte einen Einstellungsstop für den öffentlichen Dienst, die Streitkräfte ausgenommen.

Damit hat sich das Urteil der „Washington Post" vom 14. November 1980 bestätigt, es gebe einen Konsens zwischen Demokraten und Republikanern, daß „die Anwendung von Gewalt – nennen wir's Krieg – legitim ist." Die Geburtsstunde der neuen Regierung ist befleckt durch die Drohung mit Krieg: Weltkrieg oder neues „Vietnam". Seit Truman hat es dergleichen nicht gegeben – unabhängig vom Realitätsgehalt und den Realisierungschancen einer solchen Politik zweifellos ein politisch eigenständiger Faktor mit erheblichen Gefahren hinsichtlich der darin enthaltenen Entwicklungsdynamik. Als krönenden Abschluß der Amtseinführung billigte Reagan denn auch „die größte und umfassendste strategische Bereitschaftsübung, die jemals stattgefunden hat." („Die Welt" v. 28. 1. 1981): drei Wochen lang proben 100000 Mann mit 800 Flugzeugen den Atomkrieg (Global Shield 81) . . .

Und trotzdem hat die *Bundesregierung*, augenblicklich – wenn sie nicht gerade über Waffenverkäufe an Chile und zur südwestasiatischen Front in Saudi-Arabien nachdenkt oder, wie Genscher in der Haushaltsdebatte am 28. Januar, Helmut Schmidts Vorreiterrolle beim NATO-Raketenbeschluß als „geistige Führung der Nation" anpreist – nichts Wichtigeres zu tun, als mit allen Mitteln zu beschwichtigen und eine irgendwie geartete grundsätzliche Bereitschaft zur Entspannung und Rüstungskontrolle aus den Haig- und Reagan-Äußerungen herauszufiltern. Folglich blieb es wieder einmal der FAZ vorbehalten, die Nebelschleier zu lüften und die Dinge ins *rechte* Licht zu rücken: „So trägt der Versuch des Bundeskanzlers, in die Erklärungen des künftigen amerikanischen Außenministers eine Milde hineinzuinterpretieren, die wir darin nicht erkennen können, nicht zur Wahrheitsfindung bei." (FAZ v. 22. 1. 1981) Zur „Wahrheitsfindung" gehört vielmehr, daß Haig den entspannungspolitischen (relativen) Freiraum der Bundesrepublik zusätzlich beschneiden will (Erdgasgeschäft!) und daß das vitale Interesse der BRD an Entspannungspolitik künftig auf legitimatorische Absichtserklärungen reduziert werden soll – zumindest bis der NATO-Raketenbeschluß von der sozialliberalen Koalition der Öffentlichkeit verkauft und realisiert ist. Wenn der sozialliberale Mohr dann seine Schuldigkeit getan hat, bieten sich ja als über alle Zweifel erhabene Treuhänder einer ungeschminkten, verbal nicht länger zugekleisterten Aufrüstungspolitik immer noch die Westentaschen-Haigs aus den Reihen der CDU/CSU an – und was diese von Entspannungspolitik halten, ist ja sattsam bekannt.

Die für das neue Jahr entscheidende außenpolitische Frage „Zustimmung oder Ablehnung der Bundesrepublik zum amerikanischen Kurs" muß mit einem klaren „Nein!" beantwortet werden. Nur wenn sich die Bundesrepublik von der US-Politik abzusetzen beginnt, besteht eine Chance, daß unser Land nicht zur Abschußrampe amerikanischer Atomraketen wird, nur dann wird der von anderen NATO-Staaten (Skandilux-Gruppe!) bereits artikulierte Protest gegen die USA mäßigend auf deren Außenpolitik einwirken – insofern haben Haig und Kollegen durchaus Recht, wenn sie die BRD als Scharnier ihrer Politik begreifen.

Bernd Greiner

# The Germans to the Front

„The Germans to the Front!" 1900 erreichte dieses seitdem geflügelte Wort den kaiserlichen Generalfeldmarschall *Alfred von Waldersee,* und der verteidigte an der Spitze eines *reichs*deutschen Expeditonskorps das „christliche Abendland" gegen die aufständischen chinesischen Boxer. (Es war übrigens der vorläufig letzte Sieg deutscher Waffen. Die Deutschen lernen bekanntlich schwer und vergessen leicht ihre historischen Lektionen. Achtzig Jahre sind schließlich auch eine lange Zeit.) 1981 befehligt der republikanische „Feldwebel" („Le Monde") *Helmut Schmidt von Barmbek* aus seiner rheinischen Etappe möglicherweise schon bald *bundes*deutsche Expeditionskorps' bei der Verteidigung des „freien Westens" am Persisch-Arabischen Golf.

Das Grundgesetz verbietet zwar (noch) den Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO-Verpflichtungen. Ein Kabinettsbeschluß von vor zehn Jahren untersagt überdies den Waffenexport in Spannungsgebiete. Die Bundesregierung Schmidt/Genscher betreibt jetzt jedoch immer offener und rascher die Aushöhlung dieser beiden angesichts der furchtbaren Vergangenheit doch wohl weiterhin unverzichtbar scheinenden moralischen Prinzipien.

Zwischen 1976 und 1980 belief sich der Gesamtwert der westdeutschen Rüstungsexporte in aller Herren Länder – laut „Der Spiegel" – auf 5,93 Milliarden Mark. Zwei Drittel davon erhielten Dritte-Welt-Staaten; infolge chronisch leerer Kassen bei den Empfängern durch Bürgschaften oder Kredite nicht selten finanziert vom (westdeutschen) Steuerzahler. Die Bonner klärten bislang niemand glaubwürdig auf über den Gegensatz zwischen der Feststellung des „Stockholm International Peace Research Institute" (SIPRI), „die Bundesrepublik besitze zunehmend den Rang eines Großwaffenexportlandes", und der Behauptung des amtlichen „Verteidigungsweißbuches" von 1979, „man erlaube nur in geringfügigen Ausnahmefällen überhaupt Waffenlieferungen an Staaten außerhalb des eigenen Bündnisses".

Der Bundesregierung geht es natürlich nicht um militärische Machtpositionen, was sie allerdings kaum entschuldigen kann, sondern um wirtschaftliche Vorteile. Dem Frieden in der Welt, vor allem in der am meisten gefährdeten dritten, dient man damit nicht, aber schließlich handelt es sich ja nur um „überwiegend leichte und mittlere Infanteriegeräte, Handfeuerwaffen samt Munition sowie um Kriegsschiffe" (!). So jedenfalls beschwichtigend ein Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums.

Das spektakulärste Waffengeschäft blieb bisher, wegen der umstrittenen Person des deutschen Handelspartners, das zwischen dem damaligen Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß und dem jetzigen israelischen Oppositionsführer Schimon Peres. Außer Israel erhielt im Mittleren Osten auch der inzwischen gestürzte Schah von Persien deutsche Waffen. Resa Pachlewi kaufte unter anderem Munition verschiedener Typen, Handgranaten, Gewehre und Maschinenpistolen, zuletzt sogar komplette Waffenfabriken. Ihre Produkte kamen zunächst gegen die inneriranische Opposition zum Einsatz und nunmehr bedienen sich die iranischen Soldaten ihrer im Krieg um den Schatt el-Arab mit dem Irak.

Das zitierte „Verteidigungsweißbuch" sprach zwar noch von der „Problematik des Rüstungsgüterexportes in Staaten der Dritten Welt". Diese Problematik verhindert aber keineswegs die Ausfuhr von Speziallastwagen durch *Magirus-Deutz* oder die Errichtung einer Dieselmotorenfabrik durch *Daimler-Benz* im „Apartheidstaat" („Der Spiegel") Südafrika.

Der Waffenhandel mit Argentinien, Chile und El Salvador berührt zwar kein „Spannungsgebiet" im klassischen Sinn. Er begünstigt die Militärdiktatoren in Buenos Aires, Santiago und San Salvador aber unzweideutig bei der Unterdrükkung der einheimischen demokratischen Opposition. Das U-Boot-Geschäft mit Chile ist nicht das erste dieser Art. Die Nachfolger der Dönitz-Wunderwaffe geistern bereits durch die Gewässer der lateinamerikanischen Staaten Argentinien, Ekuador, Kolumbien, Peru und Venezuela.

Schlechtes Gewissen begünstigte lange sogenannte „Dreiecksgeschäfte" als probate Verschleierungstaktik. Deutsche Konstruktionszeichnungen beispielsweise dienten als Unterlagen für Aufträge aus dem Irak, Saudiarabien und Syrien an französische, britische, italienische und sogar argentinische Waffenfabriken. Damaskus und Bagdad, seit längerem miteinander verfeindet, bedienen sich der deutsch-französischen Panzerabwehrrakete „Hot", Er-Riad verwendet – unter dem Decknamen „Tam" – deutsche Kampfpanzer des Typs „Marder" aus argentinischer Lizenzproduktion. Bonn kann angeblich nichts dagegen tun; immerhin klingeln die Kassen . . .

Die Lizenzgebühren sind den deutschen Produzenten inzwischen zu wenig. Die Konkurrenz der Franzosen, Engländer und Italiener, denen die Moral weniger gilt als das Geschäft, ist ihnen ein Dorn im Auge. Listig appellieren sie an das so lange unterdrückte bundesdeutsche Nationalgefühl. Der ohnehin schon schwer abzugrenzende und leicht zu unterlaufende Begriff „Spannungsgebiete" soll denn auch folgerichtig abgelöst werden durch das „nationale Interesse". Zur Absicherung verweist man vorsichtshalber noch auf die „Sicherung der Arbeitsplätze". Die Gewerkschaften halten dazu prompt den Mund.

Auf eine abschüssige Bahn zu geraten droht die Bundesrepublik nunmehr vor allem durch die zwischen Bundeskanzler Schmidt und König Chalid sowie Außenminister Saud el-Feisal bereits fest vereinbarte Lieferung des Kampfpanzers „Leopard II" an Saudiarabien. Er-Riad braucht sie nicht – wenigstens nicht in erster Linie – zum Einsatz gegen den Erzfeind Israel. Das Wüstenkönigreich hat genügend innere und äußere Feinde. Jerusalem gibt sich denn auch erstaunlich gelassen. „Knesseth"-Vizepräsident Jitzchak Meron ist zwar grundsätzlich gegen das Geschäft, verlangt, falls es doch zustande kommt, aber mindestens gleichartige Lieferungen zu denselben Bedingungen.

Berücksichtigt man das Kaufinteresse Libyens an zweihundert „Leopard"II" und die Anfragen aus Ägypten, Nordjemen, Kuweit und den Vereinigten Arabischen Emiraten, fehlt den quer durch die Bank miteinander verfeindeten Araberstaaten nur noch ein zweiter deutscher „Wüstenfuchs" zu ihrem zweifelhaften Glück. Syrien, nicht zu vergessen, kaufte bei der *AEG* für etwa hundert Millionen Mark den deutschen Artilleriecomputer „Falke TR 84"; die Syrer benutzen außerdem bundesdeutsche Zielgeräte für ihre sowjetischen Panzerkanonen, Laserentfernungsmesser sowie Nachtsichtgeräte.

In den eher wahrscheinlichen künftigen Konflikten zwischen Nord- und Südjemen, Südjemen und Oman, Irak und Syrien, Ägypten und Libyen haben die potentiellen Kriegsgegner wenigstens noch eins gemeinsam, Waffen „made in Germany".

Bonn beeindruckt anscheinend nicht einmal der drohende Einsatz seiner Waffen in der nicht auszuschließenden erneuten Konfrontation zwischen Israel und den Arabern. Die Überlebenden der Konzentrationslager schießen mit den Waffen der ehemaligen Mörder um sich oder fallen wieder einmal im Mündungsfeuer deutscher Waffenwertarbeit. Der unmoralischen Logik wie einer schmutzigen Gerechtigkeit entsprächen dann nur noch

Waffenverkäufe auch an die „Palästinensische Befreiungs-Organisation" (PLO). Herr Meron beruft sich beim Wunsch nach deutschem Vernichtungsgerät auf das Beispiel des feinlichen Saudiarabien; warum Jassir Arafat nicht auf das Vorbild des feindlichen Israel?

Der Bundestag verweigert dem Handel wohl kaum seine Zustimmung. Die Christdemokraten übertrifft so leicht niemand in ihrem Sinn für das „nationale Interesse". Die Freidemokraten denken, unter der Zuchtrute ihres Wirtschaftsgrafen Lambsdorff, vor allem an's Geschäft. Die Sozialdemokraten verkümmern auch dabei allmählich von der „Volkspartei", was immer man sich darunter vorstellen mag, zur „Allzweckpartei": Ex-Bundestagspräsidentin Annemarie Renger wahrt das moralische Feigenblatt zugunsten der Opfer des „Holocaust". Ex-Juso Norbert Gansel schlägt sich mit seiner Ablehnung für die frustrierte Parteilinke. Ex-Araberlobbyist („Ben Wisch") Hans-Jürgen Wischnewski spricht für die wohlverstandenen Interessen der deutschen Rüstungswirtschaft und der „ältesten und verläßlichsten Freunde Deutschlands". Bundeskanzler Helmut Schmidt entscheidet schließlich im „nationalen Interesse".

Zufrieden sein dürften es vor allem die Rüstungsproduzenten und die Militärs. Die einen kommen endlich zu einer besseren Kostenrentabilität, und die anderen haben, nach immerhin fünfunddreißig Friedensjahren, wieder einen Testkriegsschauplatz.

Für Helmut Schmidt kommt denn auch ebenfalls nach diesem ersten vielleicht bälder, als ihm lieb ist, der zweite Schritt: Die Bundesregierung entzog sich, unter Hinweis auf die schon zitierte Grundgesetzvorschrift, bisher hartnäckig jeder westlichen Initiative zum möglichen Einsatz deutscher Soldaten im permanenten Krisengebiet Nahost. Die Entsendung einer kleinen bundesdeutschen Marineflotte in den Indischen Ozean war wohl wirklich nur eine „Freundschaftsgeste". Aber wurde sie dort auch wirklich so verstanden? Bonn gerät jedenfalls auch hier unter zunehmenden Druck von zwei Seiten.

USA-Präsident Ronald Reagan ist auch da sicherlich weniger verständnisvoll als seine Vorgänger. Sein Außenminister Alexander Haig, und der kennt als früherer NATO-Oberbefehlshaber in Brüssel die durchaus nicht immer mit den politischen Rücksichtnahmen Bonns konformen Ansichten seiner ehemaligen deutschen Generalskollegen, verhieß noch vor seinem Amtsantritt im State Department nichts Gutes: Der Schutz der Ölquellen und der Transportwege, so Haig, bedürfe notfalls auch der Waffengewalt; *möglichst zusammen mit den Verbündeten.* „Innerhalb der NATO-Verpflichtungen" – wie lange noch hält dieser vom Grundgesetz errichtete Damm angesichts seiner bewußten Durchlöcherung durch die geschilderte Waffenhandelspolitik?

Der Ratspräsident der „Europäischen Gemeinschaft" und niederländische Außenminister sprach zum gleichen Zeitpunkt von einem möglichen aktiven EG-Beitrag für die Friedenssicherung im Vorderen Orient. Das „Nahostpapier" des früheren luxemburgischen Außenministers Gaston Thorn, jetzt Präsident der EG-Kommission, gehört zwar zu den bestgehüteten Geheimnissen im Brüsseler Palais Berlaymont. Das Abendblatt „Le Soir" enthüllte dennoch bereits einige hochinteressante Details. Und darin geht auch von einer etwaigen EG-Friedenstruppe die Rede. Nur Bonn dementierte; die anderen Regierungen hüllten sich in vielsagendes Schweigen. Die Bundesregierung versteckt sich zwar verlegen hinter Brüssel, betont andererseits aber die „vernüftige Position der EG" (Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher). Israel wäre sicher nicht unbedingt gegen deutsche Soldaten an seinen Grenzen. Und PLO-Chef Arafat sprach kürzlich auch für „eine wie immer geartete internationale Streitmacht zwischen den Demarkationslinien". Die Bundes-

wehrführung wäre es wohl zufrieden. Jede Armee, die etwas auf sich hält, bevorzugt Soldaten mit Kriegserfahrung.

Hitlers Armee stand einst, wer hätte das vergessen, an der Endhaltestelle der Straßenbahn von Moskau. Nach Moskau führen vielleicht, mag mancher denken, auch Umwege. Zum Beispiel über den Jordan, den Persergolf . . . und Afghanistan? Wen gruselt noch bei dem geflügelten Wort: „The German's to the Front!"

H.J.A.

# Afghanistan-Bericht eines Labour-Abgeordneten

Erwähnt man einem Durchschnittsbürger gegenüber Afghanistan, dann beschwört das vielleicht Bilder einer „romantischen" Vergangenheit herauf, das 42. Hochländer-Regiment stürmt den Khaiberpaß hinauf, um eine Revolte wilder Stammeskrieger in irgendeinem Timbuktu niederzuschlagen und so weiter.

Wie auch immer die Hersteller zweitklassiger Filme das Land und seine Bewohner dargestellt haben, die Wirklichkeit sah oft ein bißchen anders aus – auch ich mußte das feststellen, als ich vor kurzem das Land bereiste, um mir ein eigenes Bild von der Situation zu verschaffen.

Vor meiner Reise wußte ich natürlich, daß Afghanistan ein rückständiges und armes Land ist, dessen im wesentlichen islamische Bevölkerung von rund 17 Millionen ein Gebiet von etwa 647,500 Quadratkilometern bewohnt und zu 90% aus Analphabeten besteht.

Historisch gesehen ist das Land seit Jahrhunderten eine Brutstätte der politischen Intrige gewesen, da die russischen Zaren oder die britischen Herrscher immer wieder Versuche unternahmen, die verschiedenen Stämme für ihre eigenen Zwecke in diesem strategisch wichtigen Teil der Welt zu mobilisieren oder gegeneinander aufzubringen.

In jüngerer Zeit wurde von führenden afghanischen Politikern versucht, das Land zu modernisieren, und seit 1917 sind in zunehmendem Maße sowjetische Berater eingesetzt worden, um bei der Entwicklung der Wirtschaft zu helfen. Die Zentralregierung war jedoch immer schwach, und demokratische Rechte, wie wir sie kennen, hat es nie gegeben.

Zwar wurde von westlichen kapitalistischen Ländern einige Hilfe angeboten, aber das war im allgemeinen mit unannehmbaren Forderungen verbunden, Afghanistan solle seine Neutralität aufgeben und seine Streitkräfte einem der in diesem Gebiet bestehenden Militärpakte anschließen.

Schagzeilen machte Afghanistan eigentlich erst im April 1978, als die Regierung Daud von Kräften der Armee gestürzt wurde, die mit der Demokratischen Volkspartei sympathisierten und den Versuch unternahmen, die Verhaftungen und Hinrichtungen von Parteiaktivisten zu verhindern.

Die Demokratische Volkspartei stand unter der Leitung von Nur Mohammed Taraki und war in zwei Fraktionen gespalten, Khalq (Volk) und Parcham (Flagge). Da eine industrielle Arbeiterklasse nicht existierte, organisierte sich die Partei innerhalb der Studentenbewegung, vor allem jedoch innerhalb der Armee.

Nachdem er an die Macht gelangt war, bildete Taraki eine neue Regierung und versprach grundlegende Reformen, zum Beispiel eine Neuverteilung des Landes, die Abschaffung der Bauernverschuldung, Religionsfreiheit, Legalisierung der Gewerkschaften, gleiche Rechte für Frauen und ethnische Minderheiten usw.

Das war kaum ein revolutionäres Programm, aber in einem rückständigen und tiefreligiösen Land wie Afghanistan bedurften diese Vorschläge der Regierung bei der Erläuterung und Durchführung großer Sorgfalt.

Unglücklicherweise entwickelten sich Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Fraktionen (Parcham und Khalq) der Partei, die sich zu einem Kampf um die Macht ausweiteten. Taraki wurde umgebracht, und Hafizullah Amin, der Führer der Khalq-Fraktion, wurde Präsident und schickte seine Gegner als Botschafter usw. außer Landes.

Amin begann, zwangsweise zahlreiche Veränderungen durchzusetzen und griff häufig auf die Armee zurück, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen und die Bauern zur Annahme der neuen Ideen zu bewegen. Das war verhängnisvoll. Obwohl sie den Reformen im großen und ganzen positiv gegenüberstanden, verließen viele Bauern fluchtartig das Land und gingen nach Iran und Pakistan, wo sie von früheren Großgrundbesitzern und anderen reaktionären Elementen rekrutiert wurden, um als Mitglieder aufständischer Banden zu kämpfen.

Ende 1979, als die sowjetische Armee in das Land einrückte, spitzten sich die Dinge zu. Amin wurde als angeblicher CIA-Agent unter geheimnisvollen Umständen erschossen, und Babrak Karmal, der Führer der Parcham-Fraktion, wurde Präsident.

Ich habe mich natürlich von Anfang an für die afghanische Frage interessiert und die während der Revolution vom April 1978 angekündigten grundlegenden Reformen unterstützt. Aus diesem Grunde setzte sich die Gesellschaft der Freunde Afghanistans mit mir in Verbindung, und ich sprach auf einer ihrer Versammlungen. Später fragte man mich, ob ich daran interessiert sei, die Lage mit eigenen Augen zu sehen und der Labour-Bewegung darüber zu berichten. Ich nahm das Angebot an.

Das war, kurz gesagt, der Hintergrund meines Fluges von London nach Kabul, den ich am 5. Januar 1981 antrat. Außer einem Vertreter der Gesellschaft waren noch zwei Unterhausabgeordnete meine Reisebegleiter, Bob Litherland und Allan Roberts. Wir wurden auf dem Flugplatz von Kabul von einigen jungen untergeordneten Beamten abgeholt, die Englisch sprachen. Es waren keine Minister der Regierung anwesend, und es gab weder Blaskapelle noch Sekt. Es war ein unauffälliger Empfang, wie wir es uns gewünscht hatten.

Ich erläuterte, daß es nützlich wäre, wenn wir einige führende Regierungsvertreter und auch Präsident Karmal treffen könnten und daß wir gern bestimmte Teile des Landes sehen würden – dieses Ersuchen sollte uns dabei helfen, einige der im Westen erschienenen Geschichten nachzuprüfen, obwohl wir dies nicht sagten.

Nach einigem Zögern – mir kam es jedenfalls so vor – sagte man uns, wir könnten unser eigenes Programm zusammenstellen und es werde für uns keinerlei Einschränkungen geben. Wir könnten zum Beispiel fotografieren und auch die Filmkamera benutzen, wo immer wir hingehen würden.

Später suchten wir unser Hotel auf, nicht ohne jedoch vorher zahlreiche Militärhubschrauber rund um den Flughafen zu bemerken, vermutlich sowjetische, aber das war nicht mit Sicherheit festzustellen, da sie keine Hoheitszeichen trugen. Die meisten Soldaten, die wir sahen, waren jedoch Afghanen.

Man sagte uns, um 22 Uhr sei Sperrstunde, deshalb beschlossen wir, den noch verbleibenden Rest des Tages hauptsächlich zu einem Rundgang durch die Straßen zu nutzen. Alles machte einen ganz normalen Eindruck, es gab keinen Stacheldraht und keine Posten an den Straßenecken . . .

Am folgenden Tag jedoch, als wir im Auto zu unserem Treffen mit dem Minister für

staatliche Planung (Paictiawl) fuhren, wurde der Fahrer aufgeregt und sagte: „Ruski, Ruski". Er zeigte nach vorn, und tatsächlich rollten 3 oder 4 sowjetische Panzer mittlerer Größe vor uns die Straße entlang. Junge Soldaten mit runden Gesichtern und blonden Haaren steckten die Köpfe wiederholt aus den Panzertürmen, aber die Afghanen reagierten auf ihre Anwesenheit gleichgültig, und wir fuhren weiter zu unserer Verabredung.

Paictiawl, ein untersetzter Technokrat, erklärte uns, daß aufgrund der amerikanischen und britischen Haltung in der Vergangenheit Afghanistan gezwungen gewesen sei, für einen längeren Zeitraum Hilfe bei der UdSSR zu suchen; viele neue Projekte seien geplant, unter anderem Kooperativen in den ländlichen Gebieten.

Er schien im Hinblick auf die Zukunft recht zuversichtlich zu sein und meinte, wenn die Grenzen seines Landes gegenüber Angriffen gesichert seien, dann werde man die eigenen Probleme lösen können.

Trotz seines Optimismus machte die sehr reale Armut der Bevölkerung auf mich einen tiefen Eindruck, die wir überall antrafen. Viele waren kleine Händler oder Handwerker. Sie schienen überall herumzuschwärmen, vor allem im Basarviertel von Kabul. Und wenn wir dort herumgingen, bestanden sie darauf, uns die Hände zu schütteln – eine obigatorische afghanische Sitte, wie wir feststellten.

Danach besuchten wir den Stellvertretenden Premierminister Airon. Dafür gab es einen guten Grund. Vor kurzem hatte die britische Presse berichtet, er sei nach Pakistan „übergelaufen" und habe der Stimme Amerikas ein Interview gegeben. Er bestritt jedoch entschieden, ein Betrüger zu sein, und erklärte uns, obwohl er selbst ein Mitglied der Khalq-Fraktion gewesen sei, die Partei stehe heute in völliger Einheit hinter der Regierung. Bei der Beantwortung unserer Fragen sagte er, die sowjetischen Truppen seien lediglich Reserveeinheiten, der Hauptteil der Kämpfe werde von der afghanischen Armee geführt und es handele sich dabei hauptsächlich um Kämpfe in den Grenzgebieten.

Am Donnerstag trafen wir mit Dr. Anahita Ratibzad zusammen, einer energischen und attraktiven Fünfzigerin. Sie war Vorsitzende der Demokratischen Frauenorganisation und sprach Englisch. Sie erläuterte die bürokratischen Fehler der Amin-Periode und erklärte, die Regierung stehe zu ihrer Zusage, mit der sie sich verpflichtet habe, bei der Beseitigung des Analphabetentums zu helfen, das sich bei den Frauen auf 98% belaufe. Zu unserer Überraschung sagte sie, viele Angehörige der Geistlichkeit unterstützten jetzt die Bemühungen um eine Emanzipation der Frauen und hätten anscheinend ihre Einstellung gegenüber der „ungläubigen" Regierung geändert.

Wenn diese Regierungsvertreter, die wir trafen, typisch waren, dann glaubten sie jedenfalls nicht an große und imposante Büros, und sie waren gepflegt, wenn auch bescheiden gekleidet.

Dies traf ganz gewiß auf Abdul Sattar-Pordali zu, den Vorsitzenden der neugebildeten Gewerkschaftsorganisation. Stämmig und mit offenem Hemdkragen machte er den Eindruck eines typischen Arbeiters, der eine neue Tätigkeit übernommen hat. Er sagte, bis zur Revolution im April 1978 seien die Gewerkschaften illegal gewesen, verfügten jetzt jedoch über 150000 Mitglieder in verschiedenen Unternehmen, und in Kürze werde eine Sonderkonferenz stattfinden, um die Grundlagen der Bewegung zu beschließen. In Beantwortung einer entsprechenden Frage erklärte er, daß er eine Verbindung zum Dachverband der britischen Gewerkschaften und zu den europäischen Gewerkschaften begrüßen würde.

Einen anderen Eindruck vermittelte der Außenminister. Sein Name ist Shah Mohammed Dost, und es handelt sich bei ihm offensichtlich um einen alten Karrieredi-

plomaten mit einiger Erfahrung. Er erklärte, seine Regierung sei bereit, mit Pakistan und dem Iran zu verhandeln, er wies jedoch darauf hin, daß sein entsprechendes Angebot vom Mai 1980 unter amerikanischem Druck zurückgewiesen worden sei.

Am frühen Abend beschlossen wir, Atmal Katak aufzusuchen, den Führer der Demokratischen Partei Pakistans im Exil. Er sagte, seine Partei sei in Pakistan verboten, und im Falle einer Rückkehr sei sein Leben in Gefahr. Auf die Frage nach den in Pakistan ausgebildeten „Rebellen" antwortete er, es seien amerikanische, britische und chinesische Experten mitbeteiligt. Er war jedoch der Meinung, die sowjetischen Truppen seien nach Afghanistan gerufen worden, weil eine Invasion durch die Armee General Zias gedroht habe.

Wohin wir auch immer kamen, überall erzählte man uns, Präsident Amin sei ein CIA-Agent gewesen. Es fiel uns schwer, das zu glauben, und dies sagten wir auch. Es ist jedoch möglich, daß er die sowjetischen Truppen ins Land gerufen hat, weil er die Lage nicht mehr unter Kontrolle hatte und weil es in seiner eigenen Partei Widerstand gegen seine brutalen Methoden gab.

Fest steht, daß Amin erschossen wurde, aber von wem? Im Westen wird immer vermutet, die Sowjets hätten es getan. Wenn das der Fall sein sollte, dann war es eine dämliche Taktik, mit der man Carter und Thatcher den idealen Grund lieferte, die sowjetische Intervention als eine Invasion zu verurteilen. Man sagte uns, die Afghanen hätten Amin umgebracht, um mit dem Mann abzurechnen, der Taraki und andere Aktivisten der Partei habe erschießen lassen. In einem Land, in dem die Blutrache etwas alltägliches ist, könnte das durchaus zutreffen. Aber das ist eine bloße Vermutung.

Am Freitag trafen wir den Präsidenten Babrak Karmal, einen freundlichen, aber energischen Mann, der Englisch sprach. Er meinte erklärend, während der vier Jahre, die er unter dem Daud-Regime im Gefängnis zubrachte, habe er die Sprache gelernt, um sich die Zeit zu vertreiben. Er schien vom Erfolg der Revolution und ihrer Ziele überzeugt zu sein und fügte hinzu, es sei „ganz offensichtlich" – um seine eigenen Worte zu gebrauchen – daß die sowjetischen Truppen das Land verlassen würden, sobald die Sicherheit der Grenzgebiete vor Einmischungen garantiert sei. Und er schlug Verhandlungen vor.

Später inspizierten wir afghanische Polizisten in ihren Unterkünften, die recht provisorisch aussahen. Und am Nachmittag wollten wir Kabul verlassen und überholten dabei einen sowjetischen Transport, wir mußten jedoch wieder umkehren, da wir nicht die erforderliche Erlaubnis hatten, uns außerhalb der Stadt zu bewegen.

Die vielleicht größte Überraschung erwartete uns am Freitagabend. Wir wurden von der Vereinigung der Unternehmer zu einem Treffen eingeladen. Diese Organisation entspricht dem Unternehmerverband in Großbritannien. Während einer Sitzung mit Fragen und Antworten, die wir für die BBC mitschnitten, erfuhren wir, daß sich rund 60 % der Wirtschaft in privater Hand befinden und daß die Regierung mit Investitionsanreizen offensichtlich großzügig verfährt. Das schien uns deutlich zu sein, da viele von den Zuhörern – darunter auch Deutsche – den Eindruck machten, als seien sie gut bei Kasse. Und sie lachten, als ich sie fragte, ob ich Mrs. Thatcher eine Botschaft von ihnen überbringen könnte.

Am Sonnabend flogen wir in einem kleinen Doppeldecker der afghanischen Armee nach Jalalabad. Wir erhielten auf diese Weise gute Gelegenheit, nach Truppenbewegungen Ausschau zu halten, vor allem der schwer faßbaren Sowjets. Wir sahen jedoch nichts von Bedeutung – es gab kein Geräusch und keinen Geschützrauch, nur weite Gebiete unfruchtbaren Landes.

Als wir in Jalalabad auf dem Flughafen gelandet waren, bemerkten wir, daß in der Stadt eine große Veranstaltung stattfand. Man sagte uns, der örtliche Volksvertreter habe vor Aktivisten des Gebietes seinen Rechenschaftsbericht gegeben.

In die Stadt fuhren wir mit einer bewaffneten Polizeieskorte, was uns jedoch nicht überraschte, da inoffizielle Berichte davon gesprochen hatten, die Gegend werde von „aufständischen" Gruppen kontrolliert. Jalalabad schien jedoch ruhig und friedlich zu sein, und es gab auch keinerlei Anzeichen für die Anwesenheit sowjetischer Truppen.

Als unser Fahrzeug sich der Veranstaltung näherte, konnte ich sehen, daß ungefähr 2000 Männer, Frauen und Kinder dem Redner zuhörten. Sie schienen interessiert zu sein und klatschten verschiedene Male während der Rede Beifall. War das speziell für uns inszeniert worden? Wenn ja, dann war es gut gemacht.

Ich wurde gebeten, einige Worte zu sagen. Ich erwähnte die Haltung Thatchers und Carters und brachte dann meine Unterstützung für die von der Revolution 1978 verkündeten Reformen zum Ausdruck. Da ich nicht viel von den afghanischen Regierungsmethoden wußte, achtete ich sorgfältig darauf, nicht zu viel zu sagen. Nichtsdestoweniger hat meine kurze Ansprache offenbar zu einigen Auseinandersetzungen in Großbritannien geführt.

Wir fuhren dann zum örtlichen Grenzposten an der Grenze zu Pakistan. Auf dem Wege dorthin sah ich, daß afghanische Soldaten Brücken bewachten, und stellte in zunehmendem Maße fest, daß Arbeiter und Bauern mit Maschinengewehren und Karabinern bewaffnet waren. Man sagte mir, das seien Angehörige der Volksmiliz, die die Aufgabe hätten, Schulen und Dörfer gegen Angriffe der „Aufständischen" zu verteidigen – die Angreifer wurden allerdings als „Banditen" bezeichnet.

Am Tag darauf flogen wir zurück nach London, wo uns die Presse mit einem Kreuzfeuer von Fragen erwartete, von denen viele gehässig waren. Zweifellos hätte man nichts gesagt, wenn wir Polizei- oder Militärdiktaturen wie Pakistan oder Chile bereist hätten.

Wurden wir getäuscht oder an der Nase herumgeführt? Sicher ist so etwas möglich, aber dann hätte die afghanische Regierung Tausende von Mitwirkenden einsetzen und die bisher größte Hollywoodschau inszenieren müssen. Und Cecil B. Demille hätte, offen gestanden, daneben wie ein Amateur gewirkt.

Wir haben nur einen kleinen Teil Afghanistans gesehen, und ich erhebe nicht den Anspruch, für dieses Land ein Experte zu sein. Trotzdem wird vieles von dem, was wir sahen, von der Presse nicht bestätigt, vielleicht weil die USA so viele irreführende Informationen veröffentlichen.

Ja, die sowjetischen Truppen sind noch dort, und es wird noch gekämpft. Das wird von den führenden Politikern Afghanistans zugegeben. Sie sagen, die Sowjets seien nicht direkt beteiligt, und man wolle Verhandlungen mit dem Westen, damit diese Armee wieder in die UdSSR zurückkehren kann.

Aber wollen Reagan und Thatcher überhaupt eine Regelung? Schließlich kommt der „rote Popanz" immer gelegen, wenn man ablenken und Rüstungsausgaben rechtfertigen will usw.

Auf der anderen Seite sollten Sozialisten sich nicht mit einer Zuschauerrolle begnügen. Welche Meinung wir auch immer zu Afghanistan haben mögen, erinnern wir uns daran, daß die Alternative wahrscheinlich nur in einem reaktionären rechten Regime bestehen kann, das dem des Generals Zia in Pakistan ähneln würde. Und das würde jeden Fortschritt in dem Teil der Welt für Jahrzehnte zurückwerfen.

Ron Brown, London

# Die Welt zu Beginn der 80er Jahre (II)*)

## Die USA, Westeuropa und die Bundesrepublik. Unterschiedliche Interessen, Veränderungen der Ideologie und der Herrschaftsform

Von Reinhard Kühnl

*III. Veränderungen des politischen Instrumentariums*

Mehrere Triebkräfte (die freilich auch teilweise miteinander zusammenhängen) wirken in die gleiche Richtung: die gegenwärtige kapitalistische Krise, der längerfristige Machtverfall des Kapitalismus als Weltsystem und die neue, von den USA ausgehende Globalstrategie. Sie alle erzeugen bei maßgeblichen Teilen der herrschenden Klasse in den kapitalistischen Staaten den Drang, die Lasten der Krise, die erhöhten Kosten für Rohstoffe und die gewaltigen Ausgaben für Rüstung der arbeitenden Bevölkerung aufzubürden. Dieses Konzept aber verlangt eine Veränderung des politischen Instrumentariums, um zu gewährleisten, daß die betroffene Bevölkerung gegen diese Beeinträchtigung ihrer Lebens- und Zukunftschancen sich nicht effektiv zur Wehr setzen kann. Das betrifft sowohl das ideologische Instrumentarium wie auch das institutionelle und juristische Gefüge. Insgesamt stellt sich dies dar als umfassende Offensive rechtsgerichteter Kräfte.

*a) Die Ideologie*

So ist seit einigen Jahren in allen kapitalistischen Ländern eine gesteigerte ideologische Aggressivität von rechts festzustellen. Sie richtet sich einerseits gegen die Organisationen und Aktivitäten der arbeitenden Bevölkerung und der demokratischen Intelligenz, diffamiert sie als staats- und verfassungsfeindlich, zersetzend und gemeingefährlich, als Unruhestifter und Volksschädlinge und verlangt, daß ihre Rechte und Aktivitäten beschnitten werden. Diese Kampagnen zielen darauf ab zu verhindern, daß die Bevölkerung den Kampf um ihre sozialen Rechte organisiert und wirksam führen kann oder sogar die Gefahr entsteht, daß die Suche der Bevölkerung nach einem Ausweg sich nach links wendet, der Gedanke im Massenbewußtsein sich ausbreitet, daß das Elend aus dem kapitalistischen System entspringt und also dessen Veränderung verlangt.

Die ideologische Offensive der Rechten hat jedoch nur dann Aussichten auf Erfolg, wenn sie selbst „positive" Lösungen anbietet. Diesen Zweck erfüllen jene Komponenten der Ideologie, die die Demokratie als schwächlich und zur Bewältigung der großen Krisenprobleme unfähig darstellen und einen effektiveren, wirklich handlungsfähigen, „starken" Staat verlangen, der imstande ist, mit „Unruhestiftern" resolut aufzuräumen und Ruhe, Ordnung und soziale Sicherheit zu schaffen. Nur so seien die Krisenprobleme, die sozialen Konflikte im Inneren und die Rohstoffversorgung von außen langfristig zu gewährleisten.

*) Vgl. Heft 1/1981, S. 18–34.

In einer dritten Komponente vereinigen sich das Moment der Ablenkung von den wirklichen Ursachen der Krise und das Moment der gezielten Kanalisierung der Unzufriedenheit in die falsche Richtung, vereinigen sich also Desorientierung und die Schaffung „positiver" Angebote für Identifikation und reale Aktivitäten. Es ist dies die seit Jahrhunderten bewährte Methode, „Sündenböcke" zu fixieren, auf die der Unmut der Bevölkerung sich richten kann. So wachsen in vielen Ländern seit einigen Jahren Äußerungen und Handlungen, die sich gegen Minderheiten richten. Welche Minderheiten dies jeweils sind, hängt natürlich von den konkreten Bedingungen des einzelnen Landes ab. In der Regel sind es ausländische Arbeiter, Einwanderer und Farbige, die als „Sündenböcke" fungieren. Sogar der durch den Faschismus anscheinend so nachhaltig diskreditierte Antisemitismus flammt in verschiedenen Ländern wieder auf.

Besonders deutlich kommt der Zynismus des Systems zum Ausdruck, wenn die Menschen, die infolge der kapitalistischen Krise aus dem Arbeitsprozeß auf die Straße geschleudert wurden, nunmehr als Faulenzer diffamiert werden, die nicht nur an ihrem Schicksal selber schuld, sondern Parasiten seien, die den ordentlichen Menschen noch auf der Tasche liegen. (In all diesen Ideologemen drückt sich natürlich auch die uralte Herrschaftsstrategie aus, Zwietracht zu säen zwischen den verschiedenen Gruppen der abhängig Arbeitenden, damit diese nicht zu einer einheitlich handelnden Potenz werden können: zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, aber auch zwischen Arbeitern und Angestellten und Beamten, zwischen [ordentlichen] christlichen, [partiell noch tragbaren] sozialdemokratischen und [staatsfeindlichen] kommunistischen Beschäftigten usw.)

Die gesteigerte ideologische Aggressivität von rechts hat jedoch auch eine starke nach außen gerichtete Komponente. Deren Hauptfunktion besteht darin, jenes durch die Entspannungspolitik etwas verwischte Feindbild in voller Schärfe wieder herzustellen und jenes Klima des Kalten Krieges neu zu erzeugen, die für die neue Globalstrategie benötigt werden. Nur so besteht auch die Aussicht, der Bevölkerung verständlich zu machen, daß so gewaltige Ausgaben für die Rüstung erforderlich sind, während doch zugleich wesentliche gesellschaftliche Bedürfnisse vom Gesundheits- bis zum Bildungs- und Verkehrswesen aus „Geldmangel" nicht befriedigt werden können. Zudem soll die Bevölkerung die Bereitschaft zu erhöhtem Risiko aufbringen, soll den Krieg, sogar den atomaren, als eine Sache auffassen, die durchaus möglich ist und die man auch überstehen kann. (In England hat die konservative Regierung gerade eine Broschüre an die Bevölkerung verteilt, in der dies in aller irreführenden Schlichtheit so dargestellt ist.)

Es steckt jedoch noch eine zweite Funktion in dieser Verschärfung des internationalen Klimas, nämlich die alte Erfahrung, daß generell reaktionäre und militaristische Ideologie nur gedeihen kann in einem Klima internationaler Spannung und Feindseligkeit, während ein Klima der Entspannung und Verständigung zwischen den Völkern immer eine starke Tendenz zur Liberalisie-

rung und Demokratisierung nach innen erzeugt. (Diese Erfahrung hat sich durch den Übergang der Bundesrepublik zur Entspannungspolitik seit der Mitte der 60er Jahre erneut bestätigt.) Schon aus innenpolitischen Gründen wird also erneut ein klares Feindbild und eine Atmosphäre des Kalten Krieges benötigt.

Um die Bereitschaft, die für die neue Globalstrategie notwendigen Maßnahmen und die damit verbundenen erhöhten Risiken und Opfer hinzunehmen, im Massenbewußtsein abzusichern, wurden und werden alle Instrumente des ideologischen Herrschaftsapparates mobilisiert, die zur Verfügung stehen. Dies betrifft keineswegs nur die Medien, für deren Manipulierbarkeit zuletzt der Fall Afghanistan ein Lehrstück geliefert hat. Auch die katholische Kirche, deren ideologischer Apparat auf eine 2000jährige Erfahrung zurückblicken kann, mußte nun wieder stärker an die Front: Da sind die vielfältigen Aktivitäten des Papstes Woytila, dessen Wahl und dessen Politik eine klare Konzeption verraten[66]); da sind dessen Reisen in die Entwicklungsländer, bei denen er die Suche der hungernden Massen nach einem Ausweg in archaische Identifikationsbedürfnisse umzumünzen suchte und auf die Rettung von oben, also auf Hoffen und Beten orientierte und vom Vertrauen auf die eigene Kraft und das eigene Handeln, das ja immerhin aus der Bergpredigt auch abgeleitet werden könnte, abzulenken unternahm. (Allerdings war er dort mit starken Sympathien für die Befreiungsbewegungen auch beim Klerus konfrontiert.) Da sind seine Reisen in die entwickelten kapitalistischen Länder wie die in die Bundesrepublik, die 20 Mio. DM verschlang, aber ideologisch der Rechten einigen – allerdings wohl nicht den erhofften – Gewinn brachte: In einer gigantischen Medienshow von 26 Stunden Fernsehen in 4 Tagen und täglich bis zu 12 Stunden Hörfunkberichterstattung wurde versucht, Massenhysterie in großem Maßstab zu erzeugen. Da ist, um noch einige Beispiele aus der BRD zu nehmen, das „Hirtenwort" der katholischen Bischöfe vor der Bundestagswahl, die sich seit den 60er Jahren eine so direkte Intervention zugunsten der Rechten nicht mehr erlaubt hatten. Groß angelegte militärische Spektakel wie die öffentliche Rekrutenvereidigung mit großem Zapfenstreich, umrankt von kirchlichen Ritualen („Helm ab zum Gebet"), die Verstärkung des militärischen Einflusses auf die Schulen, der in der Bundesrepublik gerade durch einen Kultusministerkonferenz-Beschluß abgesichert wurde und die „Erziehung zur staatsbürgerlichen Pflichterfüllung und . . . Bereitschaft zum Dienen" gewährleisten soll [67]), die gezielte Förderung von Bundeswehr-Fanclubs und Reservistenverbänden und viele andere Maßnahmen sollen den Geist der Wehrhaftigkeit in der Bevölkerung verbreiten.

Auch die Wissenschaft hat bei dieser umfassenden ideologischen Offensive von rechts ihren Beitrag zu leisten. Insbesondere in den Sozialwissenschaften machen sich verstärkt wieder jene Richtungen geltend, die „beweisen", daß die „moderne Gesellschaft" wegen ihrer allzu großen pluralistischen Vielfalt und ihren Interessenkämpfen weithin „unregierbar" geworden ist und der

66) FAZ v. 15. 11. 1980.
67) W. Hennis, in: Hennis/Kielmannsegg/Matz, Regierbarkeit, Bd. 1, Stuttgart 1977, S. 16.

strafferen Führung, der stärkeren Zentralisierung, der Wiederherstellung der wirklichen Staatsautorität bedarf, die zur Bändigung von sozialen Konflikten und zur Zurückdrängung von „egoistischen Gruppeninteressen", insbesondere der Gewerkschaften, in der Lage ist. Die „großen Herausforderungen" der Zukunft seien „nur durch ein ganz ungewöhnliches Maß von Disziplinierung, Energie und Zucht" zu bewältigen. Es sei wahrscheinlich, daß sie mit den „traditionellen demokratischen Verfahren nicht zu meistern", daß also „diktatorische Enklaven" notwendig seien[68]). Die „Unregierbarkeit" resultiere nämlich daraus, daß die „Handlungsfähigkeit der Exekutive . . . von unten her eingeschränkt oder gar gelähmt ist"[69]). Es bestehe also „ein hohes Bedürfnis nach Führung und Autorität", dem besonders die Unternehmer nachzukommen hätten[70]). Klartext redet der Nobelpreisträger Hayek in seinem neuen Buch über die Ursachen von Inflation und Arbeitlosigkeit: „Die gesetzlich zugelassene Macht der Gewerkschaften ist das größte Hindernis vor einem höheren Lebensstandard der Arbeiterklasse geworden. Sie sind die Hauptursache der Arbeitslosigkeit. Sie sind der Hauptgrund für den Niedergang der britischen Wirtschaft im allgemeinen . . . Es kann keine Erlösung für England geben, solange diese Vorrechte nicht widerrufen sind". Die FAZ, die solche Passagen beifällig zitiert[71]) und zu deren Säulenheiligen Hayek gehört, zeigt damit ihren Lesern auf, in welcher Richtung die Lösung auch in der Bundesrepublik zu suchen wäre.

Konservative Ideologien[72]) sind im Vordringen begriffen, die den „Verfallsprozeß" der USA[73]), das „Ende des Abendlandes"[74]), den „Sturz in Krisen und Katastrophen"[75]) kennzeichnen oder als Gefahr kommen sehen und insoweit ein Abbild realer Tendenzen darstellen, aber zugleich einen „Ausweg" aus dieser Lage anbieten, nämlich die Abschaffung der „nicht belastungsfähigen" Demokratie[76]), die „Selbstverpflichtung zum Dienen, ja sogar zum Opfern", die vorab ein „Gesetz zum Schutze der Unternehmerschaft"[77]) und die Disziplinierung der Gewerkschaften[78]) verlangt, wobei die Militärdiktatur in Chile als Beispiel für die „Wiederbefestigung zerborstener Bastionen"[79]) dienen kann. Dem „Abendland", dem „romanisch-germanischen Raum", dem

68) So der deutsch-amerikanische Politologe Arnold Brecht (Kann die Demokratie überleben, Stuttgart 1978, S. 112ff.).
69) Th. Schieder, in: Hennis u. a., Regierbarkeit, a.a.O., S. 37.
70) Heinz Dürr, Vorsitzender des Vorstandes der AEG-Telefunken AG, zit. nach DVZ v. 20. 11. 1980.
71) FAZ v. 20. 12. 1980.
72) Vgl. an neueren Publikationen u. a. J. Ellul, Verrat am Abendland, Stuttgart 1978; K. Herberts, Die Selbstentfremdung des Abendlandes, Würzburg 1977; L. Bossle, Vorwärts in die Rückwärtsgesellschaft. Zur Soziologie der Fortschrittsermüdung, Würzburg 1979; R. Aron, Plädoyer für das dekadente Europa, Berlin/Frankfurt/M. 1978; D. C. Hoggan, Das blinde Jahrhundert, 1. Teil: Amerika – das messianische Unheil, Tübingen 1979; vgl. auch die Sammelrezension in: „IPW-Berichte", 11/1980, S. 57ff.; die Serie von Literaturberichten von K. Fritzsche, in: „Neue Politische Literatur" (NPL) 1979 und 1980, bes. Teil III in 1980/2, S. 150ff., sowie R. Lederer, Neokonservative Theorie und Gesellschaftsanalyse, Frankfurt/M. 1978.
73) Hoggan, a.a.O., S. 31.
74) Herberts, a.a.O., S. 20.
75) Bossle, a.a.O., S. 19.
76) Aron, a.a.O., S. 33.
77) Ellul, a.a.O., S. 51.
78) Herberts, a.a.O., S. 185.
79) Bossle, a.a.O., S. 31.

„abendländischen Menschen", der „weißen Rasse"[80]) kommt dabei durch den „Auftrag Gottes" weltpolitisch nach wie vor eine Führungsrolle zu, die freilich erst wieder erkämpft werden müssen. Alle diese Ideologen sind aus den 20er und 30er Jahren wohl bekannt – einschließlich der Resultate, zu denen sie geführt haben. Auch Friedrich Nietzsche, der vom Faschismus nicht zufällig als „sein" Philosoph gefeiert wurde, wird gegenwärtig in einer Reihe von Ländern wieder groß herausgebracht. Autoritäre Herrschaft nach innen und Machtpolitik nach außen sind erneut (und immer noch) die „Lösungen", die diese Konzepte für die sozialen Probleme der Gegenwart anbieten.

Dieser umfassende ideologische Angriff auf Bewußtseinsformen der Aufklärung, der Emanzipation, der Demokratie und des Sozialismus reicht von diesen Staatsvorstellungen des neuen Konservatismus bis zu der konservativen Pädagogik („Mut zur Erziehung"), die „Anspruchsdenken und Utopismus" geißelt und in direkten Zusammenhang mit der „Sünde der Demokratisierung" bringt. Um nun gleich die sozialen Interessen deutlich zu machen, die hinter dieser Pädagogik stehen, verlangen die Unternehmerverbände „Treue, Pflichtbewußtsein, Einsatzbereitschaft, Idealismus, Zuverlässigkeit, Opferbereitschaft, Nächstenliebe . . ." als Werte, die der Jugend zu vermitteln seien[81]); im Klartext: „Die Unternehmer erwarten von den Hochschulabsolventen Anpassung persönlicher und fachlicher Art"[82]). Und dieser Angriff reicht von der Frauen- und Familienideologie der CDU/CSU bis zum Verlangen nach verstärkter Elitebildung in Schule, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Auch die Gerichte stehen bei dieser ideologischen Offensive von rechts nicht abseits. In erhöhtem Maße benutzen insbesondere die höheren Instanzen die im Massenbewußtsein, besonders in den Staaten mit langer autoritärer Tradition wie der Bundesrepublik, tatsächlich tiefverwurzelte Ideologie der „neutralen" Justiz dazu, im angeblichen Interesse des „Gemeinwohls" den Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen, die demokratische Intelligenz einzuschüchtern, die Frauen wieder in die Unmündigkeit zurückzutreiben und Kritik an Rüstungs- und Militärpolitik als verfassungsfeinlich zu unterdrücken. Daß in diesem Klima auch Publikationen wieder massenhaft angeboten werden können, die den Faschismus der Vergangenheit verharmlosen oder sogar als vorbildliche Krisenlösung glorifizieren, ist nicht verwunderlich.

### *b) Die Herrschaftsform*

Diese umfassende ideologische Offensive der Rechten zielt unmittelbar darauf, das Massenbewußtsein entsprechend den neuen „Notwendigkeiten" der Krise und der veränderten Globalstrategie zu präparieren. Sie zielt aber zu-

80) All dies besonders drastisch bei Ellul.

81) W. Schlaffke, Mit Zuversicht in die achtziger Jahre, in: „Deutsche Universitätszeitung/Hochschul-Dienst", 16/1978, S. 490; N. Lobkowicz, Hochschulpolitik – die Sünde der Demokratisierung, in: „Der Arbeitgeber", 18/1979; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Jugend – Aufgabe der Wirtschaft, in: „Der Arbeitgeber", 21/1978.

82) F. H. Franz/H. Linke, Praxisbezug – ein Stück der Hochschulreform, in: „Deutsche Universitätszeitung/Hochschul-Dienst", 19/1979, S. 585.

gleich auch darauf, eine Veränderung der realen politischen Herrschaftsform vorzubereiten und zu unterstützen. Tatsächlich erweist sich die Verstärkung des ideologischen Drucks in solchen Situationen im allgemeinen nicht als ausreichend, um die Hauptziele durchzusetzen, also die Lasten der Krise und der Rüstungs- und Konfrontationspolitik den arbeitenden Massen aufzubürden und zu verhindern, daß sie sich dagegen wirksam wehren können. Deshalb verbindet sich die ideologische Offensive von rechts in solchen Krisen meist mit dem Versuch, auch real die politischen Rechte und Einflußmöglichkeiten der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen einzuschränken, die Kompetenzen der Staatsorgane auszuweiten, die politische Macht zu zentralisieren, kurzum: Elemente der Repression stärker zur Geltung zu bringen und den parlamentarisch-demokratischen Staat stärker an autoritäre Herrschaftsmodelle anzunähern.

Solche Zusammenhänge können vorzüglich studiert werden am Beispiel der Geschichte Deutschlands seit dem Beginn der Wirtschaftskrise 1929 wie auch an der Entwicklung der USA beim Übergang zum Kalten Krieg nach 1945. Im ersten Fall ging es für die herrschenden Kräfte darum, den Massen nicht nur die Lasten der Krise aufzubürden, sondern auch die innenpolitischen Hindernisse für eine Politik erneuter Aufrüstung und Expansion wegzuräumen. Dies führte über verschiedene Zwischenetappen autoritärer Regime schließlich zur Errichtung einer faschistischen Diktatur. Und im zweiten Fall ging es darum, in der Bevölkerung der USA die angesichts der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges tief verwurzelte Sehnsucht nach Frieden und internationaler Verständigung (auch mit dem Kriegspartner Sowjetunion) zu brechen und die Lasten und die Risikobereitschaft für die „Politik der Stärke" durchzusetzen. Dies führte zu jener antikommunistischen Hysterie und Massenverfolgung gegenüber „unamerikanischen Umtrieben", die als Mc Carthy-Ära in die Geschichte eingegangen sind.

Welche Formen diese Versuche annehmen und wieweit sie erfolgreich sind, hing immer und hängt auch heute wieder von den konkreten Bedingungen der einzelnen Länder, insbesondere von der Stärke und Strategie der demokratischen Kräfte ab. Daß aber als Resultat der veränderten ökonomischen und globalstrategischen Lage die maßgeblichen Teile der herrschenden Klasse in nahezu allen kapitalistischen Ländern einen Strategiewechsel von ehemals mehr integrativen zu nunmehr stärker autoritären Herrschaftsmethoden vollzogen haben, kann keinem Zweifel unterliegen. In Großbritannien hat die Regierung Thatcher einen neuen (unter Heath bereits einmal gescheiterten) Anlauf unternommen, den Gewerkschaften Zügel anzulegen, ist aber nicht sehr weit damit gekommen (und dürfte überhaupt die nächsten Parlamentswahlen kaum überstehen). In der Bundesrepublik, die später noch gesondert betrachtet werden soll, haben diese Tendenzen zur Nominierung von Strauß als ihrem konsequentesten Repräsentanten geführt, reichen aber offensichtlich auch weit in die sozial-liberale Regierungspolitik hinein. Auch in Japan sind sie offensichtlich im Vormarsch begriffen. In Portugal und Spanien artikulieren sie sich – gestützt auf die immer noch oder wieder an den Schalt-

hebeln der Macht befindlichen Führungsschichten aus der Zeit der Militärdiktatur – mit wachsender Aggressivität. Und in der Türkei haben sie die vollständige Liquidierung der – real freilich auch vorher nur sehr partiellen – parlamentarisch-rechtsstaatlichen Herrschaftsform bewirkt. Auch in Frankreich und Italien treten sie aggressiver auf, konnten allerdings bisher wegen der Stärke der demokratischen Kräfte kaum an Boden gewinnen. Dies gilt im großen und ganzen auch für Holland, Belgien und die skandinavischen Staaten.

Der Versuch zur Ersetzung von mehr integrativen durch mehr repressive Strategien gilt auch für das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt. Was im Konzept von Strauß ziemlich offen artikuliert, durch die Wahlniederlage dann aber zunächst unrealisierbar geworden war, was von der Regierung Thatcher anvisiert, mangels militärischer Potenz aber nicht durchgesetzt werden kann, wird nun von der Regierung Reagan in den USA als neue Strategie offen proklamiert. Die von der Regierung Carter angestrebte Politik, durch die Unterstützung „gemäßigter" Kräfte in Lateinamerika (ideologisch flankiert durch die Menschenrechtskampagne) die Machtpositionen in diesem Raum längerfristig abzusichern, mußte angesichts des Sieges der Befreiungsbewegung in Nicaragua und des Übergreifens solcher Bewegungen auf den gesamten mittelamerikanischen Raum als gescheitert betrachtet werden. So wurde auch in dieser Frage schon unter Carter das Steuer herumgeworfen und z. B. die Militärjunta El Salvadors, die sich nur mittels offenen Terrors halten kann, nunmehr unterstützt (ein Teil dieser Finanzmittel wurde übrigens pikanterweise dem Titel „Programm für Menschenrechte, Entwicklung und Verteidigung" entnommen)[83]). Auch hier zeigt sich, daß die Regierung Reagan nur das mit aller Härte fortzusetzen verspricht, was die Regierung Carter bereits begonnen hat, allerdings nicht mit der nötigen Konsequenz durchsetzen konnte. Die Definition all dieser Länder von Lateinamerika bis Südostasien, die zum Teil mehrere tausend Kilometer von den Grenzen der USA entfernt sind, als „lebenswichtig" für die „Verteidigung" der USA, die in Angriff genommene Aufstellung einer Interventionsarmee und die Garantieerklärungen für die reaktionären Regime auch in der Golfregion (in Saudi-Arabien, den Scheichtümern usw.), in denen sich bereits Befreiungsbewegungen regen – alle diese Elemente einer Politik verstärkter Gewaltandrohung, Risikobereitschaft und Repression, die sich auf den gesamten Bereich der Dritten Welt bezieht, kann gerade in der Golfregion unmittelbar und ganz akut die Gefahr offener kriegerischer Verwicklungen und die Gefahr eines Weltbrandes heraufbeschwören.

Unter solchen Bedingungen von Krisenangst und Verunsicherung bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung einerseits und der Forcierung entspannungsfeindlicher, militaristischer und antidemokratischer Ideologien andererseits ist es nicht verwunderlich, daß auch faschistische Kräfte sich wieder regen, ermutigt werden und aggressiver auftreten – insbesondere in den Ländern, in denen stärkere Traditionen dieser Art existieren. Sie sind – trotz aller

83) FAZ v. 31. 10. 1980.

Differenzen, die zwischen den verschiedenen Gruppen und Ländern bestehen – insgesamt durch zwei Momente gekennzeichnet: Erstens denunzieren sie die Demokratie als schlappe und zur Bewältigung der großen Probleme der Gegenwart unfähige Staatsform und verlangen kaum verhüllt die Errichtung einer Diktatur. Zweitens ziehen sie aus der militanter gewordenen herrschenden Ideologie, die besagt, daß demokratische Organisationen und Persönlichkeiten, insbesondere Gewerkschaften, Arbeiterparteien und demokratische Intelligenz, Unruhestifter seien und das Gemeinwohl bedrohen, die Konsequenz, daß sie dann auch mit allen Mitteln – einschließlich denen des Terrors – zu bekämpfen und zu vernichten seien. Nur so könne die „kommunistische Gefahr" (unter die alle diese Kräfte subsummiert werden) beseitigt und eine neue Machtpolitik eingeleitet werden, die dann auch die großen sozialen Probleme lösen könne. Was einst für die faschistische Ideologie die Unterwerfung der europäischen Völker, insbesondere im osteuropäischen Raum, als Lösung der sozialen Probleme bedeutete, das ist heute primär die Niederhaltung der rohstoffproduzierenden Länder in der Dritten Welt und die Sicherung der Energieversorgung (und nur noch sekundär die Wiedergewinnung von Kolonialraum in Osteuropa oder auf dem Balkan). Die Nähe dieser Konzeptionen zu denen der „gemäßigten Rechten" ist sowohl in realpolitischer wie in ideologischer Hinsicht offensichtlich. Eben deshalb – und weil der Neofaschismus geeignet erscheint, der Offensive der Rechten generell den Boden zu bereiten, die Linke einzuschüchtern, in der Bevölkerung Angst und den Ruf nach „Ruhe und Ordnung" zu erzeugen usw. – kann der Neofaschismus in einer Reihe von Ländern bei Teilen des Staatsapparates auf gewisse Sympathien rechnen und sich ziemlich frei entfalten.

### *IV. Die Lage der Verbündeten der USA*

Die neue, von den USA ausgehende Globalstrategie kann sich, wie schon dargelegt, nur durchsetzen, wenn es den USA gelingt, die wichtigsten Verbündeten auf diesen Kurs festzulegen – einschließlich der damit verbundenen finanziellen Opfer: „Im nächsten Jahr werden wir nicht 3% mehr von der Bundesrepublik fordern, sondern 5% und eine neue Lastenverteilung." Dabei geht es um eine grundsätzlich Prioritätensetzung: „Soll die Sozialpolitik Vorrang haben oder die Sicherheit in einer immer weniger berechenbar gewordenen Welt."[84]) Schon Ende der 60er Jahre hatte H. Kissinger realistisch erkannt: „Die Vereinigten Staaten sind nicht mehr dazu in der Lage, Programme auf weltweiter Ebene selbst zu verfolgen"; es komme auf die Einbeziehung der Verbündeten in die Verantwortlichkeit an[85]). Diesen Zusammenhang betonte auch der „Vorwärts": „Es geht um den verzweifelten Versuch der USA, ihre traditionelle Dominanzposition sowohl gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber den Bündnispartnern zurückzuerobern."[86]) Zu prüfen ist daher sowohl die Interessenlage dieser Länder wie auch die Entwicklung im Stärkeverhältnis gegenüber den USA. Beide Fragen hängen natürlich insofern zu-

84) So ein „höherer amerikanischer Diplomat" nach FAZ v. 18. 11. 1980 und eigene Stellungnahme der FAZ.
85) H. Kissinger, Amerikanische Außenpolitik, Düsseldorf/Wien 1969, S. 130.
86) „Vorwärts" v. 8. 5. 1980.

sammen, als schon die Artikulation einer eigenen Interessenlage einen gewissen Grad von Eigenständigkeit voraussetzt.

In dieser Hinsicht ist nun die Entwicklungsrichtung seit den 50er Jahren ganz eindeutig: Die damals unangefochtene ökonomische, politische und militärische Dominanzposition der USA innerhalb der kapitalistischen Welt ist immer schwächer geworden, und sowohl die EG-Staaten wie auch Japan haben ihr gegenüber wesentlich an Boden gewonnen. Zwar haben die USA auf dem Gebiet der militärischen Potenz eine gewisse, allerdings verminderte Führungsstellung behalten, die insbesondere auf ihrer Nuklearmacht beruht, der ökonomischen Potenz nach ist sie jedoch weitgehend dahingeschwunden. Um 1950 betrug das industrielle Potential der sechs EWG-Gründungsmitglieder weniger als ein Drittel des amerikanischen; am Ende der 70er Jahre war es auf fast 70% angewachsen[87]). Auch die „technologische Lücke" hat sich wesentlich verringert. Der Dollar hat seine Funktion als kapitalistische Leitwährung weitgehend verloren. Der Anteil der USA an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt ist von fast 42% (1960) auf knapp 36% (1978) zurückgegangen, ihr Exportanteil von 18,3% auf 12%; die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts betrug zwischen 1950 und 1977 3,6% (gegenüber 4,2% in Westeuropa und 8% in Japan)[88]). Nach den neuesten Berechnungen der OECD beträgt der Anteil der USA an der Industrieproduktion sogar nur noch knapp 31% (gegenüber 35,4% von Westeuropa und 13,3% von Japan)[89]).

Diese im Verhältnis zu den USA stärker gewordene Position ermöglicht es den westeuropäischen Staaten und Japan, eigene Interessen in einem erhöhten Maße geltend zu machen und dabei im Grenzfall auch offen mit den USA in Konflikt zu geraten. Das zeigte sich sehr drastisch in dem Kampf um den lateinamerikanischen Exportmarkt für Nukleartechnologie, den die Bundesrepublik in Brasilien und Argentinien für sich entschied. Das zeigte sich aber auch bereits in der für die nahe Zukunft wohl entscheidenden Frage, nämlich der neuen US-Globalstrategie: Der Versuch der USA, einen Olympia-Boykott zu organisieren, wurde nur von der Bundesrepublik und von Japan unterstützt und kann demnach als weitgehend gescheitert gelten; noch schlechter erging es dem Versuch eines Handelsboykotts gegenüber der Sowjetunion. Das US-Konzept eines Wirtschaftsboykotts gegenüber dem Iran wurde von den EG-Staaten nur in sehr abgeschwächter Form angenommen und in noch schwächerer Form praktiziert (während der US-Boykott gegenüber dem iranischen Öl zwecks Sturz der fortschrittlichen Regierung Mossadegh zu Beginn der 50er Jahre noch blindlings befolgt wurde). Zentrale Bedeutung haben das NATO-Langzeitprogramm und der Beschluß über die Produktion und die Stationierung der neuen Atomraketen. Beide Beschlüsse konnten zwar zunächst gegen den Widerstand verschiedener kleinerer Länder durchgesetzt werden, doch mittlerweile hat sich herausgestellt, daß der Widerstand gegen ihre Rea-

87) Kurt Steinhaus, Welche Westpolitik?, in: „Blätter", 9/1980, S. 1055.
88) Nach „IPW-Berichte", 10/1980, S. 12 und 72.
89) Ebd., S. 12.

lisierung stark angewachsen ist. Trotz aller Pressionen und Drohungen durch die US-Regierung sind Belgien, Holland und Dänemark nicht bereit gewesen, die zugesagte jährliche Mindeststeigerung der Rüstungsausgaben um real 3% zu verwirklichen. Der Widerstand gegen das Atomraketenprogramm reicht in diesen Ländern bereits bis in die Regierung hinein. Und auch in den anderen Ländern ist dieser Widerstand im Wachsen begriffen, wie z.B. die sehr klaren Beschlüsse der insgesamt nach links gerückten Labour Party in Großbritannien zeigen.

In der Tat haben hier die Westeuropäer grundlegend andere Interessen als die USA. Zwar beinhalteten auch alle vorangegangenen militärstrategischen Konzeptionen der USA und dann der NATO, daß im Falle eines Krieges die westeuropäischen Länder, insbesondere die Bundesrepublik, zum Hauptkriegsschauplatz würden, so daß mit deren weitgehender Vernichtung zu rechnen war (schon der US-Krisenplan „Halfmoon" von 1948 sah den Einsatz von Atombomben in Europa vor)[89a]. Untersuchungen der Friedensforschung haben auf diesen Tatbestand immer wieder hingewiesen[90]. Die neue Militärstrategie aber bedeutet eine enorme Steigerung des Kriegsrisikos und der Vernichtungsgefahr. Denn die neuen todbringenden Raketen, deren Erstschlagskapazität den Gegner so vernichtend treffen soll, daß er nicht mehr zurückschlagen kann, sollen ebenfalls hier in Westeuropa, besonders in der Bundesrepublik, stationiert werden. Sie bedeuten eine Erhöhung der Kriegsgefahr erstens, weil sie Teil einer offensiven Strategie sind, die einen Atomkrieg als gewinnbar einkalkuliert, und zweitens weil die Vorwarnzeiten, die bisher schon mehrfach einen Kriegsausbruch durch Fehlreaktion der automatischen Warnsysteme verhindert haben, nunmehr so reduziert sind, daß jede Fehlreaktion mit hoher Wahrscheinlichkeit zum atomaren Krieg führt. Und sie bedeuten eine enorme Erhöhung der Vernichtungsgefahr, weil der angegriffene Gegner vermutlich doch genügend Kapazität für einen Gegenschlag behalten würde und dieser sich notwendigerweise gegen jene Territorien richten würde, auf denen die todbringenden Waffen stationiert sind, also auf die westeuropäischen Länder, vorab auf die Bundesrepublik. In all diesen Fällen also würde Westeuropa der atomaren Vernichtung preisgegeben, während die USA durchaus die Hoffnung haben können, vom Atomkrieg nicht völlig vernichtet zu werden[91].

Es ist also ganz offensichtlich, daß die Lebensinteressen der westeuropäischen Länder hier wesentlich andere sind als die der USA und daß das elementare Interesse der Existenzerhaltung, oder nur der Chance dazu, es verlangt, daß sie sich der neuen Militärstrategie der USA nicht unterwerfen. Dieses Existenzinteresse betrifft also nicht nur die demokratischen Kräfte in

89a) Vgl. „Times" v. 18. 8. 1980 und FAZ v. 19. 8. 1980.

90) Vgl. die in Anm. 25 genannte Literatur; dort viele weiterführende Literaturhinweise.

91) Vgl. zu alledem die schon genannte Literatur zur Globalstrategie der USA, hier insbesondere die Untersuchungen von A. Mechtersheimer vom Max-Planck-Institut Starnberg in „Aufrüsten, um abzurüsten?" und in einer Reihe von Interviews; „es ist nicht zu erkennen, weshalb sich die Bundesrepublik für diese drohende Verschärfung, deren Folgen sie mehr als jedes andere Land treffen würden, mit verantwortlich machen soll" (ebd., S. 66).

Westeuropa, sondern – recht verstanden – alle Schichten und Klassen, denn dem atomaren Holocaust würde niemand entgehen. Dies ist auch der Grund dafür, weshalb Skepsis und Widerstand gegen das Atomraketenprogramm bis in die politischen und militärischen Führungsgruppen hineinreichen. In vorsichtigen Worten deutete Willy Brandt dies an: „Westliche Solidarität ist wichtig, europäische ist besonders wichtig in dieser Lage . . ."[92]) Sehr viel deutlicher hat dies alles General Bastian in seinen Briefen an das Verteidigungsministerium und in seinen öffentlichen Stellungnahmen ausgedrückt.

Die Interessendiskrepanzen zwischen den westeuropäischen Ländern und den USA betreffen aber nicht nur die Militärstrategie im engeren Sinne, sondern die gesamte auf eine neue rigorose Konfrontation gerichtete Globalstrategie der USA[93]). Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zu den sozialistischen Staaten, in begrenztem Maße auch für das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt. Die westeuropäischen Staaten (z. T. auch Japan) sind in weit höherem Maße an Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten interessiert als die USA; ihr „Osthandel" ist mehr als 8mal so groß wie der der USA[94]). In der Tat hat ihnen die Periode der Entspannungspolitik vielerlei Vorteile gebracht – von starken Exportsteigerungen (so stieg der Handelsumsatz zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik von 1971 bis 1979 um 680% und der zwischen der Bundesrepublik und der DDR allein im ersten Halbjahr 1980 um 34%[95])), die auch eine Sicherung von etwa 2 Mio. Arbeitsplätzen in Westeuropa bedeuten (davon 350000 in der Bundesrepublik)[96]), bis zur Energieversorgung, zu der die Lieferungen aus der Sowjetunion einen wachsenden Anteil beigetragen haben. Ganz allgemein hat die Entspannungspolitik den westeuropäischen Staaten einen größeren außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Spielraum gebracht und so ihre Abhängigkeit von den USA verringert. Bundeskanzler Schmidt charakterisierte diesen Zusammenhang als „Selbstbefreiung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland durch die Politik des Gewaltverzichts, der Verhandlungen und der Verträge mit den Staaten Osteuropas"; „die Ostpolitik hat uns . . . ein sehr viel höheres Maß an Handlungsfreiheit, außenpolitischer Handlungsfreiheit eingebracht"[97]). Mit dem Entspannungsprozeß „gewinnen auch mittlere Mächte . . . und sogar kleinere Staaten eigene Spielräume, die sie zu ihren eigenen Gunsten nutzen können"[98]).

Auch die zukünftigen Perspektiven, die sich hier abzeichnen, sind außerordentlich vielversprechend. Nach Wirtschaftsminister Lambsdorff kann sich der Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bis

92) „Spiegel"-Gespräch, in: „Der Spiegel", 3/1980, S. 23f.
93) Es werde noch „harte Auseinandersetzungen geben", besonders über die „Rüstungskontrolle", von der die Bundesrepublik sich viel verspreche, „während wir wissen, daß dabei nichts herauskommt"; ein „höherer amerikanischer Diplomat", zit. nach FAZ v. 18. 11. 1980.
94) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1979, S. 651f.
95) „Sowjetunion heute", 8/1980, S. 12, u. DVZ v. 11. 12. 1980.
96) FAZ v. 21. 11. 1980.
97) „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 7. 8. 1980.
98) Bundespresseamt v. 15. 5. 1978; ähnlich Giscard d' Estaing bei seinem Besuch im Juli 1980 in der Bundesrepublik.

1985 noch verdoppeln[99]). Das geplante Projekt von Erdgaslieferungen von jährlich 40 Mrd. Kubikmetern aus Sibirien über 5000 km in die westeuropäischen Länder (davon 12 bis 15 Mrd. Kubikmeter in die Bundesrepublik), wofür diese Länder Kredite für Erschließung und Transportsystem geben und Industrieprodukte – wie z. B. Großröhren – liefern, sei für „einen europäischen Gasverbund von großer ökonomischer Bedeutung"[100]). Bereits jetzt kommen 20% des in Westeuropa verbrauchten Erdgases aus der Sowjetunion. In der Bundesrepublik würde sich der Anteil von Erdgas aus der Sowjetunion durch dieses „bisher größte deutsch-sowjetische Geschäft" auf etwa 30% erhöhen[101]). In einer ähnlichen Lage befindet sich Japan, das sich zunächst dem Handelsboykott der USA weitgehend angeschlossen hatte, seit dem Herbst 1980 die ökonomischen Beziehungen jedoch wieder intensivierte und die Kooperation offenbar wesentlich zu steigern entschlossen ist (besonders in Hinsicht auf die Erschließung Sibiriens, auf Kohle- und Erdgasprojekte)[102]).

Durch die neue US-Globalstrategie würden nicht nur diese Beziehungen gestört und aufs Spiel gesetzt werden (die USA versuchen deshalb auch, das Erdgasprojekt zu Fall zu bringen), sondern es würden auch die ohnehin durch die Krise schon vorhandenen ökonomischen Probleme der westeuropäischen Staaten und damit die sozialen Spannungen in ihnen beträchtlich anwachsen. Ökonomisch würde das darauf hinauslaufen, daß sich die USA im Konkurrenzkampf mit den westeuropäischen Ländern und Japan Vorteile verschaffen, und politisch würde es bedeuten, daß die USA ihre Vorrangsstellung in dem Maße wieder stärken könnten, in dem die militärische Potenz wieder zum bestimmenden Faktor der internationalen Beziehungen wird. Sowohl was das Kriegs- und Vernichtungsrisiko als auch was die allgemeine sozial-ökonomische Entwicklung betrifft, ginge also die neue US-Globalstrategie auf Kosten der westeuropäischen Länder.

Differenzen in der Interessenlage zeigen sich auch im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt. Wie der Direktor des Londoner Instituts für Strategische Studien offen bekannte, bestehen hier „gewichtige Interessenunterschiede . . . Sie sind vor allem von ihrer unterschiedlichen Rohstoffabhängigkeit geprägt. Europa und Japan sitzen hier in einem anderen Boot als die Vereinigten Staaten"[103]). Die westeuropäischen Länder und Japan (dessen Rohstoffabhängigkeit besonders stark ist), sind in weit höherem Maße auf eine kontinuierliche Zufuhr von Rohstoffen, besonders von Erdöl, angewiesen als die USA, die der größte Produzent landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind, über 20% der Erdölförderung (gegenüber 3,6% von Westeuropa), 55% der Erdgasförderung (gegenüber 3,6% von Westeuropa), und die $2\,^1/_2$fache Steinkohlenförderung im Vergleich zu Westeuropa verfügen[104]). Westeuropa und Japan sind zu 70% von Rohölzufuhr aus dem arabisch-iranischen Raum angewiesen,

99) „Sowjetunion heute", 8/1980, S. 16.
100) Lambsdorff, zit. nach FAZ v. 22. 11. 1980.
101) FAZ v. 21. 11. u. 17. 11. 1980.
102) FAZ v. 22. 11. 1980.
103) „Die Zeit" v. 4. 5. 1979.
104) „IPW-Berichte", 10/1980, S. 12f.

die USA nur zu 16%. (Die anglo-amerikanischen Konzerne verfügen zudem über etwa 40% der Ölförderung in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Saudi-Arabien sowie über beherrschende Positionen in der Verarbeitung und Vermarktung des Rohöls[105])). Insgesamt war das Außenhandelsvolumen der EG mit den Entwicklungsländern 1977 um über 40% höher als das der USA[106]).

Die westeuropäischen Länder und Japan sind also auch in höherem Grade an einigermaßen geregelten Beziehungen zu diesen Ländern interessiert (zumal sie nicht über das gleiche militärische Potential verfügen wie die USA), während für die USA eine Störung dieser Beziehungen durch Boykottmaßnahmen oder militärische Interventionen nicht umittelbar und nicht in gleichem Umfang die eigene Wirtschaft und Bevölkerung treffen würde. Längerfristig wächst allerdings auch die Abhängigkeit der USA von Rohstoffimporten. (Sie wird voraussichtlich im Jahre 2000 betragen: bei Zinn, Chromerz, Bauxit und Wolfram 100%, bei Nickel 89%, Zink 84%, Eisenerzen und Blei 67% und Kupfer 56%[107]).) Im Falle einer Politik direkter Intervention hätten die USA (gegenüber ihren Verbündeten) auch deshalb den entscheidenden Gewinn, weil die „militärische Sicherung" der betreffenden Gebiete natürlich durch die Streitkräfte der USA erfolgen würde – wonach die „ökonomische Sicherung" durch US-Konzerne nicht lange auf sich warten ließe, deren Parteien ja auf die Regierungen in Westeuropa einen beträchtlichen Einfluß haben, die USA so insgesamt auch ihre politische Machtposition stärken.

Differenzen zwischen der gewissermaßen mehr „sozialliberalen", d. h. auf Integration gerichteten Strategie der westeuropäischen Staaten und Japans und dem nunmehr wieder auf offene Drohung und Anwendung von Gewalt gerichteten Kurs der USA haben möglicherweise im September 1980 den Ausbruch eines großen Krieges im Nahen Osten verhindert. Als nämlich die Carter-Regierung eine gemeinsame Flottenaktion vorschlug, waren „die Reaktionen der vom Präsidenten brieflich unterrichteten fünf Partner bis auf Japan durchweg negativ", worauf die Aktion abgeblasen wurde. Die Differenzen kamen erneut zum Vorschein im Falle von El Salvador: Hier forderte die Sozialistische Internationale (die der faschistischen Expansionspolitik entstammende Maxime: „Wer kommt hinter dem ersten Tank? Das ist ein Direktor der Deutschen Bank" hat immer noch Gültigkeit) die Regierung der USA auf, „ihre politische und militärische Unterstützung der derzeitigen Junta von El Salvador einzustellen", denn diese sei „ein despotisches Regime"[108]).

Diese Differenzen sind freilich nicht grundsätzlicher Art (wie in der Frage der Militärstrategie in Europa, wo es schlicht ums Überleben der europäischen Völker geht), sondern nur gradueller Art: auch in einigen westeuropäischen Staaten gibt es starke Fraktionen in der herrschenden Klasse, die im Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt zu einer Politik erhöhter Gewaltandro-

105) „Antiimperialistisches Informationsbulletin" (AIB), 7–8/1980, S. 5.
106) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1979, S. 651f.
107) „IPW-Berichte", 10/1980, S. 13.
108) Nach FAZ v. 20. 11. 1980.

hung und Risikobereitschaft entschlossen sind und also mit der US-Konzeption konform gehen. Solche Tendenzen sind besonders stark in der Bundesrepublik und in England (sowie in Japan), während die skandinavischen Länder und Holland einen eher „liberalen" Block bilden, der den Forderungen der Entwicklungsländer weit entgegenzukommen bereit ist. Diese aggressiven Tendenzen haben – was die Bundesrepublik betrifft – in der Konzeption der CDU/CSU und ihres Kanzlerkandidaten Strauß ihren bisher klarsten Ausdruck gefunden[109]). Während in der CDU/CSU z. B. „eine Ausweitung des Aktionskreises der NATO und damit auch der Bundeswehr" erwogen wurde, nannte der SPD Bundesgeschäftsführer Bahr eine solche Politik „ein Spiel mit dem Pulver bei offenem Feuer" und „ein unerträgliches Risiko für unser Land"[110]). Im Verhältnis zu Lateinamerika neigen diese Kräfte der Ansicht der Regierung Reagan zu, daß die „Förderung sozialer Reformen" als „Wegbereiter kommunistischer Regime" fungiere und daß deshalb „gemäßigt repressive, aber amerikafreundliche Regierungen" vorzuziehen seien[111]). Gegenüber der sozial-liberalen Integrationspolitik erkennen sie zwar gelegentlich an, daß sie vielleicht gut gemeint sei, befürchten aber, daß „am Ende . . . der Karren viel weiter links läuft, als er nach der Ansicht der Helfenden laufen sollte"[112]). Auch diese Rechte, die ständig „volle Solidarität" mit der Globalstrategie der USA fordert, geht freilich zu offener Polemik über, wenn das bundesrepublikanische Kapital in Konkurrenz mit dem amerikanischen kommt, so z. B., wenn es um die „deutschen Interessen an dem Export von Kernkraftanlagen und eigener Kernkrafterzeugung" geht: Den USA wird vorgeworfen, „mit ihrem famosen Antiproliferationsgesetz von 1978" (das Weitergabe von militärisch nutzbarem Nuklearmaterial verbietet) „in die komplizierten internationalen Beziehungen mit der Brutalität eines Polizeigriffs einzuwirken", „zumal die heimische Atomgegnerschaft sich schon lähmend genug auswirkt"[113]).

Die Interessendifferenzen zwischen den USA und ihren Verbündeten sind also beträchtlich, und sie dringen auch an die Öffentlichkeit. So vermerkte die FAZ: „Amerikanische Vorstellungen, eine komplette Liste der Gegenmaßnahmen (in der Polenfrage) zu vereinbaren und auch bekanntzumachen, stoßen auf den Widerstand der Europäer", und überhaupt war „die NATO-Konferenz in Brüssel in ihrem militärischen Teil wieder einmal desillusionierend"[114]). Die „Zeit" beklagte, daß „kaum eine Woche vergeht, in der nicht die außenpolitischen Interessen der USA mit denen der Europäer kollidieren"; und „Business Week" sah sogar die USA mit der „Gefahr eines langsamen Zerfalls des Bündnisnetzes konfrontiert, das nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet worden war"[115]). Der US-Außenminister Muskie resümierte:

109) Vgl. dazu das AIB-Sonderheft „Franz-Josef Strauß und die CDU/CSU-Weltpolitik", 1/1980.
110) FAZ v. 28. 7. 1980; vgl. dazu auch den Leserbrief des Friedensforschers Prof. Czempiel in FAZ v. 14. 11. 1980.
111) FAZ v. 15. 12. u. 14. 12. 1980.
112) FAZ v. 23. 7. 1980.
113) FAZ v. 11. 8. 1980.
114) FAZ v. 18. 11. 1980.
115) FAZ v. 24. 3. 1980.

Die „Zeit des Gleichschritts zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten ist . . . vorbei", ebenso wie die Zeit der „Vorherrschaft"[116]). Die EG-Staaten formulierten den Tatbestand dezent wie folgt: „Im Zusammenhang der solidarischen Bindungen zwischen einem starken Amerika und einem seiner selbst und seiner Rolle gewissen Europa werden der Dialog und die Abstimmung zwischen beiden der Sache des Friedens und der Freiheit am besten dienen"[117]).

Hinzu kommt noch, daß die Krise generell die Bereitschaft der kapitalistischen Staaten zu gemeinsamem Handeln geschwächt und den Drang verstärkt hat, den eigenen Vorteil auch auf Kosten der „Partner" sicherzustellen. So haben protektionistische Maßnahmen zur Abschirmung der eigenen Märkte gegenüber den Konkurrenten (z. B. der englischen und amerikanischen Märkte gegenüber Autoimporten aus Japan) – bei gleichzeitiger Forcierung der Exportförderung durch staatliche Unterstützung – deutlich zugenommen (wie dies auch in früheren Krisen, besonders in der großen Krise nach 1929, der Fall war). Unter solchen Bedingungen fungieren natürlich auch die Rüstungsausgaben verstärkt als zusätzliche Belastung der Wirtschaft, durch die die Expansions- und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt geschwächt (und die Notwendigkeit, nach innen noch rigider zu verfahren, erhöht) wird. So wurde Belgien bereits an den Rand des Staatsbankrotts getrieben[118]), steht aber weiter unter dem massiven Druck der USA, die „NATO-Verpflichtungen" zu erfüllen.

Diesen Interessendifferenzen zwischen den herrschenden Kräften der USA und denen in den westeuropäischen Ländern und Japan stehen natürlich starke Gemeinsamkeiten gegenüber. Sie alle sind elementar daran interessiert, daß erstens die sozialistischen Länder in ihrer Entwicklung gehemmt und – wenn möglich – wieder zurückgeworfen werden, daß zweitens die Länder der Dritten Welt so stark wie irgend möglich von den kapitalistischen Staaten abhängig bleiben und daß drittens die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern niedergehalten und an der Eroberung der politischen Macht gehindert wird. Aus diesen gemeinsamen Interessen ergibt sich auch ein starkes Bewußtsein, aufeinander angewiesen zu sein und nur durch gemeinsames Handeln und mit Hilfe des Potentials der Führungsmacht USA den weiteren Niedergang des Kapitalismus als Weltsystem aufhalten und vielleicht wieder in die Offensive kommen zu können. Dieser Faktor ist für die Rechte in den westeuropäischen Ländern der absolut bestimmende. Für sie ist deshalb die uneingeschränkte „Solidarität" mit den USA oberstes Gebot (deshalb warnte u. a. auch die FAZ vor dem „Roten Gas", das Westeuropa von der Sowjetunion abhängig mache.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war dieses Bewußtsein noch nicht in diesem Maße entwickelt: Die kapitalistischen Staaten führten untereinander

116) „ICA-Bulletin" v. 31. 7. 1980.
117) FAZ v. 4. 12. 1980.
118) FAZ v. 17. 9. 1980.

zwei Weltkriege um die Neuverteilung der Welt, um Rohstoffgebiete, Exportmärkte und billige Arbeitskräfte. Eine Bedrohung des Kapitalismus als Weltsystem war noch nicht erkennbar. Sie deutete sich zwar mit der Russischen Revolution von 1917 an, führte in den folgenden Jahren auch zu einer gemeinsamen militärischen Interventionspolitik von 14 kapitalistischen Staaten (mit etwa $1^1/_2$ Millionen Soldaten) gegen die Sowjetrepublik, doch blieb der Sozialismus auch nach dem Sieg über die Interventionsarmeen 1921 schwach und beschränkt auf ein zwar großes, aber sehr rückständiges und ausgeblutetes Land. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Sozialismus sich zu einem Staatensystem ausweitete und als die Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt in raschem Tempo Herrschaftspositionen des Kapitalismus zum Einsturz brachten, gelang es, die kapitalistische Welt unter der Führung der USA zu einer Art „Heilige Allianz" zur Aufrechterhaltung des Status quo und – womöglich – Wiederherstellung der vorrevolutionären Macht und Herrlichkeit zusammenzuschließen und ihr durch militärische (NATO, SEATO) und ökonomische (GATT, IWF, EWG, OECD) Paktsysteme die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln zu verleihen.

Alle diese Pakte haben zwar den Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Staaten und Staatengruppen um Rohstoffgebiete, Exportmärkte und Investitionssphären nicht aufheben können, aber sie haben immerhin gewährleistet, daß dieser Kampf auf die ökonomische Konkurrenz beschränkt blieb und sich nicht – wie 1914 und 1939 – zu kriegerischen Auseinandersetzungen steigerte. Die jetzige, durch die neue US-Globalstrategie eingeleitete Entwicklung hat daran grundsätzlich nichts geändert. Aber sie hat die Interessendifferenz zwischen der Führungsmacht USA und den übrigen kapitalistischen Staaten verschärft bis hin zu der Frage nach der Existenzerhaltung. Die europäischen Staaten sind, wenn sie eine Überlebenschance haben wollen, auf Frieden und Entspannung angewiesen – von allen anderen Vorteilen, die ihnen eine solche Politik bringt, einmal abgesehen. Eben dieser Politik aber hat die neue US-Globalstrategie den Kampf angesagt. Die – vielleicht über Sein oder Nichtsein menschlichen Lebens auf dem europäischen Kontinent entscheidende – Frage wird also sein, ob es den westeuropäischen Ländern gelingt, den Pressionen der USA zu widerstehen und ihre eigenen Lebensinteressen durch eine eigenständige Politik in die Hand zu bekommen.

## *V. Die Bundesrepublik*

### *a) Die Lage*

Der Bundesrepublik kommt in dieser Auseinandersetzung eine besonders wichtige Funktion zu, weil sie im Laufe der 70er Jahre ihrer ökonomischen Potenz wie auch ihrer militärischen Potenz nach (was konventionelle Bewaffnung und Truppenstärke angeht) zur Führungsmacht in Westeuropa aufgestiegen ist und diese Stellung ihr natürlich auch politisch ein besonderes Gewicht verleiht. Der seit 1965 anhaltende Überschuß im Außenhandel schlug zwar 1979 in ein Defizit um (10,1 Mrd. DM Defizit gegenüber 17,5 Mrd. Über-

schuß noch im Jahre 1978), doch geht dies zu etwa 80 % auf die Erhöhung des Erdölpreises zurück; tatsächlich konnte der Export von Industriewaren weiter gesteigert werden. Und die Bundesrepublik verfügt nach wie vor über die mit Abstand größten Währungsreserven aller kapitalistischen Länder, und sie exportiert nach wie vor mehr Kapital, als sie importiert. (Dennoch könnten natürlich längerfristig aus dem Außenhandelsdefizit größere Probleme erwachsen[119].)

Grundsätzlich ist die Lage der Bundesrepublik von den gleichen Faktoren bestimmt, die für die kapitalistischen Länder insgesamt gelten und im Abschnitt I dargelegt worden sind: Erstens also von der Krise, die seit 1973/74 eine Arbeitslosenzahl von etwa 1 Million erzeugt, die Wachstumsraten der Produktion stark reduziert und also bei breiten Bevölkerungsschichten Verunsicherung und Zukunftsangst hervorgerufen hat. Und zweitens von den rasch steigenden Kosten für Rohstoffe, besonders für Erdöl, die die ökonomische Krise wie auch die Verunsicherung der Bevölkerung verstärkt haben. Demnach ist zu erwarten, daß auch in der herrschenden Klasse der Bundesrepublik Konzepte entstehen, mit deren Hilfe die Krisenlasten der Bevölkerung auferlegt werden können, ohne daß diese sich dagegen wirksam zur Wehr setzen kann: also eine verstärkte Propagierung reaktionärer, militaristischer und antidemokratischer Ideologien und eine verschärfte Tendenz zur Annäherung an autoritäre Herrschaftsformen, kurzum also: eine politische Offensive von rechts.

Neben diesen „normalen" Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus weist die Bundesrepublik jedoch einige Sonderbedingungen auf, die die Lage außerordentlich komplizieren.

1) Die Führungsschichten in Justiz, Militär und Verwaltung, Geheimdiensten und Militär, Massenmedien, Erziehung und Wissenschaft und insbesondere auch in der Großwirtschaft wurden seit 1948/49 – im Kontext des Kalten Krieges – weitgehend aus den ehemaligen Führungsschichten des faschistischen Systems übernommen und konnten von diesen Schalthebeln der Macht aus in der folgenden Zeit sowohl das politische Klima der Bundesrepublik und das Massenbewußtsein wie auch das Denken der folgenden Generation dieser Führungsschichten und die politische Praxis der Staatsorgane wesentlich beeinflussen. Mit solchen Problemen hat keines unserer westlichen und nördlichen Nachbarländer zu tun. (Und in Italien ist eine partielle Kontinuität der ehemaligen faschistischen Führungsschichten kompensiert durch eine starke, aus dem antifaschistischen Widerstandskampf hervorgegangene Linke. In den bis zum Beginn der 70er Jahre von halbfaschistischen Militärdiktaturen beherrschten Ländern Spanien, Portugal und Griechenland gibt es allerdings sehr ähnliche Probleme wie in der Bundesrepublik.) Von hier aus erklärt sich auch zu einem erheblichen Teil, warum der Kalte Krieg in der BRD eine antikommunistische Hysterie von einem Ausmaß hervorbrachte wie in keinem anderen Land Europas (mit KPD-Verbot, jährlich im Durchschnitt 15000 poli-

119) Vgl. dazu die Daten und Analysen in „IPW-Berichte", 10/1980, S. 49ff.

tisch begründeten Ermittlungsverfahren usw.), warum die Arbeiterbewegung, die durch den faschistischen Terror und die physische Liquidierung von Zehntausenden ihrer Besten schon stark geschwächt war, weitgehend ins System integriert werden konnte, weshalb Nazi-Verbrechen so mild – wenn überhaupt – geahndet wurden und weshalb auch in der Gegenwart die Staatsorgane sich Praktiken erlauben (können) wie in keiner anderen parlamentarischen Demokratie Europas (z.B. Berufsverbote). Es ist also offensichtlich, daß Herkunft und Tradition der Führungsschichten der Bundesrepublik die Demokratie in diesem Lande labiler und die Anfälligkeit für autoritäre Lösungen größer machen als in unseren Nachbarländern.

2) Die Bundesrepublik wurde 1949 gegründet als antikommunistische Bastion in der Globalstrategie der USA. Sie ist, wie u.a. der französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser dargestellt hat[119a]), also ein Produkt des Kalten Krieges und hat die Rolle als besonders zuverlässiger Bundesgenosse der USA auch während der gesamten Periode des Kalten Krieges beibehalten. Dies war allerdings nie nur ein Vollzug von US-Interessen, sondern immer zugleich auch die Verfolgung eigener Interessen mit Hilfe der Führungsmacht der USA: Im Konzept der „Befreiung" der DDR, der „Befreiung und Wiedergewinnung der unerlösten Gebiete", der „verlorenen Reichsteile", darüberhinaus aber „des gesamten versklavten Osteuropa" („bis zum Ural", wie Adenauers Staatssekretär Hallstein präzisierte) kam dies sehr deutlich zum Ausdruck[120]).

Im Verlaufe der 70er Jahre ist nun, wie schon erwähnt, die Bundesrepublik zur ökonomischen, militärischen und politischen Führungsmacht in Westeuropa geworden. In militärischer Hinsicht[121]) ist die Bundesrepublik bei allen wesentlichen konventionellen Waffensystemen der Landstreitkräfte den Armeen Frankreichs und Englands quantitativ und qualitativ überlegen, bei den Luftstreitkräften ist sie im Begriff, eine deutliche Überlegenheit zu erreichen, und die ökonomische Potenz ermöglicht ihr weiter höhere Militärausgaben und damit eine Steigerung der Überlegenheit: 1979 gab sie 24,4 Mrd. Dollar aus gegenüber 18,8 von Frankreich und 17,6 von Großbritannien. Lediglich bei den Seestreitkräften ist die Bundesrepublik schwächer als Frankreich und Großbritannien. Und – was schwerer ins Gewicht fällt – sie verfügt bisher nicht über Nuklearwaffen und Trägersysteme großer Reichweite. (Eben darauf arbeiten die herrschenden Kräfte denn auch seit langem mit unterschiedlichen Methoden hin[122]); und daß die BRD die entsprechende Technologie gerade in Kooperation mit Staaten wie Südafrika, Argentinien und Brasilien zu entwickeln versucht, ist bezeichnend genug.) Die militärische Überlegenheit beruht also wesentlich auf der ökonomischen Potenz. Hier hat die Bundesrepublik nicht nur ihren westeuropäischen Konkurrenten seit dem Ende der

119a) Vgl. bes. A. Grosser, Deutschlandbilanz, München 1970.

120) Bulletin der Bundesregierung v. 6. 3. 1952 sowie v. 12. 9. 1952 (das hier einen Auszug aus einem Buch von R. Ingrim abdruckte).

121) Näheres hierzu bei Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht?, a.a.O., S. 78ff.

122) Vgl. für die neuere Entwicklung die verschiedenen Artikel von Weinstein in der FAZ, z.B. v. 25. und 30. 8. 1979, 1. 9. 1979, 7. 9. 1979, und Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht?, a.a.O., S. 81ff.

60er Jahre Exportmärkte und Investitionssphären abgejagt, sondern ist auch im Verhältnis zu den USA zu einem Konkurrenten herangewachsen, der sich z. B. in dem heftigen Kampf um den Exportmarkt in der Nukleartechnologie in Brasilien und Argentinien gegenüber den USA durchgesetzt hat. Der Zusammenschluß der westeuropäischen Länder zur EG, die ihrerseits wieder vom bundesrepublikanischen Kapital in einem beträchtlichen Maße dominiert wird, hat – in Verbindung mit dem generellen Machtverlust der USA – diese Position ebenfalls gestärkt. Das Brutto-Sozialprodukt der Bundesrepublik war bereits 1976 ebenso groß wie das von England, Italien und Holland zusammen. Durch eine „beispiellose Exportoffensive" wurden den Konkurrenten Märkte abgenommen, was „zu akuten Handels- und Währungsschwierigkeiten der EG-Partner" führte[123]). Die Position der Bundesrepublik gegenüber den westeuropäischen Rivalen ist heute stärker als die Position des Deutschen Reiches vor den beiden Weltkriegen. Die Bundesrepublik verfügt heute über ein Industriepotential von 84 % gegenüber Frankreich und England zusammen; 1913 waren es nur 77 % und 1937 nur 74 %[124]).

Das Resultat dieses Aufstiegs ist jedenfalls, daß die Bundesrepublik zwar von den internen und von den von außen kommenden Krisenerscheinungen der kapitalistischen Welt ebenfalls ergriffen wurde, die Folgen der Krise sich hier jedoch wesentlich schwächer ausprägten als in den meisten anderen kapitalistischen Ländern. Anders gesagt: Die Krisenperiode seit dem Beginn der 70er Jahre war für das bundesrepublikanische Kapital zugleich die Periode, in der es seine Position gegenüber den kapitalistischen Konkurrenten weiterhin relativ verbessern und sogar zur westeuropäischen Führungsmacht aufsteigen konnte.

Diese Konstellation aber bedeutet, daß die Bundesrepublik auch und gerade unter den Bedingungen der weiter anhaltenden Krise ihre Expansion fortsetzen kann, wenn es ihr gelingt, dafür die inneren Voraussetzungen zu schaffen, vor allem also die „Kosten zu senken", d. h. die Sozialausgaben zu kürzen und die Löhne und Gehälter zu senken oder wenigstens stagnieren zu lassen. Dies ist daher der Dreh- und Angelpunkt der Politik der herrschenden Klasse für absehbare Zeit. Und im Unterschied zu anderen westeuropäischen Staaten ist diese Politik nicht beherrscht von der bloß defensiven Komponente (der Krisenbewältigung durch soziale Umverteilung zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und der sozial schwachen Schichten), sondern sie enthält eine starke offensive Komponente: die Nutzung der Krise für weitere Expanision.

Die angesichts des ökonomischen und militärischen Potentials real gegebene Chance, wieder zur Großmacht (wenn auch im zweiten Glied hinter den beiden Weltmächten) zu werden, kann jedoch nur genutzt werden, wenn

1) die Investitionsoffensiven in den anderen kapitalistischen Ländern und in der Dritten Welt fortgesetzt und die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt,

123) G. Kade, Die Deutsche Herausforderung, Köln 1979, S. 39f.
124) Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht?, a.a.O., S. 72.

d.h. dem inneren Verbrauch (in Gestalt von Löhnen und Sozialleistungen) rigoros entzogen werden;

2) die Stärkung der militärischen Potenz fortgesetzt und die dafür erforderlichen gewaltigen Mittel ebenfalls dem Verbrauch durch die Bevölkerung entzogen werden;

3) das Nuklearprogramm forciert wird, da ohne eine Spitzenstellung auf dem Gebiet der Nukleartechnologie Großmachtgeltung in der gegenwärtigen Epoche nicht mehr zu erlangen ist – wofür ebenfalls enorme Mittel bereitgestellt werden müssen;

4) auch globalstrategische Aufgaben wahrgenommen werden, die – wie die „Süddeutsche Zeitung" schrieb – „nach rein wirtschaftlichen Kriterien nicht zu bewerten" sind[125]), die aber „zum großen Teil nach NATO-Kriterien als Verteidigungsausgaben gerechnet werden" können[126]), d.h. zur Sicherung des kapitalistischen Weltsystems insgesamt erforderlich sind (und allenfalls längerfristig Möglichkeiten eröffnen, diese Positionen auch zur ökonomischen Expansion zu nutzen). Dazu gehört etwa die Unterstützung der Militärdiktaturen in der Türkei (die seit über 10 Jahren ein Drittel des Staatshaushalts für Militär und Polizei ausgibt – und zugleich 20% Arbeitslose und sogar im Militär 40% Analphabeten aufweist[126a])), in Pakistan usw., die gleichfalls beträchtliche Mittel verschlingt.

All diesen Zielen und Aufgaben ist also gemeinsam, daß sie enorme Mittel erfordern, die für die „Stellung Deutschlands in der Welt", wie der Bundeskanzler zu sagen pflegt, freigemacht und dem inneren Verbrauch entzogen werden müssen. Ein beträchtlicher Teil des von der arbeitenden Bevölkerung erzeugten gesellschaftlichen Reichtums muß im Rahmen dieses Konzepts in diese Kanäle gelenkt werden. Das bedeutet, daß der Bevölkerung der Bundesrepublik nicht nur die „normalen" Lasten der Krise auferlegt werden müssen, sondern auch die enormen Kosten, die der Drang des bundesrepublikanischen Kapitals nach maximaler Expansion und nach neuer Weltgeltung verursacht. Es ist also nicht nur die Einordnung in die US-Globalstrategie, von der diese gigantischen Kosten ausgehen, sondern es sind zugleich (teils in Kooperation und teils in Konkurrenz zur Führungsmacht der USA) die Großmachtambitionen der herrschenden Klasse der Bundesrepublik, die hier am Werke sind. Was dies alles konkret bedeutet, beginnt sich bereits abzuzeichnen. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß wir erst am Anfang stehen und daß wir erst in den kommenden Jahren mit den vollen Kosten dieser Politik konfrontiert sein werden.

*b) Politische Strategien der Herrschenden*

Die herrschenden Kräfte der Bundesrepublik stehen also vor dem Problem, wie die Bevölkerung dazu gebracht werden kann, sogar unter den Bedingun-

125) SZ v. 22. 2. 1980.
126) FR v. 13. 2. 1980.
126a) Vgl. „International Harald Tribune" v. 25. 6. 1980; „Financial Times" v. 6. 5. 1980.

gen der Krise diese enormen zusätzlichen Kosten aufzubringen, den „Gürtel enger zu schnallen", diese umfassende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten des Kapitals und seiner Expansion und diese Beeinträchtigung ihrer Lebens- und Zukunftschancen hinzunehmen. Damit ist die Frage nach der politischen Strategie aufgeworfen, die am besten geeignet erscheint, eine solche Politik durchzusetzen.

*1. Die Periode sozial-liberaler Regierungen*

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre war die seit 1949 andauernde politische Herrschaft der CDU abgelöst worden – zunächst durch eine Große Koalition CDU/SPD und dann durch eine sozial-liberale Koalition. Die Wende zur Entspannungspolitik, gegen die die herrschende Klasse der Bundesrepublik Widerstand geleistet hatte, solange es irgend möglich war, wurde ihr schließlich aufgezwungen durch die veränderten internationalen Realitäten. Diese Wende wurde getragen von der Mehrheit der Bevölkerung, nachdem die „Politik der Stärke" mit ihren oben erwähnten expansiven Illusionen offensichtlich zusammengebrochen war. Sie bewirkte nach innen hin eine Liberalisierung und Demokratisierung des politischen Klimas, die Eröffnung einer Diskussion über die gravierenden Mängel des Gesellschaftssystems und eine breite, auf soziale Reformen gerichtete Bewegung, die ihren Ausdruck fand sowohl in der Stärkung der außerparlamentarischen demokratischen Kräfte (vor allem der gewerkschaftlichen Kämpfe und der Bewegung der jüngeren Intelligenz) wie auch in den sozial-liberalen Reformprogrammen. Die Wende zur Entspannungspolitik wurde aber auch von Teilen der herrschenden Klasse selbst unterstützt, weil das Festhalten an der Politik des Kalten Krieges international in die Isolation geführt hatte und weil die Politik der Entspannung neue Exportmöglichkeiten eröffnete, die gerade angesichts der mit der Rezession 1966/67 offensichtlich gewordenen Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Ökonomie sehr dringlich erschienen.

So wurde die Politik der Entspannung und der Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen in Europa von der sozial-liberalen Regierung eingeleitet und zu einem Teil auch realisiert, aber in allen Konsequenzen akzeptiert wurde sie nicht. Weder wurde die politische Entspannung konsequent durchgeführt: die Verweigerung der Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag, das die Grenze zur DDR gleichstellte mit der Grenze zwischen zwei Bundesländern, und die ständig gebrauchte Formel vom „Offenhalten der deutschen Frage" und der weiterbestehenden „Einheit der deutschen Nation" bedeuten insgesamt, daß Elemente des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik für „alle Deutschen" und des Konzepts der „Wiedervereinigung durch Befreiung", deren „Umsetzung in politische Praxis notwendig den Dritten Weltkrieg" bedeuten würde[127]), nach wie vor aufrechterhalten werden; noch wurde die politische Entspannung durch eine militärische Abrüstung ergänzt und abgesichert.

127) W. Abendroth, Die Europawahlen und die Funktion der Sozialdemokratie, in: „Blätter", 4/1979, S. 409.

Und was die sozialen Reformen betrifft, so wurden sie ebenfalls in einigen Sektoren in Angriff genommen (Schule und Hochschule, Rechtsstellung der Frau, Strafrecht, Mitbestimmung), seit dem Beginn der Krise 1973/74 jedoch stark abgeschwächt, gänzlich eingestellt oder sogar in ihr Gegenteil verkehrt (Hochschulrahmengesetz, „Antiterrorgesetze" usw.). Mit den Forderungen der gestärkten demokratischen Bewegung außerhalb wie innerhalb der sozial-liberalen Parteien und zugleich mit den „Sachzwängen" der Krise suchten die sozial-liberalen Regierungen in der Weise fertig zu werden, daß sie sich erstens als Garanten der Entspannungspolitik darstellten und sich insofern von der CDU/CSU deutlich abgrenzten; daß sie sich zweitens als Garanten des „sozialen Friedens darstellten", dem die Bundesrepublik ihren hohen Lebensstandard zu danken habe, der freilich in schwerer Zeit auch Opfer und gerade von den Gewerkschaften „hohes Verantwortungsbewußtsein" verlange; und drittens durch ein ideologisches, politisches und juristisches Instrumentarium der massiven Einschüchterung gegenüber jenen Kräften in den eigenen Parteien, in den Gewerkschaften, in der demokratischen Intelligenz, in der jungen Generation usw., die zur freiwilligen „Integration" in diese Politik nicht bereit waren.

Diese Konzeption politischer Herrschaft erwies sich zunächst als durchaus wirksam, und die CDU konnte ihr gegenüber auch lange Zeit keine Alternative sichtbar machen, die sowohl für die Mehrheit der Bevölkerung wie auch für die herrschende Klasse attraktiver gewesen wäre. Dies änderte sich allerdings in dem Maße, in dem die Krise sich als eine keineswegs vorübergehende (Bundeskanzler Schmidt pflegte in seinen ersten Regierungsjahren jeweils im Herbst vorauszusagen: im nächsten Frühjahr sind wir über den Berg), sondern als eine dauerhafte erwies, die Verunsicherung in der Bevölkerung und die Protesthaltung besonders in der jungen Generation also zunahm und die sozial-liberale Regierung offensichtlich keinen Ausweg anzugeben wußte. Und dies änderte sich zugleich auch in dem Maße, in dem die USA zu ihrer neuen Globalstrategie übergingen und damit in vielen verbündeten Staaten wieder ein Klima der Entspannungsfeindlichkeit und des Kalten Krieges in der öffentlichen Meinung an Einfluß gewann. Für die Bundesrepublik war das besonders gefährlich, weil sie mit den USA besonders eng verbündet ist und weil hier diese Tendenzen auf eine unbewältigte faschistische Vergangenheit, auf einen tief verwurzelten irrationalen Antikommunismus und auf starke Elemente nationalistischer Großmannssucht („Wir sind wieder wer") trafen, an deren Traditionen diese Tendenzen anschließen konnten.

Dies alles wurde repräsentiert und artikuliert von F. J. Strauß und seinem Programm[128]). Seine Taktik bestand darin, die Verunsicherung und Angst der Bevölkerung möglichst bis zur Panik zu steigern, um so in den Massen selber den Schrei nach der starken Faust zu erzeugen, die mit allen Unruhestiftern im Innern entschlossen aufräumt, auch gegenüber den rohstoffproduzierenden Ländern der Dritten Welt und gegenüber den sozialistischen Ländern die

128) Ich habe sie analysiert in „Konzeption und Funktion des F. J. Strauß", Köln 1980.

Faust zeigt und so Ruhe, Ordnung und Sicherheit für die Zukunft schafft. Daß dieser Kandidat mit diesem Programm zum Repräsentanten der gesamten CDU/CSU werden konnte, zeigt nicht nur einen starken Ruck nach rechts in dieser Partei an. Es zeigt auch an, daß beträchtliche Teile der herrschenden Klasse hinter diesem Programm standen. Dies wird auch bestätigt durch eine Analyse der Äußerungen jener Organe des großen Kapitals, die in sich bereits eine Zusammenfassung der verschiedenen Branchen und Fraktionen repräsentieren, also von BDI und BDA und von Zeitungen wie der FAZ und dem „Handelsblatt". Sie alle waren der Ansicht, daß nun die Zeit für eine grundlegende Veränderung der Verteilungsrelationen zugunsten des Kapitals, einer „Vorwärtsstrategie", einer „Alternative für eine Strategie des überzogenen Bestands- und Kündigungsschutzes", einer „grundsätzlichen Wende" gekommen sei und daß mit dem bloßen Weitermachen die großen Probleme unserer Zeit nicht mehr zu bewältigen seien[129]). (Tonlage und Argumentationslinie erinnern übrigens sehr stark an die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie „Aufstieg oder Niedergang" aus dem Jahre 1929, mit der die Offensive der Rechten damals eingeleitet wurde.)

Dieses, vom Kanzlerkandidaten Strauß repräsentierte Programm ist bei den Bundestagswahlen vom 5. Oktober 1980 von der Mehrheit der Bevölkerung zurückgewiesen worden. Es scheiterte hauptsächlich daran, daß der Wunsch nach Frieden und Entspannung und die Überzeugung, daß er realisierbar ist, in den letzten 15 Jahren tief ins Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen sind und daß gerade angesichts wachsender internationaler Spannungen eine breite Mehrheit sich für die Fortsetzung der Entspannungspolitik aussprach. (Noch im Januar 1980, also mitten in der Afghanistan-Kampagne, bei der wirklich alle Register gezogen wurden, plädierten 74% der Bevölkerung für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik[130]).) Es scheiterte zweitens wohl auch daran, daß Verunsicherung und Angst nicht jenes Maß erreicht hatten, daß eine „Radikalkur", wie sie von Strauß repräsentiert wurde, für notwendig gehalten worden wäre. Und es scheiterte schließlich daran, daß es den demokratischen Kräften gelang, die Gefahren, die Strauß und sein Programm bedeuteten, glaubwürdig aufzuzeigen und eine wirkliche breite Bewegung gegen sie zu mobilisieren.

Was ist nun erreicht? Wo stehen wir gegenwärtig, und welche Perspektiven sind erkennbar? Diese Frage haben wir uns zu stellen, aber auch die andere Seite hat sie zu stellen. Die herrschende Klasse hat in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die Ablösung der CDU/CSU und die Einsetzung der sozial-liberalen Parteien in die Regierungsmacht überwiegend gutgeheißen, und sie hat ihre Interessen mit Hilfe dieser Regierung in beträchtlichem Maße durchsetzen könnnen. Das erwies sich besonders seit Beginn der 70er Jahre, als einerseits die demokratischen Kräfte im Vordringen begriffen waren und andererseits die neue Krise das definitive Ende aller Illusionen über eine dauerhafte

129) Vgl. u. a. die Jahresberichte der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vom Dezember 1977, 1978 und 1979.
130) Vgl. „Die Welt" v. 1. 2. 1980.

ökonomische Stabilität brachte. Die sozial-liberalen Regierungen gaben dem wachsenden Druck von rechts (politisch organisiert und artikuliert durch CDU/CSU, große Teile der Massenmedien, Führungsschichten des Staatsapparates, Verbände und Organe des Großkapitals, aber durchaus aktiv mitgetragen von den rechten Flügeln der sozial-liberalen Parteien selbst) in einem beachtlichen Umfang nach: sie praktizierten in großem Maßstab Berufsverbote, schränkten demokratische und soziale Rechte ein, erweiterten die Kompetenzen der Staatsorgane auf Kosten der Bürgerrechte, bauten das elektronische Überwachungssystem der Verfassungsschutzdienste aus (die gegenwärtig über mehr als 2 Millionen Bundesbürger Beobachtungsakten haben[131])), stellten die Politik sozialer Reformen ein, verkündeten der Bevölkerung, nun müsse man „Opfer bringen", und stellten zugleich der Privatwirtschaft aus Steuermitteln gewaltige Subventionen zur Verfügung (ohne damit irgendwelche Auflagen oder Kontrollen zu verbinden).

Auch in der Militär- und Außenpolitik erwies sich bereits vor den Bundestagswahlen, wieweit die sozial-liberalen Regierungen zu gehen bereit waren: Sie unterstützten nicht nur den amerikanischen Krieg in Vietnam und das terroristische Schah-Regime, solange es irgend möglich war, sondern auch die neue US-Militärstrategie, das NATO-Langzeitprogramm und das Atomraketen-Programm; sie machten sich sogar zum Vorreiter dieser von den USA ausgehenden neuen Rüstungs- und Militärpolitik und boten ihren großen politischen Einfluß auf, um sie gegenüber den kleineren NATO-Ländern durchzusetzen. Sogar das Projekt der Neutronenbombe unterstützten sie nach Kräften und wirkten auf die US-Regierung ein, es nicht fallen zu lassen (alles dessen hat sich der Bundeskanzler in der Vierer-Fernseh-Diskussion am 2. Oktober öffentlich gerühmt). Die Regierung rühmte sich auch: „Kein anderes NATO-Land halte so viele Manöver ab und lagere so viele Nuklearsprengköpfe wie die Bundesrepublik"[132]). Tatsächlich stellte sie das Territorium der Bundesrepublik zur Verfügung für die Stationierung einer ungeheuren Menge an Vernichtungspotential, das noch nie in der Geschichte in irgendeinem Land in solcher Konzentration vorhanden war, so daß die Bundesrepublik tatsächlich zu einem riesigen atomaren Sprengsatz ausgebaut wurde. Sie sicherte auch ihren Beitrag zur Finanzierung des Tornado-Projekts zu, das vom Bundeskanzler mit Stolz als größtes Rüstungsprojekt „seit Christi Geburt"[132a]) zugleich gekennzeichnet wurde. Zugleich verbreitete sie – mit Rücksicht auf die Friedenssehnsucht der Bevölkerung – systematisch die irreführende Darstellung, es handele sich bei alledem um „Nachrüstung", um Herstellung eines „Gleichgewichts" gegenüber einer angeblichen militärischen Überlegenheit

131) Abendroth, Europawahlen, a.a.O., S. 413.
132) Nach FAZ v. 14. 11. 1980.
132a) DVZ v. 18. 12. 1980.

der Sowjetunion[133]). Die SPD-Führung führte auch den eigenen Parteitag in die Irre, indem sie ihm erklärte, der Beschluß über die neuen Atomraketen diene ja hauptsächlich dazu, das SALT II-Abkommen und andere Abrüstungsvereinbarungen durchzusetzen – und erhielt auf diese Weise Mehrheit. (Inzwischen ist SALT II von der US-Regierung längst öffentlich weggewischt worden, ohne daß die Bundesregierung irgendwelche Folgerungen gezogen hätte.) Der Rüstungsetat wurde – trotz aller angeblichen „Knappheit der Mittel" – noch einmal um etwa 7 % (d. h. inflationsbereinigt fast 3 %) gesteigert. „Die Bundesrepublik" – so rühmte das Weißbuch bereits 1979 – „nimmt die zweite Position ein bei der absoluten Höhe der Verteidigungsausgaben, der Verteidigungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung, dem Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt"[134]). Das Großkapital weiß, was es von diesem Militärhaushalt hat: Die vorwiegend im Rüstungsgeschäft tätigen Konzerne haben ihre Gewinne in den letzten Jahren enorm gesteigert: der Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Boelkow-Blohm (München) um 350 % in 2 Jahren; Dornier um 70 % im Jahre 1979[135]). In einer Großanzeige der FAZ vom 31. 1. 1980 lautet die Überschrift „Wir empfehlen jetzt, 25 % ihres Goldgewinnes in die Rüstungsspekulation zu stecken". Zudem sei das „Rüstungsgeschäft ein politisches Geschäft".

Diese Forcierung der Rüstungspolitik verschlingt nicht nur enorme Kosten. Sie erhöht auch die Kriegsgefahr, selbst wenn die Entscheidungsträger den Krieg nicht wollen, weil durch Fehlkalkulationen und technische Pannen (wie die Reihe von Fehlreaktionen der automatischen Frühwarnsysteme in den USA während der letzten Jahre eindringlich zeigen) der Atomkrieg ausgelöst werden kann und tatsächlich schon mehrfach beinahe ausgelöst worden wäre. Und sie bedeutet „Umstrukturierung der gesamten Wirtschaft zugunsten der militärischen Bereiche und zu Lasten der zivilen Beschäftigung und Versorgung", also „Deformierung des Reproduktionsprozesses" durch „Militarisierung" der Wirtschaft, eine enorme Gefahr für die menschliche Umwelt und letztlich ein entscheidendes Hemmnis für den gesellschaftlichen Fortschritt[136]). Der Beitrag der sozial-liberalen Regierung beschränkt sich jedoch nicht auf den militärischen Sektor. In der Afghanistan-Kampagne stand Bonn „weitaus fester und eindeutiger zu Washington . . . als Paris oder London"[137]). Auch in der Frage des Olympia-Boykotts versuchte die sozial-liberale Regie-

133) Gelegentlich erhält das Gewebe von Propaganda und Irreführung einen Riß und gibt für einen kurzen Moment den Blick auf die Realität frei: „Als in der Bundespressekonferenz die Frage auftauchte, ob es ein militärisches Gleichgewicht in Europa gebe und wann es ggf. abhanden gekommen sei, verwies Regierungssprecher Klaus Bölling mit den Worten „Herr Oberst" auf den Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, Peter Kommer. Dieser erklärte, das Gleichgewicht sei vorhanden. Deshalb erübrige sich auch die Frage, wann es abhanden gekommen sei. Böllings Miene gefror. Er erklärte, selbstverständlich sei das Gleichgewicht nicht vorhanden. Schließlich sei das fehlende militärische Gleichgewicht ja der Grund für den Nachrüstungsbeschluß der NATO gewesen" (SZ v. 22. 7. 1980). Vgl. zu dieser Frage auch E. Müller, Apels Erzählungen. Das Bundesverteidigungsministerium begründet den „Nachrüstungs"-Beschluß, in: „Blätter" 11/1980, S. 1328ff.
134) Weißbuch 1979, S. 272.
135) Vgl. die Jahresberichte der Konzerne sowie DVZ v. 24. 7. 1980.
136) Huffschmid, Der Großmachtkurs und seine Kosten, in: „Blätter", 11/1980, S. 1312ff. und G. Kade, Was wird aus der Entspannung, ebd., S. 1301ff.
137) FAZ v. 27. 12. 1980.

rung eine Vorreiter- und Scharfmacherrolle in Europa zu übernehmen, scheiterte allerdings und blieb gänzlich isoliert. Eine ähnliche Rolle spielte sie bei dem Versuch, die US-Wirtschaftssanktionen gegenüber dem Iran in den EG-Ländern durchzusetzen – auch hier mit nur begrenztem Erfolg.

Diese auffällige Bereitschaft der Bundesrepublik (die – etwa im Vergleich zu Frankreich oder Holland – oft geradezu als Beflissenheit erscheint), die Politik der USA nicht nur nachzuvollziehen, sondern aktiv durchzusetzen, im eigenen Land wie bei den zögernden Partnern in Westeuropa, bedarf offenbar einer Erklärung. Es wäre ganz unzureichend, diese Folgsamkeit direkt abzuleiten aus der Dominanz, die die USA nach 1945 als Besatzungsmacht und bis in die 60er Jahre hinein zweifellos hatten. Ich habe oben schon dargelegt, daß bereits damals die Politik der USA von den herrschenden Kräften der Bundesrepublik als Mittel betrachtet wurde, um ihre eigenen Interessen (insbesondere die nach Wiedergewinnung der „verlorenen Ostgebiete") durchsetzen zu können. Mittlerweile hat sich nun die Bundesrepublik aus dem Status eines Satelliten herausentwickelt und ist zu einer eigenständigen Macht, sogar zur Führungsmacht in Westeuropa geworden. Wenn und soweit sie sich also der Politik der USA anschließt, ist als ausschlaggebende Triebkraft das eigenständige Interesse der herrschenden Klasse der BRD anzunehmen – ohne daß die natürlich vorhandene und teilweise sogar in aller Offenheit ausgeübte Pression durch die USA unterschätzt werden darf.

Dieses Interesse aber ist wegen der besonderen historischen Entwicklungsbedingungen des bundesrepublikanischen Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg, der langdauernden politischen Dominanz der USA und dem tiefen Eindringen amerikanischen Kapitals in die Wirtschaft der Bundesrepublik so strukturiert, daß erstens die „Gemeinsamkeit" der Interessen mit den USA hier tatsächlich größer ist als bei den meisten anderen europäischen Ländern und daß zweitens der Weg zur eigenständigen Großmacht nur beschritten werden konnte (und in der nächsten Zukunft nur beschritten werden kann) über eine relativ weitgehende Integration in die US-Globalstrategie – sozusagen eingehüllt in den Mantel der US-Politik –, zumal die Bundesrepublik (noch) nicht über eigene Kernwaffen verfügt. Ideologisch stellt sich dies dann dar als „Bündnistreue", „Solidarität" mit den USA, „zuverlässige Partnerschaft" usw.

### *2) Lage und Entwicklungstendenzen seit den Bundestagswahlen 1980*

Diese Merkmale sozial-liberaler Regierungspolitik haben sich nach den Bundestagswahlen nicht etwa abgeschwächt, sondern weiter ausgeprägt. „Von Wohltaten des Staates für den Bürger ist nicht mehr die Rede, eher von Opfern, die sie bringen sollen". Die Ursachen für diese „harte Wendung der Regierenden zur Kargheit"[138]) hatte Kurt Becker, jetzt Regierungssprecher, bereits kurz nach der Bundestagswahl in der „Zeit" aufgezeigt: An der „Grundstruktur der Bonner Außen- und Sicherheitspolitik läßt sich nicht rütteln". Sie be-

138) FAZ v. 22. 11. 1980.

deute u.a., daß die Bundesrepublik „einen Teil der finanziellen Bürde der amerikanischen strategischen Eingreifreserve für die Golfregion übernehmen" müsse, sowie die „Hilfe für die geostrategisch unverzichtbare Türkei", „größere Entwicklungshilfe für die blockfreien Staaten in Krisenregionen", damit sie auf der Seite des Westens bleiben – und dies alles bei „fortdauernder Abflachung des wirtschaftlichen Wachstums". Also: „Remedur kann nur in der Innenarchitektur der Bundesrepublik geschaffen werden."[139]) Was dies bedeutet, zeigen Regierungserklärung und politische Praxis von der Bundesbis zur Kommunalebene: Von Reformen war nun nicht mehr die Rede. Nicht einmal die Bildungsreform, viele Jahre das Paradestück sozial-liberaler Politik, wurde noch erwähnt. Stattdessen sind die neuen Haushalte und die „mittelfristige Finanzplanung" bis 1984 gekennzeichnet durch rigorose Kürzungen:

– der Ausgaben für Erziehung, Wissenschaft und Bildung, die in den Länderhaushalten noch viel deutlicher werden als im Bundeshaushalt, die nicht nur den „Hochschulausbau . . . zum Erliegen bringen", sondern auch eine „Verschärfung des numerus clausus" bewirken und insgesamt nach dem Urteil von Rektorenkonferenz und Wissenschaftsrat „verheerende Folgen" haben werden[140]);

– für den Wohnungsbau, der bereits 1980 einen „Minusrekord" erreichte[141]) und seit längerem jährlich hunderttausend Wohnungen zu wenig produziert[142]), wobei noch zusätzlich der Mieterschutz abgebaut wird;

– für die Arbeitnehmer-Sparzulage, womit die einst groß angekündigte „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" weitgehend preisgegeben wird;

– für die Beratungsstellen für arbeitslose Jugendliche (bei denen Alkoholismus, Drogensucht, Selbstmorde und Selbstmordversuche, psychische und psycho-somatische Leiden zugleich rapide ansteigen[142a]));

– für die öffentlichen Verkehrsmittel, den Öffentlichen Dienst, das öffentliche Gesundheitswesen, für die Rentenversicherung (um 3,5 Mrd. Mark!) und die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz. Zugleich wurden zwei Massensteuern (für Mineralöl und Branntwein) erhöht.

Es handelt sich also durchweg um Kürzungen, die die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, der jungen Generation, der Alten und Kranken betreffen. Durch die zugleich beschlossenen Steuererleichterungen, die ohnehin eher den höheren als den niederen Einkommensgruppen zugute kommen, wird dies bei weitem nicht kompensiert; sie werden schon durch die Er-

139) „Die Zeit" v. 10. 10. 1980.
140) FAZ v. 20. 11. 1980; für Begüterte freilich stehen – wie eh und je – allerlei Auswege aus der Misere des öffentlichen Schulwesens offen: Sie schicken ihre Kinder in wachsendem Maße auf Privatschulen, wo es „kleinere Klassen und eine bessere individuelle Förderung" gibt, so daß sie als „überzeugende Alternative" erscheinen (FAZ v. 22. 10. 1980).
141) FAZ v. 26. 8. 1980.
142) FAZ v. 29. 12. 1980.
142a) Bericht in FAZ v. 7. 1. 1981.

höhungen der Versicherungsbeiträge und der Kosten im kommunalen Bereich weitgehend aufgezehrt.

So werden die Mittel freigemacht, um die weitere Aufrüstung, die gegenüber dem ursprünglichen Ansatz als einziger Etat nach einmal um 700 Mio. Mark gesteigert wurde und auch 1983 und 1984 schon nach dem jetzigen Planungsstand um jährlich 2 Mrd. Mark steigen soll[143]), für das Nuklearprogramm, das bereits 200 Mrd. Mark verschlungen hat, für die Stabilisierung reaktionärer Diktaturen und die vielfältigen Subventionen zur Unterstützung der Expansionskraft des Kapitals zu gewährleisten. (Allein die Steigerung der Zinsbelastung aus der Staatsverschuldung wird von 14 Mrd. 1980 auf fast 24 Mrd. Mark 1984 anwachsen und so den Banken riesige Profite verschaffen, die aus Steuergeldern zu bezahlen sind.)

Da ist es nicht verwunderlich, daß die Bundesregierung (mittels Stellungnahmen durch Wirtschaftsminister Lambsdorff und Finanzminister Matthöfer, durch „Sachverständigengutachten" und durch direkte Einflußnahme auf die Gewerkschaften) all ihre ideologische Macht aufbietet, um die Entwicklung der Löhne und Gehälter unter die Inflationsrate zu drücken, d.h. real zu senken, damit die Profite, die Investitionspotenz und die „Investitionslust" der Unternehmer erhöht und so auch von der „Kostenseite" her die Mittel für die Investitionsoffensiven im Ausland freigemacht werden können. (Zugleich entziehen die Großverdiener dem Staat jährlich etwa 40 Mrd. Mark durch Wirtschaftskriminalität[144]).)

Die sozial-liberale Regierung vollzieht also eine gewaltige Umverteilung des sozialen Reichtums zugunsten des großen Kapitals und seiner Expansionsinteressen und zulasten der arbeitenden Bevölkerung, der auf Sozialleistungen angewiesenen Schichten – und in wachsendem Maße auch der kleinen Selbständigen[144a]).

Können die herrschenden Kräfte also völlig zufrieden sein? Realisiert die sozial-liberale Koalition das Konzept, das Strauß propagiert hat? Ordnet sie sich gänzlich ein in die neue Globalstrategie der USA? All dies tut sie durchaus in einem beachtlichen Umfang, und die Börse reagierte denn auch „freundlich auf die Wahl", vor allem wegen der Stärkung der FDP[145]). Aber sie tut es eben nur teilweise, sie kann es wegen ihrer inneren Struktur, ihrer sozialen Basis und ihrer politisch-ideologischen Tradition auch nie vollständig tun, und eben deshalb kann die herrschende Klasse mit dieser Koalition auf die Dauer nicht völlig zufrieden sein und muß daran arbeiten, einen konsequenten Rechtskurs abzusichern, mit dem eine „wirkliche Wende" möglich wird. Diese Kräfte drängen darauf, daß dieses Land definitiv „Abschied nimmt vom Wohlfahrtsdenken und vom Wohlfahrtsstaat". Es gehe nun um eine wirkliche

143) FAZ v. 18. 12. 1980 und 15. 1. 1981.
144) Untersuchung des Max-Planck-Instituts Freiburg, nach DVZ v. 20. 11. 1980.
144a) 1980 wurden fast 9 000 Firmen zum Bankrott oder Vergleich gezwungen – doppelt so viele wie im Krisenjahr 1967 (FAZ v. 8. 1. 1981).
145) FAZ v. 7. 10. 1980.

„Umkehr in der Tarifpolitik", um Ausschaltung der „Lohnkosten als Inflationsquelle", womöglich um Verlängerung der Arbeitszeit. „Die gedankenlose Neigung vor der Tarifautonomie" müsse ebenso aufhören wie „das formelhafte Eintreten für die sozial Schwachen"[146]). (Solange dieser Kurs nicht durch eine neue politische Kräftekonstellation abgesichert ist, werden die herrschenden Kräfte natürlich das Optimum dessen zu realisieren versuchen, was mit dieser Koalition „machbar" ist und werden also einen maximalen Druck auf sie ausüben[147]).)

Diese These bedarf offensichtlich der Begründung:

1. Zweifellos ist der durch die sozial-liberale Koalition vollzogene *Abbau sozialer Leistungen* zugunsten des Kapitals sehr beträchtlich. Aber man sollte nicht der Illusion verfallen, schlimmer könne es gar nicht mehr kommen. Eine volle Durchsetzung der Ziele der herrschenden Klasse, wie sie sich im Programm von Strauß ausdrückte, würde noch eine wesentliche Steigerung bedeuten. So erhebt die FAZ den Vorwurf, daß der Wehretat „Jahr für Jahr . . . um Milliarden Mark zu kurz gekommen" sei; Schuld daran sei die „Überschätzung der Erfolgsaussichten der Entspannungspolitik" auch durch den Bundeskanzler[148]). Auch der Haushaltsentwurf für 1981 ist also aus dieser Sicht ganz unzureichend. Und die Unternehmer vermissen die „grundlegende Neuorientierung", die sie für ihre längerfristige Herrschaftskonzeption für notwendig halten[149]). Die FAZ fügt den Vorwurf hinzu, die Bundesrepublik sei nur noch vermindert konkurrenzfähig, „weil Regierung und Gewerkschaften (von der Regierung eher ermuntert als gebremst) der deutschen Wirtschaft unentwegt neue Lasten aufgebürdet haben"[150]). Die Regierung habe immer noch nicht begriffen, „daß sich die Bundesrepublik an einem wirtschaftlichen Wendepunkt befindet: was nämlich bis dahin möglich war, wird in den kommenden Jahren nicht mehr möglich sein"[151]). Und angesichts der wachsenden Kosten für die Arbeitslosen stellt die FAZ zynisch fest: „Die trüben wirtschaftlichen Aussichten für das nächste Jahr werden dafür sorgen, daß in den Kassen der Bundesanstalt für Arbeit bald Ebbe sein wird." Dann werde „das soziale Netz . . . von den Schmarotzern endlich befreit wer-

146) FAZ v. 31. 10., 18. 10. und 10. 9. 1980; siehe auch den Jahresbericht des BDA vom Dezember 1980.
147) Die These von Michael Jaeger, daß der Sozialliberalismus für den Kapitalismus ein für allemal und unabhängig von den konkreten Bedingungen die optimale Herrschaftsform und daß das Programm von Strauß aus der Sicht des Kapitals gänzlich anachronistisch und unbrauchbar sei (Thesen zum BDWi Kongreß „Wissenschaftler analysieren Strauß" vom 27./28. 6. in Bonn), halte ich für abwegig. Sie erkennt nicht, daß die herrschende Klasse – wie jede andere soziale Kraft – ihre Konzeptionen nach der konkreten Lage richtet und keineswegs sozusagen „weltanschaulich" ein für allemal festlegt, welche Strategie richtig und welche falsch ist. Zudem verwechselt sie die archaischen Bewußtseinsformen, die Strauß zu mobilisieren versuchte, mit dem im Sinne des Kapitals außerordentlich „modernen" Inhalt dieser Herrschaftskonzeption. Und schließlich erscheinen autoritäre (und faschistische) Staatsformen als etwas, das gegen den Willen und das Interesse des Kapitals durchzusetzen sei, was schon historisch-empirisch völlig absurd ist und für die Gegenwart die wirklichen Quellen antidemokratischer Tendenzen verkennt, die demokratischen Kräfte also desorientiert. Das Konzept von Strauß ist für das Kapital so wenig „anachronistisch", wie es das Konzept von Papen, Schleicher oder Hitler war.
148) FAZ v. 10. 12. 1980.
149) FAZ v. 19. 12. und 28. 10. 1980.
150) FAZ v. 20. 12. 1980.
151) FAZ v. 27. 11. 1980.

den"[152]). (Einen gewissen Eindruck von einer konsequenten rechten Politik kann man erhalten, wenn man die Konzeption der konservativen Regierung Thatcher in England betrachtet, die freilich wegen des starken Widerstandes und der generellen Schwäche des englischen Imperialismus nur begrenzt durchzusetzen war. Dort sind z. B. zusätzlich zu der längst praktizierten umfassenden sozialen Demontage, den massiven Reallohnsenkungen, den rigorosen Kürzungen für Schule und Hochschule für 1981 noch die Alters- und Invalidenrenten real gekürzt und die Beiträge der Arbeitnehmer für Sozialversicherungen wesentlich erhöht worden[153]). Rekordzahlen von Arbeitslosigkeit und Inflation und zugleich Rekordausgaben für Rüstung – das ist die Bilanz der konservativen Regierung. Die Kriminalität besonders unter den Jugendlichen steigt rapide an, und in den besonders verelendeten Gebieten von Wales und Schottland wird mit schweren sozialen Unruhen gerechnet[154]).)

2. Die sozial-liberale Regierung hat seit 1972 demokratische Rechte in mannigfacher Weise eingeschränkt und in beträchtlichem Maße Elemente der Einschüchterung und der Repression in das politische Herrschaftssystem eingebaut. Der Widerstand dagegen ist jedoch innerhalb der eigenen Parteien beachtlich, führt zu Auseinandersetzungen und hat bewirkt, daß nun wenigstens ein Teil der sogenannten „Antiterrorgesetze" wieder rückgängig gemacht werden soll. Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß eine Realisierung des „Strauß-Programms" diese in der sozial-liberalen Regierungspolitik angelegten Elemente von Einschränkung demokratischer Rechte noch wesentlich steigern würde – bis zur maximalen Annäherung an ein autoritäres Herrschaftssystem (ein Vergleich der Berufsverbote-Praxis und der Freiheitsräume in Schule und Hochschule zwischen sozial-liberal regierten Ländern und dem Freistaat Bayern zeigt das – freilich nur in Ansätzen, weil die Realisierung des „Strauß-Programms" im Bundesmaßstab noch etwas qualitativ anderes wäre als eine CSU-Regierung in einem Bundesland.)

3. Die sozial-liberale Koalition hat zwar ihre Reformpolitik mit dem Beginn der Krise weitgehend eingestellt, aber sie hält an einigen Reformpostulaten durchaus noch fest – von der Gesamtschule (auf Länderebene) bis zur Emanzipation der Frau. Und sie hält mindestens ideologisch auch noch an gewissen Ansprüchen fest, daß mehr soziale Gleichheit anzustreben sei und daß allem, was Menschenantlitz trägt, grundsätzlich die gleichen Rechte zukommen sollen. Das „Strauß-Programm" ist in allen Fragen offen und konsequent reaktionär – nicht nur in den praktischen Folgerungen, sondern auch in den geistigen Grundlagen: „Der liebe Gott ist kein Sozialist, denn er hat die Menschen ungleich geschaffen, und deshalb hat es auch keinen Sinn, von Chancengleichheit zu reden."[154a]).

4. Die sozial-liberale Regierung hat sich in starkem Maße in die US-Globalstrategie eingeordnet und als Scharfmacher in Europa betätigt. Der Bundes-

152) FAZ v. 17. 12. 1980.
153) FAZ v. 26. 11. 1980.
154) FAZ v. 3. 11. und 22. 11. 1980.
154a) Strauß auf dem Parteitag der CSU 1978.

kanzler begrüßte sogar „die neue Entschiedenheit, die sich in den Vereinigten Staaten offenbare" in Gestalt der Regierung Reagan[155]). Aber sie hat an wichtigen Positionen der Entspannungspolitik festgehalten, diese Politik als lebenswichtig für die Bundesrepublik und den Frieden in Europa bezeichnet, ihre „Bereitschaft zu einer längerfristig angelegten Zusammenarbeit" mit der Sowjetunion und zur Ausfüllung und Weiterentwicklung der Verträge generell in den West-Ost-Beziehungen bekundet[156]). Eben deshalb hat sie die heftigsten Angriffe der gesamten Rechten – von der CDU/CSU bis zur FAZ – auf sich gezogen. Die Schärfe, mit der z. B. die FAZ geifert gegen die „leichtfertige Abrüstungsrhetorik", die „faulen Abrüstungskonzepte", die „narkotisierende Wirkung" der Entspannungspolitik, von der doch nur Moskau „die großen materiellen Vorteile" habe, das „unsinnige aber massenwirksame Abrüstungsgerede", die „westlichen Abrüstungsdemagogen beispielsweise vom Schlage des früheren schwedischen Ministerpräsidenten Palme"[157]), zeigt an, daß es hier um starke Differenzen in der Frage der künftigen Entwicklung unseres Landes geht. Die Rechte verlangt auch eine noch wesentlich stärkere ideologische Mobilisierung und Militarisierung, um dem „Schwund des Verteidigungswillens bei einem Teil der jungen Generation" und dem „Umsichgreifen einer illusionär-pazifistischen Einstellung in Teilen unseres Volkes" entgegenzuwirken[158]). Sie erkennt an, daß Verteidigungsminister Apel und weitgehend auch Bundeskanzler Schmidt hier den rechten Kurs vertreten. In der Tat beklagte auch der Bundeskanzler die „gegen die Streitkräfte wachsende Stimmung eines Teils der jungen Generation"[159]), inszenierte die Bundesregierung im Herbst 1980 die Spektakel der „öffentlichen Gelöbnisfeiern" der Bundeswehr, fordert Apel weiterhin die Einbeziehung der Frauen in den Militärdienst usw. Aber die Rechte sieht auch die Gegentendenzen in der SPD: „In seiner Regierungserklärung hatte der Bundeskanzler, und das war gewiß kein Zufall, die Entspannung kaum erwähnt, sondern mit Betonung von der ‚Gleichgewichtspolitik' gegenüber dem Osten gesprochen", bei der Fraktion aber nur „lauen Beifall" erhalten. Nun habe Wehner jedoch „das ausgeleierte Parteidogma vom absoluten Vorrang der Entspannung wieder in die alten Ehren" eingesetzt; und sogar in der Fraktion rege sich Widerstand gegen die „Nachrüstung"[160]). Diese rechten Kräfte wollen die gesamte Entspannungspolitik vom Tisch haben und zu einer Politik offener Konfrontation zurückkehren, die ausschließlich auf das militärische Droh- und Gewaltpotential setzt (und schon allein deshalb zu einer noch weit rigideren Einschrän-

155) FAZ v. 18. 11. 1980.
156) Regierungserklärung, in Auszügen abgedruckt in FAZ v. 25. 11. 1980.
157) Dies alles pikanterweise unmittelbar vor dem „Friedensfest" Weihnachten, in der FAZ v. 23. 12. 1980 (und 21. 10. 1980).
158) FAZ-Bericht über eine Rede des CDU-Militärexperten Wörner v. 12. 12. 1980; dominant war aber wohl in der Vergangenheit weniger der Pazifismus als eine gleichgültige Haltung gegenüber der Bundeswehr: 1973 betrachteten 50,6 % der Wehrpflichtigen ihren Dienst als mehr oder weniger sinnlos, und 24,4 % mochten überhaupt keine Auskunft geben (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, nach DVZ v. 13. 11. 1980). In der Bevölkerung hatten Ende 1980 47 % eine „gute Meinung" über die Bundeswehr, 16 % „keine gute", und 27 % antworteten mit „teils-teils" (Allensbach-Untersuchung, nach FAZ v. 17. 1. 1981).
159) FAZ v. 21. 11. 1980.
160) FAZ v. 8. 12. 1980.

kung demokratischer Rechte und sozialer Leistungen nach innen genötigt ist). Sie fordern „moralische Entschlossenheit und materielle Opferbereitschaft" und hoffen auf die Durchsetzungsfähigkeit des neuen Präsidenten der USA[161]). „Zu ahnen ist bereits die Heftigkeit, mit der deutsche und amerikanische Beurteilungen der Lage bald aufeinanderprallen werden"; denn „die Deutschen begreifen nur langsam, daß die Amerikaner schon lange und hinter der Fassade des Carter-Regimes einen anderen Kurs eingeschlagen haben, der an dem europäischen Entspannungsdenken vorbeizielt"[161a]).

5. Auch die sozial-liberale Regierung versteht Entwicklungspolitik als „globale Sicherheitspolitik"[161b]). Sie versucht, die Länder der Dritten Welt in Abhängigkeit zu halten, die Expansion des privaten Kapitals auch mit staatlichen Mitteln zu fördern und dessen Einflußmöglichkeiten in diesen Ländern optimal zu gestalten. In der UNO stimmt sie (wie die anderen kapitalistischen Hauptländer) keiner Entschließung zu, die auf konkrete Maßnahmen gegen den Rassismus oder gegen Südafrika hinausläuft. Aber sie versucht, diese Politik mit einer primär integrativen, auf langfristige Systemsicherung gerichteten Strategie zu erreichen, die auch ein gewisses Maß an sozialen Konzessionen und die Förderung gewisser sozialer Reformen gegenüber diesen Ländern beinhaltet. Führende Sozialdemokraten (wie Bahr und Holtz) warnen vor der Illusion, „mit Waffen lasse sich jedes Regime stabilisieren, wenn es sich nur antikommunistisch nenne"[162]). Zugleich freilich unterstützt diese Regierung Militärdiktaturen (wie in der Türkei, in Pakistan, Argentinien, Brasilien und Chile), in denen politische und gewerkschaftliche Rechte rigoros unterdrückt sind – und sie tut dies auch mit Waffen[163]). Diese Differenzen in der SPD enthalten natürlich auch taktische Momente von Arbeitsteilung etwa zwischen Brandt als dem Sprecher der Sozialistischen Internationale, in der die SPD real den rechten Flügel repräsentiert, sich aber „offen" darstellen muß, und der tatsächlichen Linie der Bundesregierung. Aber sie enthalten auch einen realen Zwiespalt. Beides erwies sich erneut bei dem Streit über die Waffenlieferungen an Chile und Saudi-Arabien sowie im Fall von El Salvador: Während Brandt einer Delegation der Befreiungsbewegung angesichts der Greuel und Massenmorde der „Ordnungskräfte" volle Solidarität versprach, sicherte sein Parteifreund Wischnewski bei einem Besuch in den USA zu, daß die SPD auch in diesem Fall kein Interesse daran habe, „den USA Schwierigkeiten zu bereiten", die dieses Regime stützen[164]).

Die CDU/CSU kennt solche Widersprüche nicht. „Die deutschen Christdemokraten setzen, ebenfalls mit Geld und guten Taten, weiter auf die bankrotte Junta in San Salvador", verlangen „umfassendes politisches Engagement . . . in der Region des Persichen Golfes auch durch Waffenlieferungen"[164a]) usw.

161) So Strauß nach FAZ v. 31. 12. 1980; vgl. auch FAZ v. 9. 1. 1981 sowie den Artikel des SPD-MdB Karsten Voigt in: FR v. 3. 1. 1981.
161a) FAZ v. 12. 1. 1981.
161b) So Offergeld im Januar 1979 bei einem entwicklungspolitischen Kongreß in Kirchen.
162) „Der Überblick", 1/1980, S. 62.
163) FAZ v. 19. 12. 1980.
164) dpa-Meldung v. 25. 6. 1980, und SPD-Service Bonn, 4. 8. 1980.
164a) „Der Spiegel", 32/1980, sowie der stellvertr. CSU-Vorsitzende Zimmermann, nach FAZ v. 16. 1. 1981.

Ihr Konzept bedeutet insgesamt (wie gegenüber den sozialistischen Ländern) ein wesentlich höheres Maß an Gewaltandrohung und Risikobereitschaft sowie die bedingungslose Förderung aller reaktionären Kräfte, auch und gerade der offen terroristischen Diktaturen (wie z.B. in Chile)[165]).

### 3. *Das grundsätzliche Dilemma sozial-liberaler Politik in der Krise*

So kann man insgesamt sagen, daß die sozial-liberale Regierung schon vor den Bundestagswahlen die Interessen der herrschenden Klasse in beträchtlichem Umfang zur Richtlinie ihrer Politik gemacht hat und nach den Bundestagswahlen noch weiter nach rechts gerückt ist. Die Hauptlinie ihrer Politik bewegt sich in der Richtung, die das Programm von Strauß artikuliert (und die die Mehrheit der Wähler zurückgewiesen) hat. Aber es bleiben beachtliche Unterschiede – sowohl in der realen Politik wie auch und vor allem darin, daß in den sozial-liberalen Parteien (besonders in der SPD) beträchtliche Kräfte existieren, die danach streben, in all den genannten Fragen die eigene Führung weiter in Richtung auf Demokratie und Entspannung zu drängen, die allerdings nach aller Erfahrung der deutschen Geschichte und der anderen europäischen Länder nur im Zusammenwirken mit den demokratischen Kräften außerhalb der sozial-liberalen Parteien einen wirksamen Druck entfalten können – weshalb von der rechten Führung hier besonders rigide Sanktionen angedroht werden. Diese Unterschiede haben zur Folge, daß die herrschende Klasse die sozial-liberale Koalition nicht als die optimale Lösung betrachten kann. Sozial-liberale Integrationspolitik ist für sie so lange eine brauchbare Konzeption, wie die Ökonomie stabil und das Wachstum gesichert ist. Dann können vermittels dieser Politik und der sozialen Konzessionen, die unter solchen Bedingungen möglich sind, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften weitgehend ins System eingebunden, kann der „soziale Friede" so gesichert werden. Sozial-liberale Politik erhält ihre Glaubwürdigkeit bei der Basis dadurch, daß Reformen mindestens partiell wirklich praktiziert werden, daß materiell etwas dabei herausspringt. Entfallen die Grundlagen dieser Politik, weil in einer längerdauernden und tiefergreifenden Krise die Bereitschaft der herrschenden Klasse, soziale Konzessionen zu machen, schwindet und schwinden muß, um die Investitions- und Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten, so gerät die sozial-liberale Politik selbst in eine Krise: Entweder nämlich vollzieht sie die Politik des Kapitals und bürdet die Lasten der Krise den Massen auf – dann riskiert sie das Abbröckeln oder die Rebellion in ihrer sozialen Basis; oder sie hält an der Politik sozialer Konzessionen und Reformen mindestens teilweise fest – dann ist sie für die herrschende Klasse nicht mehr annehmbar.

Die sozial-liberale Koalition in der Bundesrepublik hat bisher versucht, die schwierige Gratwanderung zu praktizieren, die beide „Gefahren" vermeidet. Für eine gewisse Zeit kann das durchaus gutgehen – insbesondere dann, wenn die Hoffnung auf die Überwindung von Krise und sozialer Unsicherheit

165) Vgl. z. B. die Thesen der CDU/CSU zur Entwicklungspolitik v. 3. 1. 1980; als kritische Gesamtdarstellung siehe „F. J. Strauß und die Weltpolitik", „AIB"-Sonderheft, 1/1980.

noch wachgehalten werden kann, wenn man auf die im internationen Vergleich immer noch recht günstigen sozialen Bedingungen hinweisen kann, und vor allem: wenn eine demokratische und sozialistische Alternative zur sozial-liberalen Politik für die Massen nicht erkennbar ist. (Deshalb stellt es sich für den rechten Flügel der sozial-liberalen Parteien so dar, daß nicht nur zwecks Durchsetzung herrschender Interessen, sondern auch aus eigenem Interesse jeder organisierte Ansatz links von der SPD an der Entfaltung gehindert werden muß. Die tatsächliche Folge dieser Politik ist allerdings, daß das gesamte Kräftefeld sich nach rechts verschiebt, daß rechte Alternativen an Einfluß gewinnen und daß so der Spielraum für sozial-liberale Reformpolitik selbst auch von hier aus noch enger wird.)

Es erscheint aber sehr fraglich, ob auf die Dauer eine solche Politik in der Krise realisierbar ist, zumal die Entwicklung des Massenbewußtseins durch eine „klare Tendenz zur Desillusionierung" gekennzeichnet ist[166]). Frau Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut faßte am Jahresende in der FAZ ihre Untersuchungsergebnisse wie folgt zusammen: „Sehen Sie dem Neuen Jahr mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen? Die Ergebnisse . . . nehmen sich aus wie eine bedrohliche Wetterfront"[167]) – sind freilich gar nicht das Resultat einer Naturgewalt, wie dieser Begriff suggerieren will, sondern haben angebbare gesellschaftliche Ursachen. Aus diesem Vertrauensverlust versucht natürlich auch die Rechte Kapital zu schlagen: Die Taktik von Strauß beruhte genau darauf; und jetzt, so hofft die FAZ, „wenn nun die Kalamitäten den einzelnen, immer mehr einzelne treffen, wird die Koalition an Anhang verlieren"[168]). Wohin die nach einem Ausweg Suchenden sich tatsächlich wenden, hängt natürlich weitgehend davon ab, welche Auswege die demokratischen Kräfte gegenüber den reaktionären „Lösungen" aufzeigen und ob sie sich als eine Potenz darstellen können, die entschlossen und in der Lage ist, den Ausweg auch wirklich zu erkämpfen.

Bruchstellen in der sozialen Basis der Regierungskoalition beginnen sich jedenfalls bereits abzuzeichnen. Schon bei den letzten Wahlen haben viele – mit schlechtem Gewissen – nur noch deshalb die SPD gewählt, um Strauß zu verhindern. Nun sehen sie (in Gestalt von Rüstungspolitik und Sozialabbau), was dabei herausgekommen ist. Große Gewerkschaften sind in zentralen Fragen von der Linie der sozial-liberalen Regierung abgerückt und haben damit kundgetan, daß sie sich nicht länger in diese Politik einbinden lassen: Die Beschlüsse der Kongresse insbesondere der IG Metall, der HBV und der Gewerkschaft Druck und Papier, partiell auch die der GEW, haben die „neuesten rüstungstechnologischen Entwicklungen in den kapitalistischen Staaten, die die Führung eines begrenzten Atomkrieges ermöglichen" (so die IGM) und die Atomraketenentscheidung der NATO abgelehnt, die Fortsetzung der Entspannungspolitik bekräftigt und zugleich die Gewerkschaften als „unabhängigen Kampfverband" und nicht als „Spezialpartner der Arbeitgeber" defi-

166) Steinhaus, Auferstehung einer Großmacht?, a.a.O., S. 99; hier auch die entsprechenden Daten.
167) FAZ v. 24. 12. 1980.
168) FAZ v. 17. 12. 1980.

niert[168a]), also die Ideologie der Sozialpartnerschaft, die eine der Hauptsäulen der herrschenden Ideologie darstellt und auch von der Bundesregierung voll vertreten wird, preisgegeben. Der DGB-Vorsitzende verlangt eine „soziale Kontrolle" der Investitionen, da „die allein auf Gewinnerzielung orientierten Unternehmerentscheidungen immer mehr in Gegensatz zu den berechtigten Ansprüchen auf sichere und menschenwürdige Arbeitsplätze" geraten[169]). Und der DGB Niedersachsen kennzeichnet die Politik der Bundesregierung als „arbeitnehmerfeindlich"[169a]). So kommt die FAZ zu dem Urteil: „Die Gewerkschaften sehen ihre Interessen bei der Regierung Schmidt/Genscher nicht mehr gut aufgehoben"[170]) – was sicherlich zu pauschal formuliert ist, aber eine reale Tendenz ausdrückt. Schmidt wolle zusammen mit Lambsdorff „Investitionen und Innovationen anregen und vor allem die Kraft einer freien Wirtschaft und freien Unternehmer zum Zuge kommen lassen . . . Doch die Gewerkschaften haben ganz andere Vorstellungen", wie Kaufkrafterhöhung, Arbeitszeitverkürzung und staatliche Strukturprogramme[170a]).

Die Folgerungen, die sich für die Rechte aus diesem Tatbestand ergeben, weisen in Richtung staatliche Disziplinierung und Unterdrückung gewerkschaftlicher und demokratischer Aktivitäten: Die Forderungen der Gewerkschaften seien nämlich „die für eine Demokratie lebensgefährliche Anmaßung, über Parteien und Parlament hinweg ihren Willen durchzusetzen, sozialen Konsens aufzukündigen, kurzum in eine radikale Haltung zu flüchten"[171]). „Die Gewerkschaften . . . drohen denen, die es wagen, sich ihren Wünschen zu widersetzen" (wie z. B. Wirtschaftsminister Lambsdorff). „Welcher Politiker kann es heute eigentlich noch wagen . . ., eine andere Priorität zu setzen oder gar soziale Errungenschaften . . . wieder abzuschaffen?" Ihre „Pressionen . . . grenzen an Nötigung"[172]). Es drohe „das politische Diktat einer demokratisch nicht legitimierten Funktionärsschicht"; es sei „unerträglich, daß dieses Land von der ‚Vernunft' oder der ‚Gnade' einiger Gewerkschaftsführer abhängt." Dem muß offensichtlich Einhalt geboten werden. Die Forderung müsse mindestens lauten „Weg vom Arbeitskampf – hin zur Schlichtung", zur „verbindlichen Schlichtung", also zur Kastrierung der Gewerkschaften[173]). Was längerfristig zu tun ist, hat die FAZ durch Übernahme der Forderungen von Hayek klargemacht: die rigorose Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte durch den Staat[173a]). Beträchtlichen Teilen der herrschenden Klasse genügte schon vor den Bundestagswahlen das bei weitem nicht mehr, was die sozialliberale Regierung an rechtsgerichteter Politik praktiziert hat. In wachsendem Maße wurde eine „wirkliche Wende" verlangt, und eben deshalb wurde Strauß nominiert. Da dessen Programm also seine Bedeutung nicht dadurch

168a) So der IG-Metall-Vorsitzende Loderer, FAZ v. 29. 9. 1980.
169) FAZ v. 31. 12. 1980.
169a) FAZ v. 8. 1. 1981.
170) FAZ v. 4. 12. 1980.
170a) FAZ v. 10. 12. 1980.
171) FAZ v. 10. 12. 1980.
172) FAZ v. 21. 11. 1980.
173) FAZ v. 4. 12., 27. 11., 25. 11. 1980.
173a) Vgl. das in Kapitel III zitierte Buch von Hayek.

erhält, daß es das Programm des Individuums Franz Josef Strauß war, da dieses Programm vielmehr auf längerfristigen, aus der Krise, der veränderten Weltlage und den Chancen auf den Aufstieg zur Großmacht entspringenden „Notwendigkeiten" beruht, wird es weiter verfolgt werden. Die sozial-liberale Koalition kann diesen Anforderungen auf die Dauer nicht genügen, ohne wesentliche Einbrüche in ihre soziale Basis hinzunehmen und so die Regierungsfähigkeit „nach unten" zu verlieren. Und wenn diese Regierung sich nicht mehr imstande erweist, die Gewerkschaften einzubinden, so verliert sie genau jene Qualität, die sie für die herrschende Klasse überhaupt annehmbar macht.

Daraus folgt, daß erstens der Druck der herrschenden Klasse auf die sozial-liberale Regierung noch wachsen wird und daß zweitens die Versuche intensiviert werden, zu einer Zusammenfassung und Integration aller „staatstragenden" politischen Kräfte zu gelangen, um mit den wachsenden Problemen fertig zu werden. Dies kann mit durchaus unterschiedlichen Koalitionskombinationen realisiert werden. Hier sind auch die nach der Wahlniederlage erneut aufbrechenden Differenzen zwischen der CDU und der CSU sehr aufschlußreich[174]). Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß man sich doch dazu entschließt, die CSU zur selbständigen Bundespartei auszuweiten mit klar rechtem Profil, die die „Protestwähler" auffangen könnte, während zugleich die CDU dann als Partei der „rechten Mitte" für die FDP (und wahrscheinlich auch für die SPD) leichter koalitionsfähig wäre. Drittens also ist damit zu rechnen, daß die herrschenden Kräfte am Aufbau einer wirklich und konsequent rechten Alternative arbeiten, deren Attraktivität natürlich sehr sorgfältig ideologisch vorbereitet und abgesichert werden muß. Gelingt es, die sozial-liberale Koalition noch ein Stück weiter nach rechts zu drängen oder die Koalitionskombination noch zur CDU hin zu öffnen, die Diffamierung der Linken (innerhalb wie außerhalb der sozial-liberalen Parteien) noch zu verstärken und die Entspannungspolitik noch weiter zu diskreditieren, so bedeutet dies bereits einen wichtigen Teil dieser Vorbereitungen (so wie die entsprechende Politik der sozial-liberalen Koalition seit 1972 die folgende Offensive der Rechten und die Nominierung von Strauß überhaupt erst möglich gemacht hat).

Andererseits folgt aus diesen Überlegungen, daß der Kampf für Demokratie, für sozialen Fortschritt und für den Frieden wirksam nur geführt werden kann, wenn die demokratischen Kräfte im außerparlamentarischen Raum alle Potentiale mobilisieren und nicht darauf vertrauen, daß die gewählten parlamentarischen Vertretungen unsere Interessen schon wahrnehmen werden; wenn es diesen Kräften – von den Gewerkschaften bis zur Frauenbewegung, von der Ökologiebewegung bis zur Friedensbewegung – gelingt, aus der objektiv gegebenen gemeinsamen Betroffenheit von den Gefahren von rechts, von den Gefahren der Rüstung, der politischen Unterdrückung und der sozia-

174) Die CDU, die offenbar die Wahlkampfführung von Strauß für die Ursache der Niederlage hält, plädiert mehr für „weiche Themen" wie Umweltschutz, Familienpolitik, Bildungspolitik, Nord-Süd-Probleme usw., um Gefühle stärker anzusprechen und „Vertrauen" zu erwerben; die CSU dagegen will an den „harten Themen" festhalten (vgl. FAZ v. 17. 12. 1980).

len Verschlechterung, das Bewußtsein der gemeinsamen Betroffenheit und der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns zu entwickeln. Die Ansätze dafür sind in vielerlei Formen schon vorhanden, und der Erfolg im Kampf gegen den Griff nach der politischen Macht durch Strauß und die Kräfte, die er repräsentiert, haben gezeigt, daß auch wirklich etwas erreicht werden kann.

*VI. Perspektiven*

Der Kampf der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik ist eingeordnet in den weltweiten Kampf für politische Freiheit, sozialen Fortschritt und Frieden. Ob wir es wissen oder nicht: Der Sieg des Volkes von Vietnam gegen die US-Aggression, der Sieg des Volkes von Nicaragua gegen das von den USA gestützte Terrorregime war auch unser Sieg – ebenso wie der Sturz der Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien auch unser Sieg war, und ebenso wie die Errichtung der Diktaturen in Chile, Argentinien, Bolivien und der Türkei, die Niederschlagung der Volksaufstände in Südkorea und in Südafrika und die langsame Strangulierung der 1974 erkämpften sozialen Errungenschaften in Portugal auch unsere Niederlagen sind.

Der Dreh- und Angelpunkt der gegenwärtigen Kämpfe aber ist die Frage des Friedens, weil hier gerade angesichts der neuen US-Globalstrategie die Existenz des europäischen Kontinents, wenn nicht gar die Existenz menschlichen Lebens auf diesem Erdball auf dem Spiel steht[175]). Wegen des umfassenden und totalen Charakters dieser Bedrohung ist es offensichtlich, daß weltanschauliche und politische Differenzen zurückgestellt werden müssen und daß der Kampf aufgenommen werden muß vordringlich gegen diese Gefahr, d.h. gegen alle Kräfte und alle Konzepte, die diese gefährliche Politik propagieren, praktizieren, den Gewinn davon haben oder sich mindestens Gewinn davon versprechen. Die europäischen Völker haben hier elementare Lebensinteressen gemeinsam. Es kommt darauf an, durch die Mobilisierung aller auf den Frieden angewiesenen Kräfte die Regierungen zu zwingen, sich loszusagen von der US-Militärstrategie, die die atomare Vernichtung von ganz Europa einkalkuliert, und zu einer Politik zu zwingen, die im Interesse der europäischen Völker liegt.

Tatsächlich hat die Friedensbewegung in vielen Ländern Westeuropas angesichts der enorm angewachsenen Gefahren in den letzten Jahren stark an Boden gewonnen. In Holland z.B. haben sich 53% der Bevölkerung grundsätzlich gegen die Stationierung von Atomwaffen in ihrem Land ausgesprochen[176]) (was offenbar sowohl mit dem höheren Informationsgrad wie mit der geringeren Staatsgläubigkeit im Vergleich zur Bundesrepublik zusammenhängt). In manchen Ländern (wie Holland, Belgien, Dänemark) reicht der Widerstand gegen die weitere Militarisierung schon bis in die Regierungen hinein. So erklärte die dänische Regierung gegenüber den „Mahnungen" der USA: abgesehen von den großen wirtschaftlichen Problemen wolle sie „nicht

175) Willy Brandt hat mit klaren Worten auf die „menschheitsvernichtenden Gefahren" hingewiesen, die durch das Wettrüsten drohen (FAZ v. 30. 12. 1980). Die Ursachen, Triebkräfte und Interessen hat er leider nicht genannt, und deswegen konnte er auch keinen Ausweg angeben. So kann aus dem Unbehagen allenfalls diffuse Angst, nicht aber aktives Handeln werden.

176) FAZ v. 6. 12. 1980.

dazu beitragen, durch höhere Militärausgaben dem Rüstungswettlauf Vorschub zu leisten und die internationalen Spannungen weiter zu verschärfen"[177]). In England hat die Labour Party diese Politik entschieden verurteilt und die konservative Regierung entsprechend unter Druck gesetzt. (So klagt die FAZ nicht zu Unrecht: „Den Differenzen in der NATO liegt zugrunde, daß die Bereitschaft zu Sanktionen heute bei den Amerikanern stärker ist als bei den Europäern"[178]).) Auch von der Mehrheit der Bevölkerung der BRD wird trotz aller systematischen Irreführung über den Charakter der neuen US-Militärstrategie durch den größten Teil der Medien und der Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien schon jetzt eine Politik in dieser Richtung befürwortet. Nach einer im März 1980 von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Untersuchung sind von den Bürgern der Bundesrepublik: 49 % für und nur 29 % gegen „mehr Eigenständigkeit der Bundesrepublik gegenüber den USA"; 52 % gegen und nur 26 % für eine „bedingungslose Anlehnung der Bundesrepublik an die Außenpolitik der USA"; 60 % gegen und nur 24 % für die Stationierung von mehr und neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik"[179]). Der Wunsch nach Frieden steht in der Bundesrepublik für doppelt so viele Menschen an erster Stelle wie der nach schulischem oder beruflichem Erfolg – trotz der sozialen und psychischen Folgen der Wirtschaftskrise! (Nicht einmal für eine stärkere Einmischung in Polen ist die Bevölkerung der Bundesrepublik zu haben.) Wie würden diese Ergebnisse erst aussehen, wenn die Bevölkerung umfassend darüber informiert wäre, was diese Militärstrategie wirklich bedeutet? Selten ist der Zusammenhang zwischen dem Kampf um die Aufdeckung der Wahrheit und dem Kampf um Frieden und Demokratie so deutlich zu erkennen wie hier.

Abrüstungsangebote der sozialistischen Länder, für die der Rüstungswettlauf eine enorme Belastung und ein großes Hindernis für den Aufbau des Sozialismus darstellt (was die Globalstrategie der USA auch explizit einkalkuliert), liegen seit langem auf dem Tisch – von den Vorschlägen zur vollständigen Abrüstung seit 1945 bis zu den vielfältigen Vorschlägen zu Rüstungsbegrenzungen und -reduzierungen, die sich als Schritte zu einer vollständigen Abrüstung begreifen. Gegenwärtig besonders akut sind das SALT-II-Abkommen und die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierung. (Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner, der schon mehrfach die Rüstung der Sowjetunion als defensiv gekennzeichnet hatte, tadelte kürzlich noch einmal, daß der Westen „nicht wirklich eingeht auf das, was – zwar nicht freigiebig – von der Gegenseite vorgeschlagen wird". Die Sowjetunion sei an Abrüstung interessiert, weil sie die Mittel für „innere Notwendigkeiten" benötige[180]).)

Der Bundesrepublik kommt bei all diesen Auseinandersetzungen eine große Verantwortung zu. Es geht in der Tat heute nicht um diesen oder jenen materiellen Vorteil, sondern es geht um die Sicherung der elementarsten Bedingungen für menschliches Leben auf unserem Kontinent.

177) FAZ v. 14. 8. 1980.
178) FAZ v. 27. 12. 1980.
179) „Der Spiegel", 18/1980, S. 42.
180) FAZ v. 1. 10. 1980; ähnlich der ehemalige US-Botschafter in Moskau, G. F. Kennan, vgl. FAZ v. 3. 10. 1980.

# Militärisches Kräfteverhältnis und „Nachrüstung"

## Ein Beitrag zum Thema Gleichgewicht

Von Nino Pasti

*Der Verfasser des nachstehenden Beitrages, Nino Pasti, ist Mitglied des italienischen Senats und war vor seinem Ausscheiden aus der italienischen Armee Vorsitzender des Obersten Rates der italienischen Streitkräfte, Stellvertretender Stabschef der italienischen Luftwaffe, Mitglied des NATO-Militärausschusses und Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen. D. Red.*

Um eine sinnvolle Diskussion über Entspannung, Abrüstung und Frieden – die für das Überleben der Menschheit wichtigsten Fragen – zu führen, brauchen wir zunächst eine korrekte Einschätzung der einander gegenüberstehenden Streitkräfte.

Wir gehen im Westen davon aus, daß alle Informationen aus sowjetischen Quellen nur Propaganda sind, auf die kein Verlaß ist. Andererseits akzeptieren wir alle Informationen, die auf direktem oder indirektem Weg vom USA-Geheimdienst verbreitet werden. Es ist aber gefährlich und naiv, sich auf solche einseitigen Informationen zu verlassen. Durch gründliches Studium der offiziellen USA- und NATO-Dokumente können die aus der westlichen Welt stammenden Propagandaschätzungen zumindest teilweise richtiggestellt werden. Da die USA-Behörden der Kontrolle durch den Kongreß unterliegen, können sie nicht beliebige Lügen verbreiten. Auf solche Dokumente stütze ich mich bei meinen folgenden Ausführungen.

Zunächst eine Vorbemerkung. Drei Viertel des Territoriums der Sowjetunion befinden sich in Asien, wo die Volksrepublik China von der Unvermeidlichkeit eines Krieges spricht. Die Haltung Chinas ist von derartiger Bedeutung, daß die USA aufgrund der eingetretenen Veränderungen ihre Militärdoktrin geändert haben. Vor 1969 waren die Streitkräfte der USA groß genug, um *gleichzeitig* zwei größere Kriege – einen in Europa und einen in Asien – und außerdem einen kleineren Krieg in einem weiteren Teil der Welt führen zu können. Man nannte dies die Strategie der „zweieinhalb Kriege". Ab 1969 wurde China nicht mehr als Verbündeter der UdSSR betrachtet und die Stärke der USA-Streitmacht wurde nur noch an eineinhalb gleichzeitig zu führenden Kriegen bemessen. Die heutige Strategie wird als die der „anderthalb Kriege" bezeichnet. Die Position Chinas hat sich von der eines Verbündeten der UdSSR zu der eines Neutralen und schließlich eines Feindes der Sowjetunion gewandelt. Heute ist China praktisch ein militärischer Verbündeter der USA. Von dieser Realität müssen wir ausgehen, wenn wir Rüstungshaushalte und Streitkräfte miteinander vergleichen.

Der Rüstungshaushalt und die Zahl der Soldaten sind die beiden grundlegenden Indikatoren, nach denen man die Effektivität einer militärischen Streitmacht einschätzen kann.

Das SIPRI-Jahrbuch 1979 (SIPRI ist eine wirklich neutrale Institution) führt dazu aus: „CIA-Schätzungen der sowjetischen Militärausgaben, die nach US-Preisen errechnet wurden, sind praktisch für jeden Zweck als vollkommen irreführend anzusehen, und bei der CIA-Methode zur Einschätzung des sowjetischen Entwicklungstrends ist davon auszugehen, daß sie diesen im Vergleich zu der unterschiedlichen Berechnungsmethode für tatsächliche Trends im Westen übertreibt . . . Aussagen höchst zweifelhaften Charakters über einen Vergleich der Rüstungshaushalte wurden als Teil einer Kampagne verwendet, mit der der militärische Sektor Druck ausübte, um seinen Anteil zu erhöhen. Es wurden Behauptungen als ‚bekannte Tatsachen' ausgegeben, die in Wirklichkeit alles andere als bekannte Tatsachen sind. Einige, die solche Behauptungen aufstellten, wußten, welch zweifelhaften Charakters diese waren; die meisten die sie später aufgriffen, akzeptierten sie ungeprüft, und so flossen sie in die allgemeine Doktrin ein."

Zahlreiche offizielle Aussagen der USA bestätigen die Schlußfolgerungen des SIPRI:

– Im Dezember 1977 äußerten Beamte des US-Verteidigungsministeriums, daß „die Sowjetunion ihre Militärausgaben, real auf Dollar umgerechnet, etwa die letzten 15 Jahre konstant gehalten" habe.
– Am 26. Oktober 1979 sagte Außenminister Vance: „Wir und unsere Verbündeten investieren etwa 25 % mehr in die Verteidigung als die Sowjetunion und der Warschauer Pakt."
– Am 10. Juli 1980 bestätigte Tom Ross, der stellvertretende Verteidigungsminister, daß die Militärausgaben der NATO im Jahr 1979 215 Milliarden Dollar betrugen, die des Warschauer Paktes 175 Milliarden, d.h. 23 % weniger.
– Am 19. September 1980 sagte Außenminister Muskie: „Zusammengerechnet verwenden wir für unsere Verteidigung mehr als der Warschauer Pakt einschließlich der Sowjetunion."

Wenn wir außerdem den chinesischen Rüstungshaushalt berücksichtigen, so geben die Warschauer Vertragsstaaten einschließlich der Sowjetunion für ihre Streitkräfte etwa halb so viel aus wie die NATO und China. Nach einem offiziellen Dokument der USA-Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung vom Oktober 1979 haben die NATO-Länder von 1968 bis 1977 1600 Milliarden Dollar, China 320 Milliarden Dollar, zusammen also 1920 Milliarden Dollar für ihre Verteidigung ausgegeben, hingegen der Warschauer Pakt 1360 Milliarden, wenn man gleichmäßig nach dem Dollarwert von 1976 umrechnet. Der Warschauer Pakt hat 41 % weniger aufgewandt als seine Gegner, die NATO und China. Dabei ist zu beachten, daß hier die Zahlen für den Warschauer Pakt nach den CIA-Schätzungen errechnet wurden, die das SIPRI als „vollkommen irreführend" weil übertrieben hoch betrachtet.

Verteidigungsminister Brown stellte im April 1979 den folgenden Vergleich an: „Wir haben in der strategischen Rüstung einen Stand erreicht, wo annähernde Parität zwischen den USA und der Sowjetunion besteht, bei der konventionellen Rüstung besteht zwischen uns und unseren Verbündeten und der Sowjetunion und ihren Verbündeten ebenfalls annähernde Parität."

Im Januar 1980 sagte General Jones, der Vorsitzende des amerikanischen Vereinigten Generalstabs, die Volksrepublik China besitze „mit schätzungsweise 4,7 Millionen Mann die größten Streitkräfte der Welt". Diese Zahlen sind in Browns Schätzung nicht enthalten.

Die Veröffentlichung „Das militärische Gleichgewicht 1980–1981" vom September 1980 aus dem Internationalen Institut für Strategische Studien, das in NATO-Ländern hoch geschätzt wird, weil es sehr oft die Stimme des CIA ist, schätzt die Zahl der NATO-Soldaten auf 4,9 Millionen gegenüber 4,67 Millionen Soldaten des Warschauer Pakts. Nach dieser Veröffentlichung besitzt China 4,45 Millionen Soldaten. Das ergibt 9,35 Millionen Soldaten der NATO und Chinas gegenüber 4,67 Millionen des Warschauer Vertrags. Der Warschauer Vertrag hat weniger als halb so viel Soldaten wie seine Gegner.

Man braucht kein Militärfachmann zu sein, um zu erkennen, daß die Sowjetunion mit der Hälfte der Soldaten und der Hälfte des Rüstungshaushalts kein aggressiver Staat ist und sich weder in Europa noch in Asien aggressive Handlungen leisten kann. Die NATO und China hätten dazu die Möglichkeit, aber nicht die Sowjetunion.

Viele NATO-Generäle operieren mit der irreführenden Behauptung, die Sowjetunion könne innerhalb weniger Stunden Europa besetzen und vergleichen dazu die Anzahl der Divisionen auf beiden Seiten, nicht aber die Zahl der Soldaten. Hier ist die folgende Aussage von Verteidigungsminister Brown aus seinem Jahresbericht an den Kongreß vom 20. Januar 1980 interessant: „Die sowjetischen Landstreitkräfte bestehen aus etwa 1,8 Millionen Mann gegenüber der US-Armee und Marine, denen etwas weniger als 1 Million Männer und Frauen angehören. Da die Sowjets über 170 aktive Divisionen unterhalten, wir aber nur 19, muß ihre Divisionsstärke offensichtlich viel geringer sein als unsere. Außerdem befindet sich bei den Sowjets die Mehrheit der Divisionen nicht in voller Gefechtsbereitschaft. Nur etwa ein Drittel sind als voll ausgerüstete aktive Einheiten anzusehen, die vor allem in Osteuropa und an der chinesisch-sowjetischen Grenze stationiert sind. Die anderen zwei Drittel verfügen nur über eine reduzierte – oder Kaderstärke. In unterschiedlichem Grad sind ihnen aktives Personal und Ausrüstung zugeordnet, aber im Einsatzfall müßten sie mit Reservisten aufgefüllt werden, von denen viele seit ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Militärdienst nur wenig oder kein weiteres Training erhalten haben. Jedoch werden in der Sowjetunion jedes Jahr 900000 Mann von den Landstreitkräften aus dem aktiven Dienst entlassen, so daß insgesamt etwa 4 Millionen Mann mit militärischer Erfahrung aus den Landstreitkräften aus den letzten 5 Jahren zur Verfügung stehen."

Aus dieser Aussage leiten wir die folgenden Schlußfolgerungen ab:

– Es ist irreführend, Divisionen der NATO und des Warschauer Paktes zu vergleichen, denn sowjetischen Divisionen sind viel kleiner als US-Divisionen.
– Nur ein Drittel der 170 sowjetischen Divisionen, nämlich 57, sind gefechtsbereit.
– Es sind nicht alle 31 sowjetischen Divisionen in Europa und alle 45 Divisionen an der chinesisch-sowjetischen Grenze gefechtsbereit.
– Um die übrigen zwei Drittel ihrer Divisionen (nämlich 113) aufzufüllen, müßte die Sowjetunion 4 Millionen Mann mobilisieren, was mit einer längeren, schwierigen Krisenzeit verbunden wäre.

Wir müssen die Öffentlichkeit in den NATO-Ländern über die wirkliche Stärke der beiden Militärbündnisse informieren, damit auf die Verhandlungen über den Truppen- und Rüstungsabbau speziell in Mitteleuropa, die sog. MBFR-Verhandlungen, der notwendige Druck ausgeübt werden kann.

Kommen wir nun zu den Atomwaffen. Hier muß man zunächst klären, was die kürzliche Direktive Nr. 59 des US-Präsidenten, die sogenannte „Strategie abgestufter Atomschläge" (countervailing strategy) wirklich bedeutet. Am 8. August 1980 erklärte Verteidigungsminister Brown: „Sie (die Sowjets) müssen sich auch darüber klar sein, wenn sie auf irgendeiner mittleren Ebene einen Schlag gegen die am Boden stationierten USA-Raketen führen, daß die USA dann schon durch einen begrenzten Gegenschlag die Sowjets einen unannehmbar hohen Preis zahlen lassen könnten, und zwar in Form der Dinge, die der sowjetischen Führung am wichtigsten sind: politische und militärische Kontrolle, militärische Macht auf dem atomaren und konventionellen Bereich und die Industriekapazität, um weitere militärische Operationen durchzuführen." Einfacher gesagt, falls die Sowjets versuchen sollten, die Interkontinentalraketen der USA am Boden zu zerstören, würden die USA einen entwaffnenden Gegenschlag führen. Man braucht kein Militärfachmann zu sein, um zu begreifen, daß die USA, wenn sie schon *nach* einem sowjetischen Überraschungsangriff die militärische und politische Macht der UdSSR völlig vernichten könnte, dazu umso mehr *vor* einem sowjetischen Angriff in der Lage wären. Die sog. „Strategie abgestufter Atomschläge" ist also in Wirklichkeit nur ein anderer Name für die sog. Strategie des „Erstschlags", d.h. die Fähigkeit, die sowjetische Militärmacht durch einen Überraschungsschlag zu vernichten und damit zur Kapitulation zu zwingen. Man bezeichnet diese Strategie auch als „begrenzten Atomkrieg", weil sich nach der USA-Doktrin ein solcher Atomkrieg auf Europa einschließlich der UdSSR eingrenzen läßt und die USA selbst ausschließen soll. Es ist offenkundig, daß die Sowjetunion eine derartige Unterlegenheit nicht hinnehmen kann, und das letztliche Resultat einer solchen Strategie ist eine Beschleunigung des Wettrüstens.

Seit Ende 1973, als Schlesinger zum Verteidigungsminister ernannt wurde, haben die USA die Zahl ihrer strategischen atomaren Gefechtsköpfe erheblich erhöht, um die „Strategie abgestufter Atomschläge" durchzuführen. General Seignious, damals Direktor der Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, erklärte im Mai 1979: „In der Zeit des SALT-I-Interimsabkommens stationierten wir bei unserer strategischen Streitmacht täglich im Durch-

schnitt 3 neue Gefechtsköpfe, insgesamt über 5000 Gefechtsköpfe in 5 Jahren." Verteidigungsminister Brown sagte in seinem Bericht an den Kongreß vom Januar 1980, die USA besäßen 9200 atomare strategische Gefechtsköpfe gegenüber 6000 der UdSSR. (Nach Schätzungen des SIPRI gehören von den strategischen atomaren Gefechtsköpfen 11894 den USA und 6005 der UdSSR.) Aber das ist noch nicht alles. Verteidigungsminister Brown führte am 28. Juli 1980 folgendes aus: „Nach unserem Fünfjahresplan für die Verteidigung werden sich die realen Verteidigungsausgaben um mehr als 27% erhöhen. . . . Die MX-Raketen (mobile Interkontinentalraketen; d. Verf.) werden den besten sowjetischen Interkontinentalraketen gleichkommen oder sie übertreffen . . . Das erste Trident (-U-Boot; d. Verf.) . . . wird im nächsten Jahr bei der Marine in Dienst gestellt, zehn weitere sollen rasch nacheinander folgen. Wir haben bereits begonnen, unsere Poseidon-U-Boote mit den Trident-I-Raketen zu bestücken, die eine größere Reichweite haben und genauer treffen. Bis 1982 werden zwölf Boote mit diesem starken System bestückt sein . . . (Wir) sind auch dabei, unsere B 52 mit über 3000 dieser sehr genauen Langstrecken-Cruise Missiles auszurüsten, die die sowjetische Verteidigung nicht nur 1982 durchdringen können, wenn die erste Staffel fertig ist, sondern in den ganzen achtziger Jahren und darüber hinaus."

Ich glaube, dieses gigantische amerikanische Programm bedarf keines Kommentars. Ich möchte nur hinzufügen, daß nach neuen Informationen die Erhöhung des Rüstungshaushalts in den nächsten 5 Jahren noch erheblich größer sein wird als von Brown angegeben.

Es ist eine sinnlose Annahme, daß die Sowjets einen Überraschungsangriff gegen die Interkontinentalraketen der USA führen würden. Diese Hypothese wurde aufgestellt, um die „Strategie angestufter Atomschläge" und Atomrüstung zu rechtfertigen. Verteidigungsminister Brown sprach über eine hypothetische Reaktion bei einem sowjetischen Überraschungsangriff und sagte dabei: „Unsere überlebenden Kräfte wären nicht nur sehr umfangreich, sie könnten auch ohne weiteres die sowjetische Verteidigung durchdringen und tausende militärische und nicht-militärische Ziele entweder sofort oder – falls wir das wünschen – über eine längeren Zeitraum vernichten." Es stimmt nicht, daß die sowjetischen strategischen atomaren Gefechtsköpfe die Interkontinentalraketen der USA bedrohen, vielmehr trifft das Gegenteil zu.

In einem offiziellen Dokument des Unterkomitees für Angelegenheiten der Internationalen Sicherheit vom 15. März 1979 heißt es: „Möglicherweise sehen die Sowjets auch ohne die MX (mobile Interkontinentalraketen; d.Verf.) schon in den gegenwärtigen und künftig möglichen Verbesserungen der Minuteman-Interkontinentalraketen ein Wachstumspotential für die Bedrohung ihrer eigenen in Silos verbunkerten Interkontinentalraketen . . . Die Fähigkeit zur Zerstörung verbunkerter Abschußrampen einer neuen Trident-II-Rakete wäre größer als die aller gegenwärtig stationierten Raketenwaffen der USA. Außerdem könnte der zusätzliche Effekt von zwei der potentiellen Verbesserungen der Fähigkeit der USA zur Zerstörung verbunkerter Raketenabschußrampen (Trident II und MX) zu Beginn der 80er Jahre einen erheblichen

Teil der fest stationierten sowjetischen Interkontinentalraketen gefährden. Dies könnte eine entstabilisierende Wirkung und damit einen negativen Einfluß auf die Rüstungsbegrenzung haben." Mit anderen Worten, die neuen strategischen Rüstungen Amerikas stellen eine Bedrohung der sowjetischen Raketen dar, wirken entstabilisierend und erschweren jedes Abkommen über Rüstungsbegrenzung.

In diesem Zusammenhang ist die Verweigerung der Ratifizierung von SALT II durch den USA-Senat zu sehen, ebenso sein Ersuchen, in Europa 572 Pershing II und Cruise Missiles zu stationieren, die sogenannten Euro-Raketen. Die Euro-Raketen sind keine taktischen, nur für ein Gefechtsgebiet bestimmten Atomwaffen, sondern strategische Waffen. Dazu General Jones, Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs der USA: „Die Streitmacht (der Euro-Raketen) wird umfangreich genug sein, um eine glaubhafte Bedrohung gegenüber der Sowjetunion darzustellen." Die Rechtfertigung, daß Euro-Raketen benötigt würden, um gegenüber der Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen ein Gleichgewicht herzustellen, ist unbegründet. Die SS-20 ist nichts Neues, was zu den anderen Waffensystemen hinzukommt, sondern sie ersetzt die SS-4 und SS-5-Raketen, die es schon seit etwa 20 Jahren gibt. Dazu General Jones in seinem im Januar 1980 herausgegebenen militärischen Ausblick für 1981: „Einige ältere SS-4- und SS-5-Interkontinentalraketen wurden im letzten Jahr aus der operativen Streitmacht herausgenommen. Die Stationierung der SS-20 wird fortgesetzt. Etwa die Hälfte der stationierten SS-20-Abschußrampen ist in der Lage, NATO-Ziele zu treffen." Präsident Carter drückte sich noch deutlicher aus, als er am 9. Oktober 1979 sagte: „Sie (die Sowjets; d. Verf.) hatten in den letzten Jahren eine natürliche Reduzierung ihrer Abschußrampen. Sie haben die alten SS-4 und SS-5 durch SS-20 ersetzt, nicht auf der Basis 1:1, denn die SS-20 hat drei Gefechtsköpfe, während die alten Raketen nur einen Gefechtskopf besaßen." Die SS-20 vermindert die Bedrohung Europas und erhöht sie nicht, denn ihre Gefechtsköpfe haben nur ein Siebtel der atomaren Sprengkraft der alten Gefechtsköpfe.
Das einzig wirklich Bemerkenswerte an der SS-20 ist die Tatsache, daß die Modernisierung der alten Raketen mit so großer Verzögerung durchgeführt wurde. Die USA haben in einem kürzeren Zeitraum die Waffen ihrer U-Boote insgesamt sechsmal modernisiert (Polaris I, Polaris II, Polaris II, Poseidon, Trident I, Trident II).

Es ist sinnlos zu behaupten, weil die Sowjetunion Atomwaffen besitze, die die europäischen NATO-Länder erreichen können, müßten die NATO-Länder auf ihrem Territorium Waffen stationieren, die die Sowjetunion erreichen können. Würden wir diese Theorie akzeptieren, dann müßten die Warschauer Paktstaaten symmetrisch dazu ebenfalls solche Waffen stationieren, und auf diesem Weg kämen wir schließlich zu einer Stationierung strategischer Atomwaffen in sämtlichen Ländern. Es kommt dazu, daß über den Einsatz der Euro-Raketen ausschließlich von den USA entschieden wird. Die europäischen Länder gewinnen nichts an Autonomie hinzu, aber sie würden im Kriegsfall zuerst getroffen.

Die Euro-Raketen sind nicht das einzige Problem bei den Atomwaffen im europäischen NATO-Bereich. Die USA haben in Europa über 7000 Atomwaffen stationiert, gegenüber 3500–4000 der Sowjetunion, die sich alle auf dem Territorium der UdSSR befinden. Es handelt sich um „Systeme in vorgeschobener Position" (forwardbased systems), die von der NATO zur Irreführung der Öffentlichkeit als taktische oder kriegsschauplatzgebundene Atomwaffe bezeichnet werden. Die große Mehrzahl hat eine atomare Sprengkraft, die ebenso groß oder größer ist als die der strategischen Waffen. Um es mit den Worten General Browns auszudrücken, der damals Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs war: „Falls eine Aggression mit konventionellen Mitteln nicht eingedämmt werden kann, verschafft die taktische Atomstreitmacht die Fähigkeit, den Kampf auszufechten und eine Möglichkeit, den Konflikt unterhalb der Schwelle eines strategischen Atomkriegs zu beenden." Das bedeutet in einfachen Worten einen Atomkrieg, der nur auf Europa begrenzt sein soll – eine atomare Vernichtung Europas zur Verteidigung der USA! Ein hoher deutscher Vertreter erklärte kürzlich zwei USA-Senatoren, die Europa besuchten: „In den letzten 18 Monaten ist mein Land bei NATO-Manövern fünfmal verteidigt und fünfmal zerstört worden." Es muß darauf hingewiesen werden, daß die europäischen Länder kein Vetorecht gegen den Einsatz der auf ihrem Territorium stationierten Atomraketen haben, wenn die USA-Behörden deren Einsatz beschlossen haben. Konsultationen vor dem Einsatz sind nur vorgesehen, wenn Zeit und Umstände es zulassen.

Noch eine letzte Bemerkung. Die Neutronenbombe ist eine Angriffs- und keine Verteidigungswaffe. Sie kann benutzt werden, um Lücken in der Verteidigungslinie des Gegners zu öffnen, durch die NATO-Streitkräfte bei einer Invasion eindringen könnten, ohne durch die atomare Verseuchung des Bodens oder das große Hindernis, das durch Einsatz einer normalen Atombombe entstehen würde, aufgehalten zu werden. Die Stationierung von Neutronenbomben in Europa wäre ein Anreiz zur Führung eines Krieges, keine Abschreckung dagegen.

Auf der Öffentlichkeit Europas lastet eine schwere Verantwortung. Entweder gelingt es uns, das gegenwärtige wahnwitzige Wettrüsten zu stoppen, oder die Mitte der 80er Jahre, wenn alle neuen atomaren und konventionellen Rüstungen der USA fertiggestellt sind, wird tragisch für das Schicksal der Menschheit werden.

# Zur Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen in den Niederlanden

Von Michiel Herman von Meyenfeldt

*Zu den Kritikern des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses", deren Urteil von eigener Erfahrung in hohen militärischen Funktionen von NATO-Streitkräften geprägt ist, gehört auch General M. H. von Meyenfeldt, bis 1980 Chef der Königlich-Niederländischen Militärakademie. Heute ist von Meyenfeldt, der der in den Niederlanden regierenden christlich-demokratischen Partei (CDA) angehört, u. a. in der Kommission der Reformierten Kirchen für das Studium der Kriegsproblematik tätig. Angesichts der Bedeutung und zunehmenden internationalen Resonanz des niederländischen Beispiels haben wir General von Meyenfeldt, als guten Kenner auch des möglicherweise ausschlaggebenden christlich-demokratischen Diskussionsprozesses, um eine Darstellung der Kampagne für die Abschaffung der Atomwaffen in den Niederlanden gebeten. D. Red.*

In den Niederlanden beschäftigen sich die Kirchen intensiv mit der Atomwaffenfrage. Erst vor kurzem hat sich die Synode der Niederländischen Reformierten Kirche gegen den Besitz und die Anwendung von Kernwaffen ausgesprochen. Aber auch andere Kirchen sind über die gegenwärtige Entwicklung auf dem Gebiet der Sicherheit beunruhigt. Der Interkirchliche Friedensrat (IKV) – in dem neun Kirchen offiziell repräsentiert sind – spielt die führende Rolle in der Kampagne „Helft die Kernwaffen aus der Welt zu schaffen – Beginnen wir damit in den Niederlanden". Der IKV beabsichtigt, durch einseitige Schritte auf dem Gebiet der Atomwaffen einen Prozeß gegenseitiger Abrüstung zwischen Ost und West in Gang zu setzen. Die Kampagne hätte ihren Zweck erfüllt, wenn die NATO-Verbündeten und der Warschauer Pakt dem niederländischen Beispiel folgen.

Diese kirchlichen Aktivitäten haben in den Niederlanden der Diskussion über die Atomwaffen starke Impulse gegeben. Im kommenden Mai, wenn die Parlamentswahlen stattfinden, wird man sehen, welchen politischen Niederschlag diese Diskussion findet. In welchem Ausmaß wird die Entscheidung für oder gegen die Atomwaffen die parteipolitische Wahl bestimmen?

*Die politischen Parteien und die Kernwaffenfrage*

Auch innerhalb der politischen Parteien spitzt sich die Diskussion von Tag zu Tag mehr auf die Kernwaffenfrage zu. Unter den großen Parteien haben die Partei der Arbeit (PvdA – d.h. die niederländischen Sozialdemokraten; d. Red.) und die Liberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) die deutlichsten Positionen bezogen. Die Sozialdemokraten lehnen die Stationierung von „Tomahawk"-Marschflugkörpern auf niederländischem Territorium ab und wollen die atomaren Verpflichtungen der niederländischen

Streitkräfte verringern. Zwar gibt es in dieser Partei auch eine Strömung, die innerhalb von vier Jahren sämtliche Atomwaffen abstoßen will, aber derzeit hat es den Anschein, daß diese Strömung den kürzeren ziehen wird. Die VVD steht demgegenüber voll und ganz hinter der offiziellen NATO-Linie: Modernisierung der NATO-Atomrüstung und keine einseitigen Schritte seitens der Niederlande.

Die Christlich-Demokratische Partei (CDA) hält sich im Hinblick auf die Atomwaffenfrage viele Hintertüren offen. Über die Stationierung neuer Raketen in den Niederlanden soll in der Partei erst im Vorfeld des Dezember 1981 beschlossen werden, wenn die Niederlande eine Entscheidung treffen müssen. Eine Veränderung der Atompolitik soll ausschließlich nach Konsultationen mit den NATO-Verbündeten in Frage kommen. Ich habe den Eindruck, daß diese Partei die Kernwaffenproblematik aus den Wahlen heraushalten will. Angesichts der auseinandergehenden Auffassungen innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei erscheint das begreiflich.

*Die Modernisierung der NATO-Atomrüstung*

In der parteipolitischen Debatte über die Kernwaffenfrage liegt die Betonung vor allem auf den Auswirkungen, die einseitige Schritte der Niederlande auf die Innenpolitik und auf die Bündnispartner haben würden. Welche Regierungskoalition kann nach den Wahlen im Mai gebildet werden? Eine zu starre Haltung der PvdA in der Atomwaffenfrage könnte die CDA in die Arme der VVD treiben. Und wie würden die Bündnispartner und insbesondere die Bundesrepublik und Amerika reagieren? Würden wir unseren Einfluß in der NATO verlieren? Seit die Debatte diese Richtung genommen hat, sind die militärischen Aspekte der Frage in den Hintergrund geraten. Die Frage nach der militärischen Notwendigkeit einer Modernisierung der NATO-Atomrüstung und der Stationierung von „Tomahawk"-Marschflugkörpern auf niederländischem Territorium wird kaum noch gestellt. Deshalb will ich im folgenden etwas näher auf diese Seite eingehen.

Die Notwendigkeit der Stationierung von 572 neuen Raketen in Westeuropa ist meines Erachtens nie überzeugend dargelegt worden. Das wäre allerdings auch kaum möglich, weil das umfassende Atomwaffenpotential, über das die NATO verfügt oder verfügen kann, für die Verwirklichung aller militärischen Optionen ausreicht. Dem bekannten Londoner Institut für strategische Studien zufolge kann die NATO jedenfalls den Warschauer Pakt mit 555 eurostrategischen Atomwaffen angreifen (gegenüber 819 des Warschauer Paktes; Military Balance 1980/1981). Lange bevor dieses Potential aufgebraucht ist, wären wir alle in einen totalen Kernwaffenkrieg verwickelt.

Was ich in vielen Einschätzungen vermisse, ist ein angemessenes Verständnis der militärstrategischen Situation Rußlands. In der Konfrontation zwischen Ost und West geht es letzten Endes um einen Konflikt zwischen Amerika und Rußland. Westeuropa ist von zweitrangiger Bedeutung.

Nun ist aber die militärstrategische Situation Rußlands entschieden weniger rosig als die Amerikas. Die einzige direkte Bedrohung für Amerika wäre ein Angriff der Sowjetunion mit ihrer strategischen Atomstreitmacht. Und diese Gefahr ist durch die SALT-Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern erheblich eingedämmt. Rußland muß demgegenüber außer mit einem möglichen Angriff der strategischen Atomstreitmacht der USA auch mit folgendem rechnen: mit dem in Westeuropa stationierten Atompotential; mit der wachsenden Atommacht Chinas und mit zwei potentiellen Atommächten auf seiner Südflanke. Für Rußland ist diese verwundbare Position im Machtkampf mit Amerika politisch unannehmbar. Es sieht sich zweifellos gezwungen, eine zureichende Antwort unter anderem auf die atomare Bedrohung seiner Westflanke zu geben, und dürfte zu einer Überreaktion im Hinblick auf Westeuropa neigen, um die Entwicklungen in Amerika besser beeinflussen zu können.

Eine Verstärkung des atomaren Potentials in Westeuropa wird deshalb auch als mindestes einen weiteren Ausbau des atomaren Mittelstreckenpotentials der Sowjetunion zur Folge haben. Militärisch gesehen können die Russen keinen anderen Weg gehen.

Die Stationierung neuer Raketen in Westeuropa ist aber nicht nur überflüssig, sondern sie löst auch kein einziges Problem. Im Gegenteil, der NATO-Beschluß vom Dezember 1979 schafft nur zusätzliche Schwierigkeiten. Aber warum ist es dann zu diesem Beschluß gekommen?

Einer der Gründe ist meines Erachtens in der gültigen NATO-Strategie zu sehen. Denn diese Strategie erfordert durch

- die Notwendigkeit, als erste Atomwaffen einzusetzen,
- die immer weitere Verfeinerung der Eskalationsleiter im Gefolge technologischer Entwicklungen,
- das Bedürfnis nach einem Waffenbestand, der auf jeder Eskalationsstufe ausreicht, um den Gegner abzuschrecken und mögliche Konflikte zu beherrschen,

zumindest Parität, vorzugsweise aber eine Übermacht auf dem Gebiet der atomaren Waffensysteme unterhalb der Ebene der atomaren Interkontinentalwaffensysteme. Mir ist im Zusammenhang mit der Modernisierung der NATO-Atomrüstung deutlich geworden, daß eine Änderung dieser Strategie dringend geboten ist.

Aufgrund des vorher Gesagten hoffe ich, daß die Niederlande die Stationierung neuer Raketen auf ihrem Staatsgebiet ablehnen werden. Wahrscheinlich verlieren wir dadurch in den offiziellen NATO-Organen etwas an Einfluß. Auf der anderen Seite aber könnte ein solcher Schritt Kräften in anderen Ländern, die sich gegen die Realisierung der NATO-Pläne wehren, den Rücken stärken.

## *Das Militär und die gesellschaftliche Debatte*

Die Diskussion in den Niederlanden über die Kernwaffenfrage berührt naturgemäß auch das Militär. Die Streitkräfte müssen ihren Standort finden im Spannungsfeld zwischen dem ihnen gestellten Auftrag und der Aufgabe, ihn mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gut auszuführen auf der einen Seite und der Ablehnung von Atomwaffen durch die Gesellschaft sowie deren Streben nach Veränderung auf der anderen Seite. Manche halten es in diesem Spannungsfeld nicht mehr aus und verlassen die Streitkräfte. Andere schließen sich aus Sorge über die Entwicklung auf atomarem Gebiet zusammen, um über Möglichkeiten zu beraten, wie die Entwicklung korrigiert und in eine verantwortungsvollere Richtung gelenkt werden kann. So haben im März 1980 Berufssoldaten und Miltärgeistliche den Friedens- und Sicherheitsrat der Streitkräfte (VVBK) geschaffen. Und kürzlich haben einige Dutzend Wehrpflichtige sich in einem „Komitee gegen Kernwaffen" zusammengeschlossen. Schließlich gibt es auch Soldaten, die den Umgang mit Atomwaffen verweigern.

Die Unterscheidung, die manchmal zwischen atomaren und nichtatomaren Aufgaben der Streitkräfte gemacht wird, finde ich künstlich. Wer in den Streitkräften Dienst tut, ist mitverantwortlich für die Erfüllung ihrer Aufgaben und direkt oder indirekt in die Anwendung von Atomwaffen im Zusammenhang mit diesen Aufgaben verwickelt. Was die Verantwortlichkeit für die Verwicklung in die Atomwaffenproblematik angeht, kann und darf eine solche Unterscheidung nicht gemacht werden. Mit anderen Worten: Jemand, der aus prinzipiellen Gründen die Anwendung von Atomtechnologie für militärische Ziele ablehnt, sollte nicht zum Militär gehen, oder sofern er Soldat ist, sollte er die Armee verlassen. Eine Frage, die akut werden könnte, ist die, was mit Militärangehörigen geschehen soll, die dennoch diese Unterscheidung treffen. Meines Erachtens muß die militärische Führung diese Soldaten mit Funktionen betrauen, in denen sie keinen direkten Kontakt mit atomaren Aufgaben und Atomwaffen haben. Die Praxis muß hier Vorrang vor Prinzipien haben.

Eine schwierige Frage für die Militärangehörigen, die sich mit der Atomwaffenproblematik befassen, ist: Wo sind die Genzen solcher Aktivitäten zu ziehen? In den niederländischen Streitkräften geht vieles. Es gibt die Freiheit der Versammlung und die Freiheit der Meinungsäußerung. Wir müssen dankbar dafür sein. Das bedeutet aber nicht, daß alles erlaubt sei. Es gibt im Gegenteil durchaus feste Beschränkungen, die beachtet werden müssen und die zusammenhängen u. a. mit der Glaubwürdigkeit der niederländischen Verteidigungsanstrengungen im Rahmen des Bündnisses und in den Augen der politischen und militärischen Führer des Warschauer Paktes. Im übrigen gibt es in der niederländischen Armee auch viele Soldaten, die von einer Diskussion über die Kernwaffenproblematik innerhalb der Streitkräfte nichts wissen wollen.

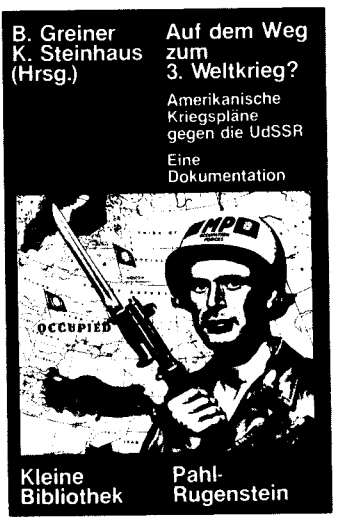
Die Beschränkungen, um die es hier geht, sind also sowohl grundsätzlicher als auch praktischer Art. Von grundsätzlicher Bedeutung ist auch, daß Veränderungen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik auf dem Wege der politischen Willensbildung und nicht durch Aktivitäten innerhalb der Streitkräfte realisiert werden müssen. Die Verweigerung von Aufgaben im atomaren Bereich, wie sie von manchen befürwortet wird, ist meines Erachtens kein zulässiger Ansatzpunkt.

So lange Militärangehörige diese Grenzen beachten und sich darauf beschränken, Kollegen, denen diese Problematik Schwierigkeiten bereitet, zu helfen und die Diskussion innerhalb der Streitkräfte über die Atomrüstung und über brauchbare Alternativen beispielsweise zur heutigen Strategie zu fördern, können sie einen guten Beitrag dazu leisten, bedrohliche Entwicklungen in eine verantwortlichere Richtung zu steuern.

Schließlich hoffe ich, daß die niederländischen Soldaten, die sich intensiv mit diesen Entwicklungen beschäftigen, Zeichen der Solidarität beispielsweise aus der Bundesrepublik erhalten werden. Das wäre für sie – in oft sehr schwierigen Situationen – eine enorme Rückenstärkung.


# Politik der USA

**Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen**
**235 Seiten, DM 14,80**




**Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR**
**Eine Dokumentation**
**229 Seiten, DM 14,80**

# Militärisches Kräfteverhältnis und „Nachrüstung"

## Ein Beitrag zum Thema Gleichgewicht

Von Nino Pasti

*Der Verfasser des nachstehenden Beitrages, Nino Pasti, ist Mitglied des italienischen Senats und war vor seinem Ausscheiden aus der italienischen Armee Vorsitzender des Obersten Rates der italienischen Streitkräfte, Stellvertretender Stabschef der italienischen Luftwaffe, Mitglied des NATO-Militärausschusses und Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen. D. Red.*

Um eine sinnvolle Diskussion über Entspannung, Abrüstung und Frieden – die für das Überleben der Menschheit wichtigsten Fragen – zu führen, brauchen wir zunächst eine korrekte Einschätzung der einander gegenüberstehenden Streitkräfte.

Wir gehen im Westen davon aus, daß alle Informationen aus sowjetischen Quellen nur Propaganda sind, auf die kein Verlaß ist. Andererseits akzeptieren wir alle Informationen, die auf direktem oder indirektem Weg vom USA-Geheimdienst verbreitet werden. Es ist aber gefährlich und naiv, sich auf solche einseitigen Informationen zu verlassen. Durch gründliches Studium der offiziellen USA- und NATO-Dokumente können die aus der westlichen Welt stammenden Propagandaschätzungen zumindest teilweise richtiggestellt werden. Da die USA-Behörden der Kontrolle durch den Kongreß unterliegen, können sie nicht beliebige Lügen verbreiten. Auf solche Dokumente stütze ich mich bei meinen folgenden Ausführungen.

Zunächst eine Vorbemerkung. Drei Viertel des Territoriums der Sowjetunion befinden sich in Asien, wo die Volksrepublik China von der Unvermeidlichkeit eines Krieges spricht. Die Haltung Chinas ist von derartiger Bedeutung, daß die USA aufgrund der eingetretenen Veränderungen ihre Militärdoktrin geändert haben. Vor 1969 waren die Streitkräfte der USA groß genug, um *gleichzeitig* zwei größere Kriege – einen in Europa und einen in Asien – und außerdem einen kleineren Krieg in einem weiteren Teil der Welt führen zu können. Man nannte dies die Strategie der „zweieinhalb Kriege". Ab 1969 wurde China nicht mehr als Verbündeter der UdSSR betrachtet und die Stärke der USA-Streitmacht wurde nur noch an eineinhalb gleichzeitig zu führenden Kriegen bemessen. Die heutige Strategie wird als die der „anderthalb Kriege" bezeichnet. Die Position Chinas hat sich von der eines Verbündeten der UdSSR zu der eines Neutralen und schließlich eines Feindes der Sowjetunion gewandelt. Heute ist China praktisch ein militärischer Verbündeter der USA. Von dieser Realität müssen wir ausgehen, wenn wir Rüstungshaushalte und Streitkräfte miteinander vergleichen.

Der Rüstungshaushalt und die Zahl der Soldaten sind die beiden grundlegenden Indikatoren, nach denen man die Effektivität einer militärischen Streitmacht einschätzen kann.

Das SIPRI-Jahrbuch 1979 (SIPRI ist eine wirklich neutrale Institution) führt dazu aus: „CIA-Schätzungen der sowjetischen Militärausgaben, die nach US-Preisen errechnet wurden, sind praktisch für jeden Zweck als vollkommen irreführend anzusehen, und bei der CIA-Methode zur Einschätzung des sowjetischen Entwicklungstrends ist davon auszugehen, daß sie diesen im Vergleich zu der unterschiedlichen Berechnungsmethode für tatsächliche Trends im Westen übertreibt . . . Aussagen höchst zweifelhaften Charakters über einen Vergleich der Rüstungshaushalte wurden als Teil einer Kampagne verwendet, mit der der militärische Sektor Druck ausübte, um seinen Anteil zu erhöhen. Es wurden Behauptungen als ‚bekannte Tatsachen' ausgegeben, die in Wirklichkeit alles andere als bekannte Tatsachen sind. Einige, die solche Behauptungen aufstellten, wußten, welch zweifelhaften Charakters diese waren; die meisten die sie später aufgriffen, akzeptierten sie ungeprüft, und so flossen sie in die allgemeine Doktrin ein."

Zahlreiche offizielle Aussagen der USA bestätigen die Schlußfolgerungen des SIPRI:

– Im Dezember 1977 äußerten Beamte des US-Verteidigungsministeriums, daß „die Sowjetunion ihre Militärausgaben, real auf Dollar umgerechnet, etwa die letzten 15 Jahre konstant gehalten" habe.
– Am 26. Oktober 1979 sagte Außenminister Vance: „Wir und unsere Verbündeten investieren etwa 25 % mehr in die Verteidigung als die Sowjetunion und der Warschauer Pakt."
– Am 10. Juli 1980 bestätigte Tom Ross, der stellvertretende Verteidigungsminister, daß die Militärausgaben der NATO im Jahr 1979 215 Milliarden Dollar betrugen, die des Warschauer Paktes 175 Milliarden, d.h. 23 % weniger.
– Am 19. September 1980 sagte Außenminister Muskie: „Zusammengerechnet verwenden wir für unsere Verteidigung mehr als der Warschauer Pakt einschließlich der Sowjetunion."

Wenn wir außerdem den chinesischen Rüstungshaushalt berücksichtigen, so geben die Warschauer Vertragsstaaten einschließlich der Sowjetunion für ihre Streitkräfte etwa halb so viel aus wie die NATO und China. Nach einem offiziellen Dokument der USA-Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung vom Oktober 1979 haben die NATO-Länder von 1968 bis 1977 1600 Milliarden Dollar, China 320 Milliarden Dollar, zusammen also 1920 Milliarden Dollar für ihre Verteidigung ausgegeben, hingegen der Warschauer Pakt 1360 Milliarden, wenn man gleichmäßig nach dem Dollarwert von 1976 umrechnet. Der Warschauer Pakt hat 41 % weniger aufgewandt als seine Gegner, die NATO und China. Dabei ist zu beachten, daß hier die Zahlen für den Warschauer Pakt nach den CIA-Schätzungen errechnet wurden, die das SIPRI als „vollkommen irreführend" weil übertrieben hoch betrachtet.

Verteidigungsminister Brown stellte im April 1979 den folgenden Vergleich an: „Wir haben in der strategischen Rüstung einen Stand erreicht, wo annähernde Parität zwischen den USA und der Sowjetunion besteht, bei der konventionellen Rüstung besteht zwischen uns und unseren Verbündeten und der Sowjetunion und ihren Verbündeten ebenfalls annähernde Parität."

Im Januar 1980 sagte General Jones, der Vorsitzende des amerikanischen Vereinigten Generalstabs, die Volksrepublik China besitze „mit schätzungsweise 4,7 Millionen Mann die größten Streitkräfte der Welt". Diese Zahlen sind in Browns Schätzung nicht enthalten.

Die Veröffentlichung „Das militärische Gleichgewicht 1980–1981" vom September 1980 aus dem Internationalen Institut für Strategische Studien, das in NATO-Ländern hoch geschätzt wird, weil es sehr oft die Stimme des CIA ist, schätzt die Zahl der NATO-Soldaten auf 4,9 Millionen gegenüber 4,67 Millionen Soldaten des Warschauer Pakts. Nach dieser Veröffentlichung besitzt China 4,45 Millionen Soldaten. Das ergibt 9,35 Millionen Soldaten der NATO und Chinas gegenüber 4,67 Millionen des Warschauer Vertrags. Der Warschauer Vertrag hat weniger als halb so viel Soldaten wie seine Gegner.

Man braucht kein Militärfachmann zu sein, um zu erkennen, daß die Sowjetunion mit der Hälfte der Soldaten und der Hälfte des Rüstungshaushalts kein aggressiver Staat ist und sich weder in Europa noch in Asien aggressive Handlungen leisten kann. Die NATO und China hätten dazu die Möglichkeit, aber nicht die Sowjetunion.

Viele NATO-Generäle operieren mit der irreführenden Behauptung, die Sowjetunion könne innerhalb weniger Stunden Europa besetzen und vergleichen dazu die Anzahl der Divisionen auf beiden Seiten, nicht aber die Zahl der Soldaten. Hier ist die folgende Aussage von Verteidigungsminister Brown aus seinem Jahresbericht an den Kongreß vom 20. Januar 1980 interessant: „Die sowjetischen Landstreitkräfte bestehen aus etwa 1,8 Millionen Mann gegenüber der US-Armee und Marine, denen etwas weniger als 1 Million Männer und Frauen angehören. Da die Sowjets über 170 aktive Divisionen unterhalten, wir aber nur 19, muß ihre Divisionsstärke offensichtlich viel geringer sein als unsere. Außerdem befindet sich bei den Sowjets die Mehrheit der Divisionen nicht in voller Gefechtsbereitschaft. Nur etwa ein Drittel sind als voll ausgerüstete aktive Einheiten anzusehen, die vor allem in Osteuropa und an der chinesisch-sowjetischen Grenze stationiert sind. Die anderen zwei Drittel verfügen nur über eine reduzierte – oder Kaderstärke. In unterschiedlichem Grad sind ihnen aktives Personal und Ausrüstung zugeordnet, aber im Einsatzfall müßten sie mit Reservisten aufgefüllt werden, von denen viele seit ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Militärdienst nur wenig oder kein weiteres Training erhalten haben. Jedoch werden in der Sowjetunion jedes Jahr 900000 Mann von den Landstreitkräften aus dem aktiven Dienst entlassen, so daß insgesamt etwa 4 Millionen Mann mit militärischer Erfahrung aus den Landstreitkräften aus den letzten 5 Jahren zur Verfügung stehen."

Aus dieser Aussage leiten wir die folgenden Schlußfolgerungen ab:

– Es ist irreführend, Divisionen der NATO und des Warschauer Paktes zu vergleichen, denn sowjetischen Divisionen sind viel kleiner als US-Divisionen.
– Nur ein Drittel der 170 sowjetischen Divisionen, nämlich 57, sind gefechtsbereit.
– Es sind nicht alle 31 sowjetischen Divisionen in Europa und alle 45 Divisionen an der chinesisch-sowjetischen Grenze gefechtsbereit.
– Um die übrigen zwei Drittel ihrer Divisionen (nämlich 113) aufzufüllen, müßte die Sowjetunion 4 Millionen Mann mobilisieren, was mit einer längeren, schwierigen Krisenzeit verbunden wäre.

Wir müssen die Öffentlichkeit in den NATO-Ländern über die wirkliche Stärke der beiden Militärbündnisse informieren, damit auf die Verhandlungen über den Truppen- und Rüstungsabbau speziell in Mitteleuropa, die sog. MBFR-Verhandlungen, der notwendige Druck ausgeübt werden kann.

Kommen wir nun zu den Atomwaffen. Hier muß man zunächst klären, was die kürzliche Direktive Nr. 59 des US-Präsidenten, die sogenannte „Strategie abgestufter Atomschläge" (countervailing strategy) wirklich bedeutet. Am 8. August 1980 erklärte Verteidigungsminister Brown: „Sie (die Sowjets) müssen sich auch darüber klar sein, wenn sie auf irgendeiner mittleren Ebene einen Schlag gegen die am Boden stationierten USA-Raketen führen, daß die USA dann schon durch einen begrenzten Gegenschlag die Sowjets einen unannehmbar hohen Preis zahlen lassen könnten, und zwar in Form der Dinge, die der sowjetischen Führung am wichtigsten sind: politische und militärische Kontrolle, militärische Macht auf dem atomaren und konventionellen Bereich und die Industriekapazität, um weitere militärische Operationen durchzuführen." Einfacher gesagt, falls die Sowjets versuchen sollten, die Interkontinentalraketen der USA am Boden zu zerstören, würden die USA einen entwaffnenden Gegenschlag führen. Man braucht kein Militärfachmann zu sein, um zu begreifen, daß die USA, wenn sie schon *nach* einem sowjetischen Überraschungsangriff die militärische und politische Macht der UdSSR völlig vernichten könnte, dazu umso mehr *vor* einem sowjetischen Angriff in der Lage wären. Die sog. „Strategie abgestufter Atomschläge" ist also in Wirklichkeit nur ein anderer Name für die sog. Strategie des „Erstschlags", d. h. die Fähigkeit, die sowjetische Militärmacht durch einen Überraschungsschlag zu vernichten und damit zur Kapitulation zu zwingen. Man bezeichnet diese Strategie auch als „begrenzten Atomkrieg", weil sich nach der USA-Doktrin ein solcher Atomkrieg auf Europa einschließlich der UdSSR eingrenzen läßt und die USA selbst ausschließen soll. Es ist offenkundig, daß die Sowjetunion eine derartige Unterlegenheit nicht hinnehmen kann, und das letztliche Resultat einer solchen Strategie ist eine Beschleunigung des Wettrüstens.

Seit Ende 1973, als Schlesinger zum Verteidigungsminister ernannt wurde, haben die USA die Zahl ihrer strategischen atomaren Gefechtsköpfe erheblich erhöht, um die „Strategie abgestufter Atomschläge" durchzuführen. General Seignious, damals Direktor der Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung, erklärte im Mai 1979: „In der Zeit des SALT-I-Interimsabkommens stationierten wir bei unserer strategischen Streitmacht täglich im Durch-

schnitt 3 neue Gefechtsköpfe, insgesamt über 5000 Gefechtsköpfe in 5 Jahren." Verteidigungsminister Brown sagte in seinem Bericht an den Kongreß vom Januar 1980, die USA besäßen 9200 atomare strategische Gefechtsköpfe gegenüber 6000 der UdSSR. (Nach Schätzungen des SIPRI gehören von den strategischen atomaren Gefechtsköpfen 11894 den USA und 6005 der UdSSR.) Aber das ist noch nicht alles. Verteidigungsminister Brown führte am 28. Juli 1980 folgendes aus: „Nach unserem Fünfjahresplan für die Verteidigung werden sich die realen Verteidigungsausgaben um mehr als 27% erhöhen. . . . Die MX-Raketen (mobile Interkontinentalraketen; d. Verf.) werden den besten sowjetischen Interkontinentalraketen gleichkommen oder sie übertreffen . . . Das erste Trident (-U-Boot; d. Verf.) . . . wird im nächsten Jahr bei der Marine in Dienst gestellt, zehn weitere sollen rasch nacheinander folgen. Wir haben bereits begonnen, unsere Poseidon-U-Boote mit den Trident-I-Raketen zu bestücken, die eine größere Reichweite haben und genauer treffen. Bis 1982 werden zwölf Boote mit diesem starken System bestückt sein . . . (Wir) sind auch dabei, unsere B 52 mit über 3000 dieser sehr genauen Langstrecken-Cruise Missiles auszurüsten, die die sowjetische Verteidigung nicht nur 1982 durchdringen können, wenn die erste Staffel fertig ist, sondern in den ganzen achtziger Jahren und darüber hinaus."

Ich glaube, dieses gigantische amerikanische Programm bedarf keines Kommentars. Ich möchte nur hinzufügen, daß nach neuen Informationen die Erhöhung des Rüstungshaushalts in den nächsten 5 Jahren noch erheblich größer sein wird als von Brown angegeben.

Es ist eine sinnlose Annahme, daß die Sowjets einen Überraschungsangriff gegen die Interkontinentalraketen der USA führen würden. Diese Hypothese wurde aufgestellt, um die „Strategie angestufter Atomschläge" und Atomrüstung zu rechtfertigen. Verteidigungsminister Brown sprach über eine hypothetische Reaktion bei einem sowjetischen Überraschungsangriff und sagte dabei: „Unsere überlebenden Kräfte wären nicht nur sehr umfangreich, sie könnten auch ohne weiteres die sowjetische Verteidigung durchdringen und tausende militärische und nicht-militärische Ziele entweder sofort oder – falls wir das wünschen – über eine längeren Zeitraum vernichten." Es stimmt nicht, daß die sowjetischen strategischen atomaren Gefechtsköpfe die Interkontinentalraketen der USA bedrohen, vielmehr trifft das Gegenteil zu.

In einem offiziellen Dokument des Unterkomitees für Angelegenheiten der Internationalen Sicherheit vom 15. März 1979 heißt es: „Möglicherweise sehen die Sowjets auch ohne die MX (mobile Interkontinentalraketen; d.Verf.) schon in den gegenwärtigen und künftig möglichen Verbesserungen der Minuteman-Interkontinentalraketen ein Wachstumspotential für die Bedrohung ihrer eigenen in Silos verbunkerten Interkontinentalraketen . . . Die Fähigkeit zur Zerstörung verbunkerter Abschußrampen einer neuen Trident-II-Rakete wäre größer als die aller gegenwärtig stationierten Raketenwaffen der USA. Außerdem könnte der zusätzliche Effekt von zwei der potentiellen Verbesserungen der Fähigkeit der USA zur Zerstörung verbunkerter Raketenabschußrampen (Trident II und MX) zu Beginn der 80er Jahre einen erheblichen

Teil der fest stationierten sowjetischen Interkontinentalraketen gefährden. Dies könnte eine entstabilisierende Wirkung und damit einen negativen Einfluß auf die Rüstungsbegrenzung haben." Mit anderen Worten, die neuen strategischen Rüstungen Amerikas stellen eine Bedrohung der sowjetischen Raketen dar, wirken entstabilisierend und erschweren jedes Abkommen über Rüstungsbegrenzung.

In diesem Zusammenhang ist die Verweigerung der Ratifizierung von SALT II durch den USA-Senat zu sehen, ebenso sein Ersuchen, in Europa 572 Pershing II und Cruise Missiles zu stationieren, die sogenannten Euro-Raketen. Die Euro-Raketen sind keine taktischen, nur für ein Gefechtsgebiet bestimmten Atomwaffen, sondern strategische Waffen. Dazu General Jones, Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs der USA: „Die Streitmacht (der Euro-Raketen) wird umfangreich genug sein, um eine glaubhafte Bedrohung gegenüber der Sowjetunion darzustellen." Die Rechtfertigung, daß Euro-Raketen benötigt würden, um gegenüber der Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen ein Gleichgewicht herzustellen, ist unbegründet. Die SS-20 ist nichts Neues, was zu den anderen Waffensystemen hinzukommt, sondern sie ersetzt die SS-4 und SS-5-Raketen, die es schon seit etwa 20 Jahren gibt. Dazu General Jones in seinem im Januar 1980 herausgegebenen militärischen Ausblick für 1981: „Einige ältere SS-4- und SS-5-Interkontinentalraketen wurden im letzten Jahr aus der operativen Streitmacht herausgenommen. Die Stationierung der SS-20 wird fortgesetzt. Etwa die Hälfte der stationierten SS-20-Abschußrampen ist in der Lage, NATO-Ziele zu treffen." Präsident Carter drückte sich noch deutlicher aus, als er am 9. Oktober 1979 sagte: „Sie (die Sowjets; d. Verf.) hatten in den letzten Jahren eine natürliche Reduzierung ihrer Abschußrampen. Sie haben die alten SS-4 und SS-5 durch SS-20 ersetzt, nicht auf der Basis 1:1, denn die SS-20 hat drei Gefechtsköpfe, während die alten Raketen nur einen Gefechtskopf besaßen." Die SS-20 vermindert die Bedrohung Europas und erhöht sie nicht, denn ihre Gefechtsköpfe haben nur ein Siebtel der atomaren Sprengkraft der alten Gefechtsköpfe.
Das einzig wirklich Bemerkenswerte an der SS-20 ist die Tatsache, daß die Modernisierung der alten Raketen mit so großer Verzögerung durchgeführt wurde. Die USA haben in einem kürzeren Zeitraum die Waffen ihrer U-Boote insgesamt sechsmal modernisiert (Polaris I, Polaris II, Polaris II, Poseidon, Trident I, Trident II).

Es ist sinnlos zu behaupten, weil die Sowjetunion Atomwaffen besitze, die die europäischen NATO-Länder erreichen können, müßten die NATO-Länder auf ihrem Territorium Waffen stationieren, die die Sowjetunion erreichen können. Würden wir diese Theorie akzeptieren, dann müßten die Warschauer Paktstaaten symmetrisch dazu ebenfalls solche Waffen stationieren, und auf diesem Weg kämen wir schließlich zu einer Stationierung strategischer Atomwaffen in sämtlichen Ländern. Es kommt dazu, daß über den Einsatz der Euro-Raketen ausschließlich von den USA entschieden wird. Die europäischen Länder gewinnen nichts an Autonomie hinzu, aber sie würden im Kriegsfall zuerst getroffen.

Die Euro-Raketen sind nicht das einzige Problem bei den Atomwaffen im europäischen NATO-Bereich. Die USA haben in Europa über 7000 Atomwaffen stationiert, gegenüber 3500–4000 der Sowjetunion, die sich alle auf dem Territorium der UdSSR befinden. Es handelt sich um „Systeme in vorgeschobener Position" (forwardbased systems), die von der NATO zur Irreführung der Öffentlichkeit als taktische oder kriegsschauplatzgebundene Atomwaffe bezeichnet werden. Die große Mehrzahl hat eine atomare Sprengkraft, die ebenso groß oder größer ist als die der strategischen Waffen. Um es mit den Worten General Browns auszudrücken, der damals Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs war: „Falls eine Aggression mit konventionellen Mitteln nicht eingedämmt werden kann, verschafft die taktische Atomstreitmacht die Fähigkeit, den Kampf auszufechten und eine Möglichkeit, den Konflikt unterhalb der Schwelle eines strategischen Atomkriegs zu beenden." Das bedeutet in einfachen Worten einen Atomkrieg, der nur auf Europa begrenzt sein soll – eine atomare Vernichtung Europas zur Verteidigung der USA! Ein hoher deutscher Vertreter erklärte kürzlich zwei USA-Senatoren, die Europa besuchten: „In den letzten 18 Monaten ist mein Land bei NATO-Manövern fünfmal verteidigt und fünfmal zerstört worden." Es muß darauf hingewiesen werden, daß die europäischen Länder kein Vetorecht gegen den Einsatz der auf ihrem Territorium stationierten Atomraketen haben, wenn die USA-Behörden deren Einsatz beschlossen haben. Konsultationen vor dem Einsatz sind nur vorgesehen, wenn Zeit und Umstände es zulassen.

Noch eine letzte Bemerkung. Die Neutronenbombe ist eine Angriffs- und keine Verteidigungswaffe. Sie kann benutzt werden, um Lücken in der Verteidigungslinie des Gegners zu öffnen, durch die NATO-Streitkräfte bei einer Invasion eindringen könnten, ohne durch die atomare Verseuchung des Bodens oder das große Hindernis, das durch Einsatz einer normalen Atombombe entstehen würde, aufgehalten zu werden. Die Stationierung von Neutronenbomben in Europa wäre ein Anreiz zur Führung eines Krieges, keine Abschreckung dagegen.

Auf der Öffentlichkeit Europas lastet eine schwere Verantwortung. Entweder gelingt es uns, das gegenwärtige wahnwitzige Wettrüsten zu stoppen, oder die Mitte der 80er Jahre, wenn alle neuen atomaren und konventionellen Rüstungen der USA fertiggestellt sind, wird tragisch für das Schicksal der Menschheit werden.

# Zur inneren Situation in den USA

## Interview mit einem amerikanischen Bürgerrechtskämpfer (II)*)

Ken Lawrence (Jackson, Mississippi) im Gespräch mit
Bernd Greiner, Michael Jung und Sara Stebbins

*Der im Januarheft der „Blätter" veröffentlichte erste Teil des Interviews mit dem amerikanischen Bürgerrechtskämpfer Ken Lawrence behandelt im wesentlichen das verstärkte Auftreten des rassistischen Ku-Klux-Klans insbesondere im Süden der Vereinigten Staaten, die Diskriminierung und zunehmende Terrorisierung der schwarzen Bevölkerung sowie Stärke, Aktivität und Perspektive demokratischer Bewegungen in den USA. Schließlich schildert Lawrence am Beispiel eines landesweit beachteten Streiks schwarzer Arbeiterinnen im Staate Mississippi, daß erneut Bewegung in die sozialen und politischen Kämpfe der amerikanischen Arbeiterschaft zu kommen scheint. Der im folgenden wiedergegebene zweite Teil des Interviews schließt hieran an. D. Red.*

*Frage: **) Der Streik in Laurel (Mississippi) könnte also ein Signal für einen neuen Anfang setzen – vielleicht und hoffentlich. Aber das dachten wir auch vor zwei Jahren beim „wilden Streik" der Bergleute in West Virginia. Und dennoch waren die poltitischen Auswirkungen, im Sinne einer Wiederbelebung der politischen Arbeiterbewegung, doch sehr beschränkt. Oder nicht?*

Antwort: **) Nun sind die Bergarbeiter immer die militantesten Arbeiter in Amerika gewesen – das ist eine historische Tatsache. Und als der CIO in den 30er Jahren gegründet wurde, da entwickelte er sich organisatorisch aus der Bergarbeitergewerkschaft, und die Mehrheit der CIO-Organisatoren in allen Industriezweigen waren Bergleute aus dem Süden, die sich über das ganze Land verteilten. Ich will den Kampf der Bergleute und seine Bedeutung also nicht herunterspielen. Aber man muß sich auch klarmachen, daß sich die gewerkschaftlich organisierten Bergleute jetzt sehr stark in der Defensive befinden, daß sich der Kohlebergbau vom Untertageabbau des Ostens verlagert hat zum Tagebau im Westen und daß es der Gewerkschaft United Mine Workers nicht gelungen ist, diese Bergleute im Tagebau zu organisieren – sie wurden hauptsächlich von anderen Gewerkschaften organisiert.

So ist es gekommen, daß die Bergarbeiter des Ostens nicht mehr in der gleichen Weise über das strategische Faustpfand verfügen, das sie sonst stets besaßen und das im wesentlichen ihre Stärke ausmachte. Es stimmt zwar, daß das Land noch immer von seinen Kohlebeständen abhängig ist, aber diese Abhängigkeit ist nicht mehr die gleiche wie früher. Dennoch sind die Bergarbeiter nach wie vor ein Reservoir kämpferischen Auftretens und politischen Weitblicks – sie sind in der Tat die einzigen Arbeiter in der jüngsten Geschichte der USA, die über eine Tradition sowohl politischer als auch ökonomischer Streiks verfügen.

*Also ist der Kampf noch nicht entschieden?*

---

*) Vgl. Heft 1/1981, S. 35–47.

**) In folgendem sind die Fragen durch kursiven, die Antworten durch geraden Satz gekennzeichnet. D. Red.

Nein, noch nicht. Es kann durchaus sein, daß die Bergleute sich wieder zur führenden Kraft einer neuen Gewerkschaftsbewegung entwickeln – aber es ist wirklich noch zu früh, darüber Aussagen zu machen. Zur Zeit sind sie ganz entschieden in der Defensive, und das ist auch der Grund dafür, daß wir momentan eine Serie „wilder Streiks" erleben, wenn auch nicht die gleiche Art von Schwung, die sich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre entwickelte, als die Streiks u. a. wegen der Sicherheitsprobleme in den Gruben und der Staublungenentschädigung dazu beigetragen haben, eine neue Einstellung in der gesamten Gewerkschaftsbewegung herauszubilden, die auch alle übrigen Gewerkschaften erfaßte und schließlich der wirkliche Grund für die Verabschiedung der neuen Arbeits-, Sicherheits- und Gesundheitsgesetze war. Das waren alles Kämpfe, die von den Bergleuten ausgingen, und andere Arbeiter folgten dann ihrem Beispiel.

*Ende der 60er Jahre gab es noch einen anderen hoffnungsvollen Ansatz, nämlich die Gründung einer eigenständigen Gewerkschaft schwarzer Automobilarbeiter, die sich gegen die Integrationspolitik des Dachverbandes AFL-CIO und gegen den Rassismus der Einzelgewerkschaften zur Wehr setzten. Was ist daraus eigentlich geworden?*

Die League of Revolutionary Black Workers, die im Jahre 1967 als revolutionäre Gewerkschaftsbewegung gegründet wurde, war eine derjenigen Organisationen, die ganz besonders vom FBI ins Visier genommen worden sind. Ich habe in meinen Unterlagen Dokumente, die beweisen, daß die Bosse der großen Firmen in Detroit nach Washington gegangen sind und ganz gezielt das FBI aufgefordert haben, diese Gewerkschaftsführer anzuvisieren und ihre Organisation zu zerstören. Und es ist traurig genug, daß die weißen Führer der Automobilarbeitergewerkschaft United Auto Workers mit den Firmen gemeinsame Sache gemacht haben, um diese Bewegung zu unterminieren.

Aber Sie haben natürlich recht – wir sehen diese Gründung als das Progressivste an, was in den letzten 30 Jahren der Gewerkschaftsgeschichte zustande gekommen ist, auch wenn die Organisation heute nicht mehr existiert.

*Warum ist es denn so schwierig, innerhalb der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung klassenkämpferische Positionen durchzusetzen?*

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Erstens muß man zwischen Führung und Mitgliedschaft unterscheiden. Was die Führung betrifft, so ist ihr größter Fehler auf internationaler Ebene ihre direkte Einbindung in die imperialistische Politik der USA. Die amerikanischen Gewerkschaften waren schon immer einer der wichtigsten Deckmäntel für die Aktivitäten der CIA in allen Teilen der Welt. Lane Kirkland, der gegenwärtige Präsident der AFL-CIO, war unter seinem Vorgänger George Meany einer der tüchtigsten CIA-Agenten bei der direkten Einflußnahme auf die Weltgewerkschaftsbewegung, vor allem in Europa. Und mit Sicherheit kommt eine Bewegung der Arbeiterklasse, deren Führung dem schlimmsten Feind dieser Klasse verbunden ist, nicht sehr weit . . .

*Wie war denn diese Entwicklung überhaupt möglich?*

In den 30er Jahren spaltete sich der kämpferischste Teil der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ab, verließ die alte, konservative AFL (American Federation of Labor) und bildete den Congress of Industrial Organisation (CIO). Der CIO baute Massengewerkschaften auf in den Industriebereichen Bergbau, Stahl, Automobilbau usw., während die alten, konservativen Gewerkschaften im Handwerksbereich in der AFL

blieben und ein Ansehen genossen, das die CIO-Gewerkschaften nicht besaßen. Ende der 40er Jahre dann, direkt nach dem Zweiten Weltkrieg, startete die Regierung eine massive antikommunistische Kampagne gegen die Linken im CIO. Während der Ära McCarthy wurden alle von Linken geführten CIO-Gewerkschaften ausgeschlossen – und die meisten von ihnen schließlich zerschlagen. So weit ich weiß, haben lediglich zwei von diesen Gewerkschaften die damalige Säuberung von den Linken überlebt: die eine war die United Electrical Union, die heute immer noch besteht und wahrscheinlich die fortschrittlichste Gewerkschaft in Amerika ist, die andere die Mine, Mill and Smelter Workers, die noch lange Zeit weiterbestand; erst vor ein paar Jahren hat sie sich schließlich mit der Stahlarbeitergewerkschaft United Steel Workers zusammengeschlossen.

Vielleicht haben Sie den Film „Das Salz der Erde" gesehen. Die Leute, die damals auf der Seite der Mine- and Mill-Union an dem Kampf teilgenommen haben, sind noch immer sehr aktiv, jetzt als progressiver Flügel der Stahlarbeitergewerkschaft. An einigen kleinen Orten gibt es auch heute noch eine progressive Gewerkschaftsbewegung, aber in der Hauptsache machten die CIO-Gewerkschaften, nachdem sie den linken Flügel ausgeschlossen hatten, ihren Frieden mit der AFL und schlossen sich im Jahre 1954 ihr wieder an, und zwar zu den Bedingungen der AFL. Das bedeutet, daß die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in Wirklichkeit eine Einheit auf pro-imperialistischer Grundlage war. Es handelte sich im wahrsten Sinne des Wortes um einen Aderlaß der Linken, und in der Nachwirkung dieser Ereignisse haben auch die Liberalen, weil sie Angst vor dem McCarthyismus hatten, ihren Frieden mit der Rechten gemacht.

Die zweite Sache, die ähnlich negative Folgen für die Gewerkschaftsbewegung hatte, nahm geschichtlich einen etwas anderen Verlauf: ich meine die Gewerkschaft der LKW-Fahrer, die Teamsters Union, die zwei Millionen Mitglieder hat und damit die größte Gewerkschaft in den Vereinigten Staaten ist. Und wenn es das überhaupt gibt, dann ist sie noch rechtsgerichteter als die AFL-CIO. Ihre Führung hat sich zum Beispiel für die Wahl von Ronald Reagan zum Präsidenten eingesetzt. Die Teamsters Union wird von Gangstern kontrolliert: sie steht seit langem mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung und ist eine sehr undemokratische und gewalttätige Gewerkschaft, in der jede Art progressiver Opposition ein großes Risiko darstellt. Wenn sich Leute innerhalb der Teamsters Union als Opposition organisieren, werden sie umgebracht, und dennoch gibt es eine Menge Leute, die den Versuch wagen. Die CIA rekrutiert Agenten für geheime Operationen aus diesem Bereich der Gewerkschaftsbewegung, der vom organisierten Verbrechen kontrolliert wird.

*Und wie schaffen es diese Gewerkschaften dann dennoch, ihre Mitglieder zu halten, sich zu finanzieren etc.?*

Um die Situation zu verstehen, muß man noch weitere Gesichtspunkte berücksichtigen. Die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten sind zu einem weitgehend integrierten Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft geworden, und das in einer Weise, die für Europäer auf Anhieb kaum zu erkennen ist. Seit 1970 sind die überwiegenden Einnahmen der Gewerkschaften stets aus Investitionsprofiten gekommen und nicht aus den Mitgliedsbeiträgen. Wenn man sich das vorstellt, dann wird einem klar, welche verheerende Auswirkung so etwas auf die gewerkschaftliche Praxis haben muß. Wenn selbst ein konservativer Gewerkschaftsführer auf die Werbung neuer Mitglieder angewiesen ist, um die finanziellen Einnahmen zu sichern und der Gewerkschaft die weitere Arbeit zu ermöglichen, dann besteht immer in einem gewissen Maße die Möglichkeit, daß diese Gewerkschaft fortschrittlich bleibt, sogar trotz ihrer Füh-

rung. Wenn jedoch ein Gewerkschaftsführer, der – wenn er entscheiden muß, wie das Vermögen der Gewerkschaft angelegt werden soll – die Wahl hat, entweder Organisatoren loszuschicken und neue Mitglieder zu werben oder aber von dem Geld keine Organisatoren zu bezahlen und stattdessen Aktien oder festverzinsliche Wertpapiere oder Grundstücke zu kaufen, und wenn er gleichzeitig weiß, daß es der Gewerkschaft mehr Geld bringt, wenn er Aktien oder Grundbesitz kauft, dann wird er sich für Letzteres entscheiden, und genau dies ist denn auch immer wieder geschehen.

Deshalb haben wir heute eine Situation, in der es mit den Gewerkschaften ständig bergab geht, von ihrem Höhepunkt Anfang der 50er Jahre – bevor die Welle des McCarthyismus die progressiven Gewerkschaften zerschlug und als noch 37% der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert waren – bis hin zur Lage von heute, wo nur 20% der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften der USA organisiert sind. Und die Mitgliederzahl nimmt weiter ab, Jahr für Jahr.

*Trotzdem – die relative Schwäche der amerikanischen Arbeiterbewegung, die Tatsache, daß auch „wilde Streiks" nur selten in politische Bewegungen umschlagen, kann ja nicht nur Ergebnis der Integrations- oder Repressionsfunktion der Gewerkschaftsführung sein. Gibt es nicht auch Gründe, die in den Reihen der Arbeiterklasse selbst zu suchen sind?*

Ganz gewiß. Sie bestehen zum Teil in den tiefen Rissen innerhalb der Arbeiterklasse, von denen ich bereits gesprochen habe. Solange der Glaube an weiße Überlegenheit noch eine solche Gewalt über den größten Teil der Arbeiterklasse hat, wird diese Bewegung keine politische Zukunftsvision entwickeln. Ich glaube, das ist der wichtigste Grund.

Aber es gibt noch weitere Gründe, die in der amerikanischen Geschichte verwurzelt sind. Da Amerika eine Nation von Einwanderern ist, von freiwilligen Einwanderern und von Zwangseinwanderern wie den Sklaven, gab es immer die Situation, daß die am stärksten ausgebeutete und unterdrückte Schicht der Arbeiterklasse keine politischen Rechte besaß. Und wenn eine solche Situation besteht, in der die kämpferischsten Arbeiter keinen Zugang zur politischen Struktur haben, kein Wahlrecht und so weiter, dann muß ihr Kampf eine andere Form annehmen: er muß direkter sein, und meist ist der Streik ihre Methode oder sogar der Aufstand. Und diejenigen Einwanderer, die schließlich doch das Wahlrecht erhielten, stellten immer die zweite Generation dar, diejenigen, denen es besser ging, die sich stärker assimiliert hatten und so weiter. Die Unzufriedenheit der Arbeiter, wenn es ihnen am schlechtesten ging, konnte also an den Wahlurnen nicht zum Ausdruck gebracht werden . . .

*. . . aber diese Situation hat sich doch geändert: es gibt keine Einwanderungswellen mehr, mit den Erfolgen der Bürgerrechtsbewegung in den 60er Jahren erhielten auch die Schwarzen als letzte Bevölkerungsgruppe das Wahlrecht . . .*

Das stimmt. Aber trotzdem – das ist eine Tradition innerhalb der Arbeiterklasse, die man ebenso berücksichtigen muß wie beispielsweise in Europa die religiösen Traditionen, die einen so tiefliegenden Faktor darstellen, daß sie die Art und Weise bestimmen, in der Arbeiter die Welt sehen. Amerikanische Arbeiter sehen im politischen Rahmen keine Antwort auf ihre Probleme – das ist einfach eine Tatsache. Das ist einer der Gründe dafür, daß sich die Hälfte der Arbeiter z. B. bei der jüngsten Präsidentenwahl gar nicht erst die Mühe machte, ihre Stimme abzugeben.

*Nun hören wir bei uns viel über den „neuen Patriotismus" und „Nationalismus" in den USA oder über die ideologischen Kreuzzüge der christlichen Fundamentalisten – man gewinnt allmählich den Eindruck, als sei diese Rechtsentwicklung über den harten Kern der organisierten Rechten hinaus auch in der Bevölkerung verankert. Ist dieser Eindruck richtig?*

Der Eindruck ist falsch. Die Rechtsentwicklung ist m. E. nicht tief in der amerikanischen Bevölkerung verwurzelt, obwohl ich davon überzeugt bin, daß die Bourgeoisie die Hoffnung hegt, sie tief in ihr verankern zu können. Aber der Widerstand gegen die Registrierung zum Wehrdienst, den ich bereits erwähnt habe, zeigt deutlich, auf welche Weise sich eine populäre Opposition entwickeln könnte. Ich möchte sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, daß eine Menge Leute, die vielleicht für Reagan gestimmt haben und sehr wütend über die Ereignisse im Iran sind, zugleich ihre Söhne ermutigen, sich nicht für den Wehrdienst registrieren zu lassen.

Der Hauptgrund, Reagan zu wählen, war der, daß viele Leute zunächst einmal nur gegen Carter stimmen wollten. Die Einstellung der Leute gegenüber Carter kann als zynisch bezeichnet werden: wenn er all die Dinge, die er versprochen hat, wirklich will, warum hat er das in den vier Jahren seiner Präsidentschaft nicht getan? In Amerika gibt es eine starke Tradition, die lautet: „Schmeißt die Schweinehunde raus!" – wer sie auch immer sein mögen.

Ich würde schon jetzt sagen, daß Reagan, wenn er die von ihm angekündigte Politik nicht drastisch ändert, beim Wahlvolk genau die gleiche Reaktion hervorrufen wird, wenn er sich das nächste Mal zur Wahl stellt – vorausgesetzt, er lebt lange genug.

*Gibt es dafür Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit?*

Aber sicher. Bei Lyndon Johnson war es ganau so: er führte seinen Wahlfeldzug im Jahre 1964 mit einer Antikriegsplattform, und sofort nach seiner Wahl eskalierte er den Vietnamkrieg, stimmte patriotische Töne an und konnte sich dann nicht einmal zur Wiederwahl im Jahre 1968 stellen. Richard Nixon wurde nicht als rechter Kandidat gewählt, obwohl die Progressiven ihn als solchen sahen, sondern wurde gewählt als ein Mann, der davon sprach, einen Krieg zu beenden, den man die Demokraten hatte eskalieren sehen – natürlich tat er dann nichts dergleichen, sondern führte den Krieg weiter. Und auch Reagan wird in der Arbeiterklasse nicht als Symbolfigur der Rechten gesehen; das ist er in erster Linie für die mehr intellektuell orientierten Gruppen.

*Welche Rolle spielen die christlichen Fundamentalisten?*

Die fundamentalistische Bewegung erzielt kräftige Einbrüche im Kleinbürgertum – in der Mittelklasse der Vorstädte und in den ländlichen Gegenden. Dort haben diese Bewegungen wirklich Fuß gefaßt. Ich will nicht sagen, daß sie keine Gefahr darstellen. Immerhin verstärken sie den Terrorismus vom Typ des Ku-Klux-Klans, indem sie ihm eine respektable Rechtsströmung zur Verfügung stellen, in der er mitschwimmen und wachsen kann. Aber das ist keine Gefahr innerhalb der Arbeiterschaft.

*Es handelt sich demnach bei der Mehrheit der Bevölkerung augenblicklich weniger um eine bewußte politische Entscheidung für die Rechtskräfte, mehr um eine Art des politischen Pragmatismus?*

Genau so ist es.

*Dennoch – ist dieses pragmatische Herangehen nicht auch eine Form politischer Unbewußtheit, die unter gewissen Bedingungen auch in eine militante, rechtsradikale Haltung umschlagen kann?*

Ich glaube, das ist jederzeit möglich. Für mich stellt sich die Frage folgendermaßen: Jetzt ist klar, daß Reagan sowohl Carter wie den Wiederaufbau der amerikanischen Kriegsmaschinerie verfolgen und daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis wieder ganz offen Kriege begonnen werden – anstelle der quasi geheimen Kriege, die sie seit ihrer Niederlage in Vietnam bisher geführt haben. Die Frage ist nun, was die Arbeiterklasse tun wird, wenn sie einen Krieg beginnen – wird sie sich trotz ihrer proimperialistischen Gewerkschaften dagegen wenden? Das scheint in starkem Maße wahrscheinlich zu sein, wenn man das Ausmaß des Widerstandes gegen die Wehrerfassung bedenkt.

Aber auch die Bourgeoisie sieht diese Möglichkeit und macht dementsprechend ihre Pläne, und ich sage jetzt schon voraus, daß die Bourgeoisie bei ihrem Versuch, diese Bewegung zu zerschlagen, Schauprozesse veranstalten wird. Sie werden einige Leute zu langen, harten Gefängnisstrafen verurteilen, weil sie die Registrierung zum Wehrdienst verweigert haben. Vielleicht werden sie sechs oder zehn oder zwölf Leute herausgreifen, um an ihnen ein Exempel zu statuieren. Und dann werden sie zu der übrigen halben Million sagen: Seht her, das kann euch auch passieren, aber wir wollen euch noch einmal eine Chance geben. Und ich bin sicher, wenn sie das tun, dann werden sie auch einen gewissen Erfolg dabei haben, diesen Widerstand zu schwächen, da er nicht organisiert ist – und genau das ist natürlich der Grund, weshalb wir ihn zu einer bewußteren und festeren Opposition zu machen versuchen.

*Und was bedeutet es in diesem Zusammenhang, daß nur 50% der Wahlberechtigten zur Urne gegangen sind?*

Also zunächst einmal: Es gibt keine Apathie in den USA. Ich werde immer sehr ärgerlich, wenn ich lese, es sei Apathie, wenn die Leute nicht wählen gehen. Die Tatsache, daß sie nichts haben, für das sich der Wahlgang lohnen würde, bedeutet doch nicht, daß sie auch dann nicht wählen würden, wenn das anders wäre, und es heißt ebensowenig, daß sie keine politischen Vorstellungen haben, die sie zum Ausdruck bringen. Sie bringen sie durchaus zum Ausdruck, und wenn eine Wahl kein geeignetes Ausdrucksmittel ist, dann heißt das nicht, daß sie nicht andere Mittel und Wege dafür finden – und einige davon sind wesentlich militanter, als eine Wahl es ist.

Das wirkliche Problem, das sich für die fortschrittlichen Amerikaner stellt, ist die Frage, wie man eine Strategie entwickeln kann, um die vorhandene Opposition zu organisieren. Es ist nicht die Frage, wie man eine Opposition schafft. Die Opposition ist da – sie ist da und muß organisiert werden. Aber wir haben bislang noch keine Bewegung zustandegebracht, die über eine gemeinsame Zukunftsvision verfügt und auf diese Weise all die verschiedenen spontanen Äußerungen des Widerstandes zusammenschweißen könnte.

Aber die Rechte hat eine Strategie, und man kann sie immer deutlicher erkennen: ob man nun die Entwicklung des Klans in den letzten drei Jahren betrachtet oder die fundamentalistische Bewegung oder den Rechtskurs der neuen Regierung. Sie haben eine Strategie, und es ist klar, daß sie auf dem Vormarsch sind. Es ist wirklich lebenswichtig, daß wir unsere eigene Zukunftsvision entwerfen, die der Aufgabe gewachsen ist, die ihrige zu überwinden.

*Welche Gruppen der Bourgeoisie sind eigentlich an diesem Rechtskurs interessiert? Welche Fraktionen tragen diese Entwicklung?*

Die amerikanische Bourgeoisie ist grundsätzlich in zwei Gruppen gespalten. Die eine Gruppe ist das Establishment des Ostens – jeder nennt sie so, auch sie selbst. Das ist die Gruppe um Rockefeller und die Chase Manhattan Bank. Es ist die alte etablierte Bourgeoisie, diejenigen, die eine Entspannung bevorzugen, einen gewissen Abbau der internationalen Spannungen, und ihre Parole ist „Stabilität". Sie erledigen ihre schmutzige Arbeit lieber so, daß niemand sie sieht, mit der CIA, geheimen Unternehmungen und so weiter – aber sie wollen keine schwerwiegende Provokation zwischen Ost und West. Das war der Flügel der Bourgeoisie, der während der Nixon-Jahre an der Macht war, ganz sicher zu der Zeit, als Nixon gestürzt wurde. Dann wurde ja Ford Präsident, machte Nelson Rockefeller zum Vizepräsidenten, Kissinger war als Außenminister mächtiger als je zuvor und so weiter. Dieser Flügel der Bourgeoisie war im Aufsteigen begriffen, bis hinein in die ersten Jahre der Carter-Administration . . .

*. . . und das hat sich unter Carter ja wohl geändert?*

Ganz sicher hat es das! Während der frühen Carter-Jahre kam der andere Flügel ans Ruder und bildete eine starke Opposition gegenüber der alten, liberaleren Bourgeoisie. Und dies war der Flügel, der aus den Waffenhändlern bestand, den Generalen, dem neuen Kapital, denjenigen, die frustriert waren durch die Niederlage in Vietnam, durch die Revolution in Nicaragua, durch die Unmöglichkeit, Kuba eine Niederlage zuzufügen. Und die Grundeinstellung dieser Leute ist aggressiver, sie nehmen eine mehr auf eine Konfrontation ausgerichtete Haltung ein und setzen auf eine stärker militaristische und rechtsgerichtete Mobilisierung im Weltmaßstab. Und ich glaube, als es ihnen gelang, den Angriff gegen den Iran durchzusetzen – unabhängig davon, daß dieser dann fehlschlug –, da war das der Ausdruck ihres Triumphes innerhalb der Regierung, und Cyrus Vance, der den älteren Flügel vertrat, wurde zum Rücktritt gezwungen, woraufhin es gegen den Einfluß Brzezinskis, des Sprechers des chauvinistischsten Flügels der Bourgeosie, keinen Widerstand mehr gab.

*Carter vertrat auch die Bourgeoisie des sogenannten Sonnengürtels, also die neuen Industrien der Südstaaten. Welcher Fraktion ist diese zuzurechnen?*

Im allgemeinen tendieren sie zur militärischen Seite, weil sie eine neue Bourgeoisie darstellen und gegen alles sind, was nach einem staatlichen Eingreifen in ihre Möglichkeiten zur Ausbeutung aussehen könnte, wohingegen die alte Bourgeoisie des östlichen Establishments schon vor langer Zeit gelernt hat, ihren Frieden etwa mit den Gewerkschaften zu machen. Aber diese neue Bourgeoisie will sich von niemandem sagen lassen: Verschmutzt die Umwelt nicht, schafft gefährliche Arbeitsbedingungen ab. Deshalb tendieren sie dahin, sich mit dem lauten, militärischen, chauvinistischen Flügel der Bourgeoisie zusammenzuschließen.

Carter jedoch war eine Brücke. Zum Teil war er ein Militarist, aber er war auch ein Mitglied des Trilateralen Ausschusses. Auf diese Weise hatte er seine Finger in beiden Kuchen.

*Und was hat sich mit der Wahl Reagans geändert?*

Zunächst einmal möchte ich noch einmal wiederholen: Die Rechtsentwicklung auf Regierungsebene gibt es bereits mindestens seit den beiden letzten Jahren der Carter-Regierung, und praktisch ist keins von den gemäßigt liberalen Programmen, für die er sich eingesetzt hatte, jemals begonnen worden.

Meine Auffassung von der Wahl ist, daß das rechtsgerichtete Establishment offensichtlich glaubt, Reagan würde vielleicht rechte Politik entschiedener und wirksamer in die Praxis umsetzen, als das bei Carter der Fall war. Außerdem sollte man noch die folgende Tatsache mitberücksichtigen: Carter und sein gesamtes Kabinett sind Trilateralisten; John Anderson, der dritte Kandidat, der nur aufgestellt wurde, um zu gewährleisten, daß es kein linkes Ausbrechen aus der politischen Prozedur geben würde, ist Trilateralist, und auf dem republikanischen Parteikongreß akzeptierte Reagan als Vizepräsidentschaftskandidaten George Bush, der ebenfalls Trilateralist ist. Für mich ist das ein Hinweis darauf, daß die beiden Flügel der Bourgeoisie eine neue Vereinbarung getroffen haben, die den weiteren Aufstieg der Rechtskräfte gewährleisten soll, aber auch dessen mögliche Grenzen festlegt.

*Glauben Sie, daß Reagan einen Kurs ähnlich wie Margaret Thatcher einschlagen wird? Daß er alle sozialpolitischen Erfolge seit Franklin Roosevelt rigoros abbauen wird?*

Es besteht die Möglichkeit, daß er das tut, aber es gibt auch die Möglichkeit, daß er genau das Gegenteil davon tun wird. Schließlich wurde Roosevelt selbst als ein Kandidat der Rechten gewählt, und das mit einem Programm, das nahezu identisch war mit dem Programm Reagans heute. Erst nachdem er ein Jahr lang versucht hatte, diese Art Politik durchzusetzen, vollführte Roosevelt eine völlige Kehrtwendung und entschied, die beste Möglichkeit, den amerikanischen Imperialismus wieder aufzubauen, bestehe in einem umfassenden System sozialer Wohlfahrts- und Arbeitsbeschaffungsprogramme, die von der Bundesregierung subventioniert wurden usw. Ich denke, es wäre falsch, sogar im Falle Reagans eine solche Möglichkeit auszuschließen – der Rhetorik eines amerikanischen Politikers kann man niemals Glauben schenken.

Ich glaube, die erste Phase der Reagan-Administration wird in der Art Politik bestehen, die Margaret Thatcher betrieben hat und betreibt. Sollten die Reaktionen auf diese Politik so turbulent werden, wie ich annehme, dann ist es nicht ausgeschlossen, daß Reagan und die Rechten sich auf einen New Deal verlegen. Sehen Sie, ihre Hauptsorge gilt der militärischen Stärke der USA auf internationalem Gebiet. Und sie werden jede Innenpolitik praktizieren, die deren Entwicklung erlaubt.

*Aber Reagan ist doch mit einem dezidierten innenpolitischen Programm in diese Wahl gegangen – Abbau der Sozialleistungen, keine Gleichberechtigung der Frau, Abtreibungsverbot etc.?*

Das ist richtig. Aber ich glaube, es gibt eine Sache, die ausländischen Analytikern immer entgeht – Amerika ist nicht so etwas wie ein parlamentarisches System mit engmaschigen ideologisch festgelegten Parteien, die eine gewisse Verpflichtung gegenüber ihren Programmen haben.

Eine Wahlplattform ist das erste, was schon einen Tag nach der Wahl wieder vergessen ist – und es wäre die allergrößte Überraschung, wenn ein Politiker wirklich versuchen würde, seine Wahlplattform in die Tat umzusetzen. Ich glaube jedenfalls, am Anfang werden wir eine ganze Menge „Thatcherismus" zu sehen bekommen, vor allem angesichts der neuen Entwicklungen im Senat. Aber ich glaube nicht, daß die Arbeiterklasse das so einfach hinnehmen wird, und wenn sich erst einmal eine Massenreaktion eingestellt, dann wird man herausfinden, aus welchem Holz Reagan geschnitzt ist.

*Von welchen Gruppen könnte denn dieser Widerstand gegen Reagan ausgehen?*

Sie fragen nach einer Vorhersage, die man vielleicht mit Hilfe einer Kristallkugel geben könnte, aber wenn ich nach besten Kräften eine Vermutung anstellen sollte, dann

würde ich sagen, es wird eine Jugendbewegung und eine Studentenbewegung geben, in denen sich die Opposition als erstes manifestieren wird. Der Widerstand gegen die Registrierung zum Wehrdienst dürfte zeigen, daß die spontane kämpferische Haltung bei jungen Leuten viel weiter fortgeschritten ist, als das zur Zeit in allen anderen Bereichen der Bevölkerung der Fall ist. Daher glaube ich, daß sie sich an den Hochschulen und bei jungen Leuten aus der Arbeiterklasse manifestieren wird.

*Reagan und seine Mannschaft sprachen viel davon, die CIA wieder zu aktivieren und künftig in allen weltpolitischen Krisengebieten der Dritten Welt entschieden zu intervenieren – zur Not auch offen militärisch. Was halten Sie von dieser Ankündigung?*

Lassen Sie mich zuerst etwas zur CIA sagen. Wie Sie wissen, gibt es zur Zeit all diese politischen Auseinandersetzungen über das Maß an Geheimhaltung und das Maß an Offenheit und so weiter und so fort. Aber eine ganze Mange davon war rein fiktiv, etwa wenn Politiker und die CIA behauptet haben, sie seien in ihrer Tätigkeit eingeschränkt worden. Das ist ganz einfach Quatsch – sie waren niemals wirklich eingeschränkt.

Vor einigen Monaten gab es einen Zeitungsartikel, in dem erwähnt wurde, 17 Kubaner seien auf Anordnung der CIA ermordet worden. Der einzige Unterschied besteht darin, daß sie von Agenten ermordet wurden, die keine amerikanischen Staatsbürger waren – es waren Exilkubaner im Sold der chilenischen und südafrikanischen Geheimpolizei, und die wurden dann von der CIA ersucht, diese 17 Kubaner umzubringen. Also wenn die Möglichkeit, 17 Kubaner zu ermorden, eine Einschränkung bedeutet, eine Beschränkung dessen, was die CIA tun kann – was zum Teufel wird sie dann erst tun, wenn sie losgelassen wird?

*Können Sie weitere Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit nennen?*

Hauptzielscheibe der CIA seit Ende 1978 war immer die iranische Revolution, und es wurde ständig überlegt, wie man sie ablenken und zerschlagen könnte. Dies heißt nicht, daß sie notwendigerweise einen weiteren militärischen Angriff starten werden, da sie alle möglichen Arten von Eventualplänen haben, und zur Zeit sind die USA nach meiner Meinung ganz glücklich, dabei zuzusehen, wie sich Iran und Irak gegenseitig schwächen. Die anderen Zielscheiben der CIA, und hier sind sie recht erfolgreich gewesen, liegen in der Karibik: dort war es die massive Destabilisierung der Wirtschaft und politischen Struktur Jamaikas, die es ermöglichte, die gemäßigt sozialdemokratische, aber progressive Regierung Michael Manleys aus dem Amt zu jagen und ihn durch eine amerikanische Marionette zu ersetzen. Einen weiteren großen Erfolg haben sie mit dem Militärcoup in der Türkei gehabt, den sie seit einiger Zeit durch eine ähnliche Destabilisierungskampagne vorbereitet hatten. Es ist offensichtlich, daß sie in Afrika intrigieren, worüber ich eine ganze Menge geschrieben habe, sowie in El Salvador, in Guatemala, in Nicaragua. Ich glaube, die größte Gefahr besteht zur Zeit wahrscheinlich für die Revolution in Granada, seit Jamaica nicht mehr als Schutzbasis für Granada fungieren kann.

Und übrigens: Viele Exilkubaner werden von der CIA finanziert und ausgebildet, und das nicht nur für eine Invasion Kubas, sondern auch für Kämpfe in Mittelamerika. Auch Chile und Südafrika setzen Exilkubaner ein, die von der CIA ausgebildet wurden.

*Und wie wird die neue Akzentsetzung unter Reagan ausfallen?*

Der Unterschied besteht darin, daß diese neuen Reagan-Anhänger, die in dem für die Geheimdienste zuständigen Ausschuß, im Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Beziehungen, dem Bewilligungsausschuß und all diesen Gremien die Lei-

tung haben werden, ehrlicher und direkter die Politik widerspiegeln dürften, die wirklich stattfindet. Sie werden dort keinen Kennedy haben, der die repressivste Gesetzgebung einführte, die wir jemals hatten, und dabei argumentierte, man müsse sie annehmen, um noch schlimmere Entwicklungen zu verhindern. Jetzt wird da ein Typ stehen und ganz einfach sagen, worum es geht: repressive Gesetzgebung; und sie werden dafür keine oberflächlichen Entschuldigungen vorbringen.

*Viele der Reagan-Berater spielen mit dem Gedanken an einen „begrenzten Krieg", z.B. im Mittleren Osten . . .*

Ich weiß nicht, wie begrenzt er sein könnte oder sein wird. Ich habe die starke Befürchtung, daß er sich zu einem Weltkrieg ausweiten wird – in jedem Fall, wenn die Vereinigten Staaten irgendeine militärische Konfrontation in der Dritten Welt herbeiführen. Wenn es zum Beispiel in Palästina einen Krieg gibt, dann weiß ich nicht, wie begrenzt er bleiben würde. Wenn die revolutionären Kräfte auf der arabischen Halbinsel, vor allem in Oman, erfolgreich sind, wie lange wird es dann noch dauern, bis es in Saudi-Arabien und den Emiraten zu einer Revolution kommt? Und wenn das passiert, dann wird die Auffassung in den Vereinigten Staaten sein, daß es den unbegrenzten Krieg bedeutet.

Solche Aktionen können nicht begrenzt werden, und ich glaube, das Gefährliche dabei ist, daß trotz dieser Tatsache die USA sich auf alle möglichen Interventionen und Invasionen vorbereiten, sei es im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika oder wo auch immer.

*Auch bei uns wird von bürgerlicher Seite heftig die Werbetrommel für die „flexible Eingreiftruppe" gerührt. Was genau ist diese Truppe – Mythos oder Realität?*

Wenn es ein Mythos ist, dann einer mit umgekehrtem Vorzeichen. Eine schnelle Eingreiftruppe haben sie immer gehabt. Was sie haben wollen, ist eine größere Truppe dieser Art. Es gab immer die 101. Luftlandedivision, die sie seit dem Zweiten Weltkrieg in allen Teilen der Welt als schnelle Eingreiftruppe eingesetzt haben – und ich meine wirklich in allen Teilen der Welt, da sie überall eingesetzt wurde, von Vietnam bis Detroit. Was sie verloren haben, ist die politische Möglichkeit einer Intervention. Das ist das Ergebnis des Vietnamkrieges, und deshalb konnte Carter bis jetzt die Armee nicht einsetzen, um die Revolution in Nicaragua niederzuschlagen. Kissinger zum Beispiel hat versucht, Krieg gegen das Volk von Angola zu führen und wurde dabei erwischt – er wollte es insgeheim tun, und in dem Moment, als das Geheimnis bekannt wurde, zwang die aufgebrachte amerikanische Bevölkerung den Kongreß, ein Gesetz zu verabschieden, das besagte: keine amerikanische Intervention in Angola.

*Sie meinen das War-Power-Gesetz aus dem Jahre 1975, das die Entscheidungsbefugnis des Präsidenten in Fragen militärischer Intervention einschränkt?*

Richtig. Sie wollen wieder Bedingungen schaffen, die es ihnen ermöglichen, von ihrer schnellen Eingreiftruppe Gebrauch zu machen – das ist der Grund dafür, daß wir diese Serie von Propagandakomplotten vorgesetzt bekommen haben über sowjetische Truppen in Kuba, kubanische Truppen in Afrika, über Angola, Äthiopien und Afghanistan. Aber es trifft auch zu, daß sie ihre materiellen Möglichkeiten vergrößern wollen: Als schnelle Eingreiftruppe sind 110000 Mann geplant, während sie zur Zeit nur rund 20000 schnell einsetzen können. Und 20000 Mann sind bereits eine erhebliche Bedrohung. Diese Stärke entspricht etwa der Größenordnung der amerikanischen In-

vasion in der Dominikanischen Republik im Jahre 1965 und der Intervention im Libanon Ende der 50er Jahre – und es wäre auch die passende Truppenstärke gewesen, wenn Carter in der Lage gewesen wäre, vor zwei Jahren nach Nicaragua zu gehen.

*Würden Sie der These zustimmen, daß die USA im Augenblick darangehen, sich eine militärische Überlegenheit über die Sowjetunion zu verschaffen, um die UdSSR in einem Atomkrieg entscheidend zu schlagen – wenn ein solcher Atomkrieg z. B. als Ergebnis kriegerischer Eskalation in der Dritten Welt ausbrechen sollte?*

Ja, ich glaube, das ist ihr Ziel, und ich glaube nicht einmal, daß sie ein besonderes Geheimnis daraus machen. Es ist ihr Ziel. Auf der einen Seite versuchen sie ein politisches Klima zu schaffen, das es ihnen erlaubt, ihre Landkriegsmaschinerie auszuweiten, die dem Ziel dient, für eine Invasion und Überwältigung kleinerer, schwächerer Länder bereitzustehen, wann immer die Interessen des Imperialismus bedroht werden – sei es nun das Erdöl im Iran oder Bodenschätze und Landwirtschaft in Mittelamerika. Auf der anderen Seite wollen sie die Möglichkeit und das Potential für eine atomare Erpressung vor allen Dingen gegenüber der Sowjetunion in die Hand bekommen.

*Und die Öffentlichkeit wird offenbar mit allen Mitteln auf diese Möglichkeit eingestimmt?*

Daran besteht kein Zweifel. Die Vorstellung der Schwäche ist etwas, das am stärksten für die Rechtskräfte arbeitet. Und das setzen sie auf die zynischste Weise ein. Sie sagen zum Beispiel: Die Russen haben so und so viele Panzer in Europa, und wir haben nur so und so viele, und daher müssen wir den Militärhaushalt erhöhen. Aber keine zehn Cents dieses Haushalts werden für den Bau neuer Panzer verwendet, das war nie der Fall und wird es auch nie sein. Im nächsten Jahr werden sie dieselben exakten Statistiken benutzen und dasselbe exakte Argument vorbringen und werden wieder nichts in der Richtung tun – sie bereiten einen Atomkrieg vor, und zu diesem Zweck wird der Militärhaushalt erhöht.

Und noch immer können sie die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung davon überzeugen, daß „wir schwach sind und stärker werden müssen". Amerika ist militärisch nicht schwach, es ist viel zu stark. Es ist eine wirkliche Bedrohung, daß wir über die Möglichkeit verfügen, die Welt dreißigmal zu vernichten, und da sagen sie: „Wir sind schwach, wir brauchen mehr"!

*Ken Lawrence, vielen Dank für dieses Gespräch.*

# Alltag eines Volkes

Von Jürgen Kuczynski

Viele Geschichten vieler Völker gibt es. Sie handeln im allgemeinen von großen politischen Ereignissen und zumeist lassen sie uns einen Seufzer Montaignes verstehen: „Glücklich sind die Völker, die eine langweilige Geschichte haben" – womit er eine Geschichte ohne Kriege meinte. Doch so viel Verständnis man für den Inhalt des Seufzers hat – eine Geschichte ohne Kriege –, so merkwürdig muß einem doch die Bezeichnung langweilig erscheinen. Wie befangen ist Montaigne doch noch in der Vorstellung, daß Geschichte politische Geschichte und politische Geschichte nur die Geschichte sogenannter großer Ereignisse sein muß!

Was sind eigentlich große Ereignisse zum Beispiel in der politischen Geschichte eines Volkes? Man sollte meinen, Ereignisse, die ein ganzes Volk bewegen. Aber ein Volk kann auf die verschiedenste Weise politisch bewegt werden. Das heißt einmal etwa durch ein Ereignis, das alle Menschen zusammen bewegt, oder auch durch eine Fülle lokaler Ereignisse, die einen Großteil des Volkes lokal zu verschiedenen Zeiten bewegen. Also zum Beispiel durch einen Generalstreik, der eine Woche lang das ganze Land erfaßt, aber doch auch durch sehr zahlreiche, auf das ganze Jahr verstreute lokale Streiks, die in jedem Einzelfall ein großes Erlebnis für die jeweils betroffene Bevölkerung sind.

Im Grunde ist das Leben einer Gemeinschaft, sei es eines kleinen Dorfes oder eines ganzen Volkes, immer aufregend, genau wie nur der Tod immer langweilig ist. Ja, sogar der Eremit, der seine Umwelt als Schöpfung seines Gottes mit wachen Augen betrachtet, wird seine aufregenden Erlebnisse haben – vielleicht nur durch das Aufblühen einer Blume oder den Gesang eines Vogels.

Vielerlei Arten, Geschichte zu schreiben, gibt es. Manche achten vor allem auf die politischen Ereignisse, andere auf Arbeit und Wirtschaft, wieder andere auf Kultur. Manche achten vor allem auf Ereignisse „Oben", auf Regierungstaten und Parteibeschlüsse, andere untersuchen das Leben „Unten", den Alltag der Werktätigen vor allem.

Großartig wäre es, wenn wir all diese Betrachtungen in einer Geschichte vereinen könnten. Aber trotz jahrtausendealter Geschichtsschreibung sind wir noch lange nicht in der Lage dazu. Vor allem fehlt es uns noch an genügend Untersuchungen des alltäglichen Lebens, des Alltags des Volkes. Wie weit sind wir doch in der Geschichtsschreibung noch zurück, wenn wir sie an dem Ideal einer integrierten Globalgeschichte messen!

*Alltagsstudien*

Das erste umfassende wissenschaftliche Werk über den Alltag einer großen Klasse von Werktätigen, nämlich der Arbeiterklasse zu Beginn der 40er Jahre

des vorigen Jahrhunderts in England, ist „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" von Friedrich Engels. In der Widmung des Werkes schreibt Engels: „Arbeiter! Euch widme ich ein Werk, in dem ich den Versuch gemacht habe, meinen deutschen Landsleuten ein treues Bild eurer Lebensbedingungen, eurer Leiden und Kämpfe, eurer Hoffnungen und Perspektiven zu zeichnen. Ich habe lange genug unter euch gelebt, um einiges von euren Lebensumständen zu wissen; ich habe ihrer Kenntnis meine ernsteste Aufmerksamkeit gewidmet; ich habe die verschiedenen offiziellen und nichtoffiziellen Dokumente studiert, soweit ich die Möglichkeit hatte, sie mir zu beschaffen – ich habe mich damit nicht begnügt, mir war es um mehr zu tun als um die nur *abstrakte* Kenntnis meines Gegenstandes, ich wollte euch in euren Behausungen sehen, euch in eurem täglichen Leben beobachten, mit euch plaudern über eure Lebensbedinungen und Schmerzen, Zeuge sein eurer Kämpfe gegen die soziale und politische Macht eurer Unterdrücker."

Ja, so muß man den zeitgenössischen Alltag studieren! So aber auch, mit der gleichen Absicht, Teilhaber an den Freuden und Leiden, an den Kämpfen und Spielen der Menschen zu sein, muß man sich in das Alltagsleben längst vergangener Zeiten einzuleben versuchen, um eine gute, lebendige und wirksame Alltagsgeschichte der Werktätigen zu schreiben.

Seit dem Werk von Engels sind eine Fülle von Studien über einzelne Aspekte des Alltags der Menschen geschrieben worden. Erinnert sei für das 19. Jahrhundert nur an Le Play's Untersuchung „Les Ouvriers Européens", an H. Maykew's „London Labour and the London Poor", sowie an die hervorragenden Studien des Vereins für Sozialpolitik über das Leben der Fabrikarbeiter.

Das 20. Jahrhundert brachte einen neuen Aufschwung und eine Vertiefung der Forschung in den 20er Jahren in der Sowjetunion[1]). Jedoch erst die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bereicherte unsere Literatur auf breiter internationaler Ebene, ausgehend von Frankreich (vor allem der Schule der „Annales") und dann übergreifend auf die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik und andere Länder. Gleichzeitig begannen auch mit den 60er Jahren in den sozialistischen Ländern eine ganze Reihe von Forschungen über Teilaspekte des Alltagslebens sowohl der Gegenwart wie der Vergangenheit zu erscheinen.

Teilaspekte! Niemals ist es um die Geschichte des Alltags eines Volkes bzw. der nicht-herrschenden Klassen und Schichten gegangen. Über die Geschichte des Alltags der herrschenden Klassen finden wir natürlich reichlich Material in Geschichtswerken der verschiedensten Art. Zum Beispiel hat Wilhelm Treue 1942 eine sogenannte „Kleine Kulturgeschichte des deutschen Alltags" geschrieben, in der es Abschnitte gibt wie „Vermögen, Pelze und Gläser", „Gold und Edelsteine", „Der ‚Sonnenkönig'", „Das Friedensbankett im Jahre 1648 und Ludwigs XIV. Mittagsmahl". Man sieht, wie tief der Autor in den Alltag des deutschen Volkes eingedrungen ist.

1) Vgl. dazu vor allem Gert Meyer, Alltagsleben sowjetischer Industriearbeiter Mitte der zwanziger Jahre, in: P. Brokmeier/R. Rilling, Beiträge zur Sozialismusanalyse II, Köln 1979, S. 244–299.

*Der Alltag des deutschen Volkes – Aufbau des Werkes*

Meine Bände über den Alltag des deutschen Volkes von 1600 bis 1945 sind nicht mehr als ein erster Versuch, den Alltag der Werktätigen in Stadt und Land zu erfassen, nicht nur in Spezialstudien, sondern in wichtigen, für die Zeit charakteristischen Aspekten. Sie sind jedoch erst mehr ein Wegweiser zu einer solchen Geschichte als schon ihre wirkliche Erfüllung. Sie beruhen auf gedruckten Quellen, nicht auf zusätzlichem Archivstudium, das im Laufe von Jahrzehnten dem einzelnen Forscher, im Laufe eines Jahrfünfts einer Schar junger Forscher viel, sehr viel anschauliches Material, nicht zum wenigsten auch eine Fülle von Fakten zur theoretischen Vertiefung des Alltagsstudiums liefern würde.

Das Jahr 1600 wurde als Ausgangspunkt gewählt, um die Verhältnisse vor dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges schildern zu können. Der zweite Band behandelt die Zeit vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zum Jahre 1810, in dem die ersten wichtigen zum Kapitalismus tendierenden Wirtschaftsreformen einsetzten. Der dritte Band umfaßt die Jahre von 1810 bis 1870/71, bis zur Einigung Deutschlands, die auch der Arbeiterklasse verstärkte Wirkungsmöglichkeiten gab. Der vierte Band umspannt die Zeit von 1871 bis 1917/18, endet also mit den Auswirkungen der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution in Rußland auf Deutschland und der bürgerlichen Novemberrevolution in Deutschland. Der letzte Band führt die Geschichte des Alltags bis 1945 fort.

Der erste Band ist 1980 in 2 Auflagen erschienen, der zweite Band erscheint im April 1981, der dritte im Spätherbst, der vierte im Winter 1981/82 und der letzte im Frühjahr 1982.

Alle Bände haben einen ähnlichen Aufbau. Jeder wird eingeleitet durch eine relativ ausführliche Geschichte der Grundzüge der Zeit, vermischt mit theoretischen Überlegungen auch von Bedeutung für die anderen Bände. Man kann den Alltag nicht verstehen, wenn man nicht mit den Grundzügen der allgemeinen Bewegung der Gesellschaft bekannt ist.

So beschäftigt sich der erste Band in den einleitenden Bemerkungen mit Problemen der Kulturgeschichte etwa mit der Frage, ob die Bauern eine eigene Kultur hervorbringen konnten, so wie es später die Arbeiterklasse tat. Und dann folgt der in allen Bänden gleich betitelte Erste Teil „Hintergrund und ‚Große Welt'", eine allgemeine Einführung in wichtige Probleme und Tatsachen der deutschen Geschichte in der jeweils behandelten Zeit, im ersten Band natürlich vor allem den Dreißigjährigen Krieg und seine Folgen betreffend, doch ausgehend von diesem Problem: „Betrachten wir die Wirtschafts- und politische Karte Europas um 1600, dann scheint es schwer zu entscheiden, wie Deutschland einzuordnen ist. Noch um 1500 war Deutschland wohl eindeutig das wirtschaftlich stärkste, technisch auf vielen Gebieten fortschrittlichste Land, und seine politische Zerrissenheit spielte noch keine so große Rolle, da auch England und Frankreich noch nicht wirklich national geeint waren. Der Streit der Gelehrten beginnt erst, wenn wir die vergleichsweise

Stärke ein Jahrhundert später untersuchen." Mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges steht dann diese Frage natürlich nicht mehr – Deutschland ist zum wirtschaftlich und politisch schwächsten Land Europas geworden.

Diesem Ersten Teil folgt dann die Schilderung des jeweiligen Alltags. Eingeleitet wird dieser Teil in den verschiedenen Bänden von einem „Atmosphäre-Milieu" betitelten Abschnitt. Wenn die wirtschaftlichen Grundlagen im ersten Teil behandelt worden sind, dann scheint es mir wichtig, für den in jedem Band bearbeiteten Zeitabschnitt die Atmosphäre und das Milieu des Alltags zu schildern. Zum Beispiel im ersten Band die Angst vor bösen Geistern, in der die Menschen ständig leben, den Terror des außerökonomischen Zwanges, das heißt, den ständigen Druck der Schergen und anderer feudaler „Polizeibeamter" auf die Bauern, damit diese ihren Fron- und anderen Rentenleistungen („Steuern") nachkommen, sowie schließlich, im Kontrast zu alledem, die Sicherheit ihres Lebens dadurch, daß ihre Handlungen auf der durch uraltes Herkommen gesicherten Erfahrung beruhen. Im folgenden Abschnitt werden in den einzelnen Bänden für die jeweilige Zeit wichtige Erscheinungen behandelt, im ersten Band zum Beispiel die Dorfgenossenschaften, in jedem Band aber gibt es ein Kapitel, das das Familienleben und insbesondere die Rolle der Frau behandelt.

Jeder Band hat natürlich auch einen Abschnitt „Grundbedürfnisse", in dem vom Essen, Kleiden und Wohnen des Volkes die Rede ist. In einigen Bänden folgt diesem Kapitel noch eine Art „Spezialkapitel", das ein Sonderproblem behandelt – zum Beispiel im ersten Band ein von Wolfgang Jacobeit geschriebenes Kapitel über „Arbeit und Arbeitswerkzeuge", im zweiten Band ein Kapitel „Der Alltag des Soldaten".

Vielleicht ist es noch von Interesse, auf den Abschnitt „Atmosphäre-Milieu" in den anderen Bänden einzugehen. In Band zwei wird in diesem Abschnitt die Alltags-Weltanschauung des feudalen Werktätigen in all ihrer lokalen Beschränktheit, in der den Bauern etwa Deutschland, ja der bevölkerte Himmel als eine Makro-Wiederholung ihrer Dorfgemeinschaft erscheint, behandelt. Im Band drei wird dieser Abschnitt durch eine Erörterung der gegensätzlichen Erscheinungen der Entfremdung und der Anfänge der Herausbildung einer zweiten, einer Gegenkultur durch die Arbeiterklasse bestimmt. Im vierten Band enthält dieser Abschnitt vier Kapitel: Urbanisierung, die zweite Kultur, Politisierung, Militarisierung. Im fünften Band stehen sich in diesem Abschnitt wieder zwei gegensätzliche Erscheinungen gegenüber: Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze.

Nur am ersten Band ist ein anderer Autor beteiligt, wie schon erwähnt mit einem Kapitel Wolfgang Jacobeit, da er von dem Thema so sehr viel mehr versteht als ich, bzw. ich so sehr viel weniger verstehe, als eine ganze Reihe anderer Forscher. Das heißt jedoch nicht, daß in den Bänden nicht auch andere Autoren mit eigenen Beiträgen zu Worte kommen, Autoren, die die Manuskripte durchgelesen haben und von denen ich besonders problemreiche kritische Bemerkungen zu den jeweiligen Bänden oder auch nur kurze Äußerungen

aufgenommen habe, so daß die einzelnen Bände auch einen direkten Meinungsstreit mit Fachgelehrten enthalten, bevor noch weitere Kritiken in Buchbesprechungen erscheinen.

*Der Alltag des deutschen Volkes – Probleme*

Bei aller Zuwendung zur Darstellung des Alltags der Werktätigen behandeln – vor allem auch in Vorbemerkungen und im ersten Teil – die Bände eine Reihe von grundlegenden Problemen. Zum Beispiel das der Kultur. Der Standpunkt der Klassiker des Marxismus-Leninismus ist eindeutig für die Zeit, bevor die Arbeiterklasse sich eine eigene Kultur schafft. So stellt Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms kurz und präzis fest: „‚Im Maße, wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichtum und Kultur wird, entwickeln sich Armut und Verwahrlosung auf seiten des Arbeiters, Reichtum und Kultur auf seiten des Nichtarbeiters.' Dies ist das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte. Es war also, statt allgemeine Redensarten über ‚*die* Arbeit' und ‚*die* Gesellschaft' zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen etc. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen geschichtlichen Fluch zu brechen."[2])

Und Engels schreibt im Anti-Dühring: „Es ist klar: solange die menschliche Arbeit noch so wenig produktiv war, daß sie nur wenig Überschuß über die notwendigen Lebensmittel hinaus lieferte, war Steigerung der Produktivkräfte, Ausdehnung des Verkehrs, Entwicklung von Staat und Recht, Begründung von Kunst und Wissenschaft nur möglich vermittelst einer gesteigerten Arbeitsteilung, die zu ihrer Grundlage haben mußte die große Arbeitsteilung, die zu ihrer Grundlage haben mußte die große Arbeitsteilung zwischen den die einfache Handarbeit besorgenden Massen und den die Leitung der Arbeit, den Handel, die Staatsgeschäfte, und späterhin die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft betreibenden wenigen Bevorrechteten. . . . Fügen wir bei dieser Gelegenheit hinzu, daß alle bisherigen geschichtlichen Gegensätze von ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen ihre Erklärung finden in derselben verhältnismäßig unentwickelten Produktivität der menschlichen Arbeit. Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft – Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft etc. – übrigbleibt, solange mußte stets eine besondere Klasse bestehn, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgte; wobei sie denn nie verfehlte, den arbeitenden Massen zu ihrem eigenen Vorteil mehr und mehr Arbeitslast aufzubürden."

Engels fährt jedoch fort: „Erst die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt, die Arbeit auf alle Gesellschaftsmitglieder ohne Ausnahme zu verteilen und dadurch die Arbeitszeit

2) Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 17.

eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft – theoretischen wie praktischen – zu beteiligen. Erst jetzt also ist jede herrschende und ausbeutende Klasse überflüssig, ja ein Hindernis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden, und auch jetzt auch wird sie unerbittlich beseitigt werden, mag sie auch noch sosehr im Besitz der ‚unmittelbaren Gewalt' sein."[3])

Hier deutet Engels schon an, daß mit der Arbeitszeitverkürzung infolge der gestiegenen Arbeitsproduktivität die Arbeiter in der Lage sind, sich schon im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft die Anfänge einer eigenen Kultur zu schaffen.

Lenin, der den beachtlichen Aufschwung der Arbeiterkultur in ihrer ganzen Breite in Europa und Nordamerika erlebte, beschäftigt sich schon vor der Oktoberrevolution ausführlich mit ihr und bemerkt über sie etwa: „In *jeder* nationalen Kultur gibt es – seien es auch unentwickelte – *Elemente* einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in *jeder* Nation gibt es eine werktätige und ausgebeutete Masse, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. In *jeder* Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (und in den meisten Fällen noch dazu erzreaktionäre und klerikale) Kultur, und zwar nicht nur in Form von ‚Elementen', sondern als *herrschende* Kultur. Deshalb *ist* die ‚nationale Kultur' schlechthin die Kultur der Gutsbesitzer, der Pfaffen, der Bourgeoisie. . . . Es gibt zwei Nationen in jeder modernen Nation, sagen wir allen Nationalsozialen. Es gibt zwei nationale Kulturen in jeder nationalen Kultur. Es gibt eine großrussische Kultur der Purischkewitsch, Gutschkow und Struve, es gibt aber auch eine großrussische Kultur, die durch die Namen Tschernyschewski und Plechanow charakterisiert wird. Ebenso gibt es *zwei derartige* Kulturen bei den Ukrainern, wie auch in Deutschland, Frankreich, England, bei den Juden usw."[4])

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus übernahmen also, wie das auch die hier zitierten Äußerungen von Engels verdeutlichen, den äußeren Rahmen des Kulturbegriffs der Klassiker der Bourgeoisie und füllten ihn mit dem Geist des Marxismus, indem sie den Klassencharakter der Kultur aufzeigten. Für sie ist Kultur gleich die Leitung der Arbeit, der Wirtschaft, der Staatsgeschäfte, die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft.

Heute ist der Begriff der Kultur, auch unter Marxisten, ganz stark erweitert. Er umfaßt zum Beispiel nicht nur „die Leitung der Arbeit", wie bei Engels, sondern auch, im Gegensatz zu Engels, die Arbeit selbst.

Das hat außerordentlich bedeutsame Konsequenzen. Ein so umfassender Kulturbegriff hebt natürlich das von Marx im Gothaer Programm festgestellte Gesetz der Kulturentwicklung auf, gibt allen unterdrückten Klassen und Schichten in allen Ausbeutergesellschaften die Möglichkeit kultureller Bildung,

3) Marx/Engels, Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 168f.
4) W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 8f. und S. 17.

nimmt der Arbeiterklasse ihre besondere Rolle als einziger eigener Kulturträger der Werktätigen bereits im Schoße einer Ausbeutergesellschaft, und macht es unmöglich, etwa zu definieren, daß jede ureigene Kultur einer unterdrückten Klasse eine Gegenkultur gegen die Kultur der herrschenden Klassen sein muß.

Natürlich werden alle marxistischen Wissenschaftler mit Lenin übereinstimmen, wenn dieser in „Was sind die ‚Volksfreunde' und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?" schreibt: „‚Ich wiederhole', schreibt Plechanow, ‚unter den konsequentesten Marxisten sind Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der heutigen russischen Wirklichkeit möglich'; unsere Doktrin ist ‚der erste Versuch, die vorliegende wissenschaftliche Theorie auf die Analyse überaus komplizierter und verworrener sozialer Beziehungen anzuwenden'. Man kann wohl kaum etwas deutlicher ausdrücken: die Marxisten entlehnen der Marxschen Theorie vorbehaltlos nur die wertvollen Methoden, ohne die eine Aufhellung der gesellschaftlichen Verhältnisse unmöglich ist, und sehen folglich das Kriterium für ihre Beurteilung dieser Verhältnisse keineswegs in abstrakten Schemata und ähnlichen Unsinn, sondern darin, ob diese Beurteilung richtig ist und mit der Wirklichkeit übereinstimmt."[5])

Das heißt, es kann sich aus den verschiedensten Gründen als richtiger erweisen, den Kulturbegriff der Klassiker des Marxismus-Leninismus ganz enorm zu erweitern und ihm einen stark veränderten Sinn zu geben. Ich teile diese Auffassung in Bezug auf die Kultur nicht. Aber das, was man natürlich von jedem marxistischen Wissenschaftler verlangen muß, ist eine ausführliche Begründung für seine Aufgabe einer Theorie von Marx, Engels und Lenin.

In jedem Fall handelt es sich hier um ein Problem, das diskutiert werden muß, denn es hat große Bedetung für jede Geschichtsschreibung.

Im zweiten Band wird eingangs eine wichtige Frage der Geschichtsschreibung über Deutschland speziell behandelt, nämlich die Einschätzung der Entwicklung kapitalistischer Wirtschaftselemente im niedergehenden Feudalismus, insbesondere des 18. Jahrhunderts. Auf diesem Gebiet ist in der Bundesrepublik 1977 eine überaus interessante Studie des Max-Planck-Instituts für Geschichte von Peter Kriedte, Hans Medick, Jürgen Schlumbohm unter dem Titel „Industrialisierung vor der Industrialisierung" erschienen. Sie beruht auf einer ausgezeichneten Kenntnis der vorhandenen Literatur. Insbesondere werden auch die Ausführungen von Marx im „Kapital" als Grundlage für viele Einschätzungen benutzt.

Jedoch beachten die Autoren nicht, daß sich die entsprechenden Ausführungen von Marx zu einem großen Teil auf das kapitalistische England und nicht auf das feudale Deutschland beziehen. Wenn sich nun aber äußerlich identische Vorgänge, Organisationen usw. unter kapitalistischen wie auch feudalen Verhältnissen finden, wie etwa Manufakturen, dann sind die unter feudalen Verhältnissen eben nicht als kapitalistische Elemente, als Protoindustria-

5) Ebd., Bd. 1, Berlin 1961, S. 189.

lisierung im Sinne von Proto-kapitalistische-Industrialisierung anzusehen. Auch so manche marxistische Forscher verfallen meiner Ansicht nach in diesen Fehler. Wenn man freie Arbeiter, (wie etwa Lastenträger) als Tagelöhner in Handelsstädten findet, dann glaubt man, Elemente kapitalistischer Verhältnisse darin zu sehen. Darauf gibt es zweierlei Antworten: Entweder stellt man fest, was durchaus der Fall sein kann, daß sie so in den feudalen Gesellschaftsapparat eingebaut sind, daß sie einfach nicht als wirklich freie Arbeiter zu betrachten sind. Oder man stellt fest, daß sie praktisch wirklich freie Arbeiter sind – dann muß man aber hinzufügen, daß es solche wirklich freien Arbeiter auch in der Sklavenhalterwirtschaft der Antike gegeben hat, sie also keineswegs das Kommen des Kapitalismus ankündigen, und daß die Produktionsverhältnisse, unter denen diese Tagelöhner arbeiten, genau die gleichen auch in der Zeit der Hochblüte des Feudalismus waren und diesem Gesellschaftssystem in keiner Weise widersprechen, oder daß der Kapitalismus sich offenbar bereits zur Zeit der Blüte der vorangehenden Gesellschaft und nicht erst in ihrer Niedergangszeit zu entwickeln beginnt.

Jedoch ist auch das ein Problem, über das man noch viel und hoffentlich mit immer besserem Alltagsmaterial diskutieren muß. Gerade die Diskussionen unter Sowjethistorikern über „die Anfänge des Kapitalismus in Rußland" haben gezeigt, wie geneigt manche Forscher sind, oft diese Anfänge zu weit zurückzuverlegen. Dadurch aber ergibt sich nicht nur ein falsches Bild der spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse. Es verwischen sich auch ganz fundamentale Unterschiede der Niedergangsformen von Gesellschaftsordnungen wie etwa der feudalen in England und in Deutschland.

Im übrigen enthält dieser Abschnitt auch allererste Anfänge einer vergleichenden Geschichte von Niedergangsperioden – etwa des deutschen und englischen Feudalismus wie auch des Römischen Reiches. Solche vergleichende Geschichte der Niedergangsperioden von Gesellschaftsordnungen ist natürlich ein notwendiges Korrelat zur vergleichenden Revolutionsgeschichte.

Noch ein Problem, und zwar aus Band 4, sei erwähnt, das äußerst kontrovers ist und von größter Bedeutung im Klassenkampf heute: die Einschätzung der sozialen Rolle der Angestellten – gehören sie zur Arbeiterklasse oder nicht?

Natürlich können wir uns in dieser Frage nicht mit Marx konsultieren, da die Angestellten heute eine ganz andere Rolle spielen als vor mehr als 100 Jahren; das gleiche gilt für Engels. Aber auch als die Schicht der Angestellten zu einer großen Armee geworden und ihre Position in mannigfacher Weise abgesunken war, sie sich auch außerordentlich differenziert hatte, rechnen Lenin und Thälmann sie in ihrer übergroßen Mehrheit noch zum Kleinbürgertum, und soweit nicht, dann in kleinen Gruppen zur Borgeoisie.

Die große Mehrheit der Marxisten rechnet sie jedoch heute zur Arbeiterklasse. Also gilt ihrer Meinung nach nicht mehr die Feststellung, „daß jedes kapitalistische Land, Rußland einbegriffen, drei grundlegende, drei Hauptkräfte

aufweist: Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Proletariat. Von der ersten und dritten Kraft sprechen alle, alle erkennen sie an. Die zweite – das heißt, zahlenmäßig gerade die *Mehrheit* – will man weder vom ökonomischen noch vom politischen noch vom militärischen Standpunkt aus nüchtern einschätzen."[6])

Folgt man der Auffassung der meisten Marxisten heute, dann setzt sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik heute etwa so zusammen:

– Arbeiterklasse (einschließlich der meisten Angestellten und Beamten): 81%;
– Mittelschichten (Bauern, Handwerker, Einzelhandel, Intelligenz): 17%;
– Bourgeoisie: 2%.

Der Kleinbürgertum (Mittelschichten) ist zu einer kleinen, nicht bedeutenden Mittelschicht geworden. Sie für den Kampf um gesellschaftlichen Fortschritt zu gewinnen, ist natürlich nützlich aber nicht mehr sehr wichtig. Die in der Geschichte der Arbeiterbewegung so wichtige Frage der Gewinnung des Kleinbürgertums als „Bündnisschicht" hat ihre Bedeutung verloren.

Ich teile diese Ansicht nicht und bleibe bei der Leninschen Definition der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums, das heute genau wie nach Lenins Auffassung und zu Lenins Zeiten und nach Thälmanns Einschätzung mehr denn je aus der gewaltig gewachsenen Schicht der Angestellten und Beamten in ihrer übergroßen Mehrheit besteht, zu denen in den entwickelten Industrieländern eine immer kleiner werdende Schicht von Bauern und Einzelhändlern kommen, während mir die Intelligenz als eine in ihrer Zusammensetzung zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum schwebende Schicht erscheint, die man aber auch auf Bourgeoisie und Kleinbürgertum aufteilen kann.

Da ich jedoch zu einer sehr kleinen Minderheit von Marxisten mit meiner Auffassung gehöre, habe ich Horst Handke, der sich mehr als irgendein anderer in der Deutschen Demokratischen Republik mit dieser Problematik beschäftigt hat und der den Standpunkt der übergroßen Mehrheit der Marxisten vertritt, gebeten, eine ausführliche Darstellung seines Standpunktes darzulegen, was er für Band 4 in einem dort abgedruckten Manuskript getan hat.

War es richtig, ein solches Werk über den Alltag des deutschen Volkes zu unternehmen? Ich glaube, es war richtig und wichtig. Nicht nur, weil wir keine Geschichte des Alltags unseres Volkes besitzen, sondern vor allem auch, weil unser Volk schließlich im Alltag gelebt und gewirkt hat, das heißt, weil eine Geschichte des Alltags eben die Geschichte der „normalen", der „üblichen" Existenz unseres Volkes ist.

In diesem Sinne ist dieses Werk wohl Richtung weisend für die Geschichtsschreibung, jedoch kaum mehr.

Zugleich werden die Leser der Vorbemerkungen zu den einzelnen Bänden wie auch an manch anderen Stellen bemerken, daß meinerseits Unzufrieden-

6) Ebd., Bd. 25, Berlin 1960, S. 201.

heit bleibt. Und zwar einmal, weil ich, um den Rahmen des Werkes nicht zu sprengen, nur wirklich wichtige Seiten des Alltags behandeln konnte. Und sodann, weil ich mehr und mehr erkannte, auf wie ungenügendes Material ich mich stützen mußte. Ungenügendes Material aus zwei Gründen:

Einmal bin ich überzeugt – und einige Historiker, die, wie auch ich, Akten unter anderen Gesichtspunkten bearbeitet haben, bestätigen mir das –, daß in den Archiven eine Fülle von Hinweisen auf den Alltag des deutschen Volkes zu finden sind. Die entsprechenden Akten aber sind für dieses Studium noch wenig erforscht.

Und sodann gibt es eine unermeßliche Fülle von gedruckter Literatur, die ganz anderen oder nur entfernt verwandten Themen gewidmet ist, die aber auf dieser oder jener Seite Andeutungen oder auch in wenigen Zeilen ganz konkrete Fakten über den Alltag der Werktätigen enthält.

Beides sollte für einen Historiker kein unüberwindliches Hindernis sein, eine auf breiter Basis ruhende Geschichte des Alltags zu schreiben – außer wenn dieser mehr als drei Viertel Jahrhunderte seines Lebens hinter sich hat.

Darum sollte man diese fünf Bände vielmehr als einen etwas langen einleitenden Vortrag an eine junge Generation von Historikern betrachten, der ihnen die Richtung der Forschung zu einem bisher arg vernachlässigten Gebiet weist.

---

Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Fünf Bände, Band 1: 1600–1650 (in 2. Auflage lieferbar); Band 2: 1650–1810 (März 1981); Band 3: 1810–1870 (Herbst 1981); Band 4: 1870–1918; Band 5: 1918–1945 (beide im 1. Halbjahr 1982), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

# Soziale Wirklichkeit und sozialwissenschaftliche Forschung

## Sozialindikatorenbewegung als Instrument vorausschauenden Krisenmanagements?

Von Wilma Albrecht

### *1. Zur Herausbildung der Sozialindikatorenforschung*

Die Anfänge der Sozialberichterstattung reichen bis weit in die Antike: Erinnert sei nur an die – auch biblisch überlieferte – Volkszählung des Augustus bei Jesu Geburt [1]).

---

1) Vgl. Evangelium Lucas, 2. Kapitel.

Von *politischer* Bedeutung wird die Sozialberichterstattung erst mit der Herausbildung und Entwicklung des Industriekapitalismus[2]). Die mit ihm einhergehende Zerstörung der feudalen agrar- und zunftgeprägten Stadtstrukturen sowie seine extensiven Ausbeutungsmethoden produzierten ein gesellschaftliches Konfliktpotential mit einer eigendynamischen Sprengkraft, die sich im europäischen Bereich in zahlreichen Revolutionen entlud. Diesem Konfliktpotential nun galt das besondere Interesse der frühen Sozialberichterstattung. Sie beschrieb zum einen die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Fabrikarbeiter, was sich in Berichten niederschlug (vgl. Blaubücher; Berichte des britischen Unterhauses zur Lage der arbeitenden Klassen – Berichte der zunächst fakultativen, dann obligatorischen Fabrikinspektion –), die schließlich u. a. Grundlage und Kontrolle staatlicher Sozialgesetzgebung (z. B. Verbot der Kinderarbeit) wurden. Des weiteren hielt sie Beobachtungen über gewerkschaftliche und politische Aktivitäten fest und konnte somit immer auch gegen die Arbeiterbewegung gewendet werden.

So verbanden sich bei der Herausbildung der „modernen" Sozialberichterstattung polizeistaatliches Interesse mit sozialreformistischen Vorstellungen, Repression und Sozialreform[3]). Allerdings war diese Form sozialen Rapports erst in geringem Maße statistisch ausgerichtet, d. h. sie war eher beschreibender, sozialreportagehafter Natur.

Die Notwendigkeit der Erstellung längerer statistischer Zeitreihen zeigte sich dagegen in der Nationalökonomie, um die periodisch auftretenden Wirtschaftskrisen im Zusammenhang mit Konjunkturzyklen wissenschaftlich zu behandeln und zu erklären[4]).

Um die Jahrhundertwende wurde die Wirtschaftsstatistik ausgebaut und später mehr und mehr methodisch verfeinert. Die zunehmende praktische und theoretische Bedeutung der Wirtschaftsstatistik verläuft parallel mit der Ausbildung des industriellen zum monopolistischen Kapitalismus und dem Auftreten von Strukturkrisen neben zyklischen oder Konjunkturkrisen. Mit dem Aufkommen der Keynesschen Konzeption der wirtschaftspolitischen Orientierung erhält die Quantifizierung von Wirtschaftsprozessen noch mehr Bedeutung. In diesem Zusammenhang kommt es auch zur Ausbildung von differenzierteren Formen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), deren Aufgabe es ist, das ökonomische Geschehen in einer abgelaufenen Periode quantitativ zu erfassen und den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß durchsichtig zu machen, um staatliche Wirtschaftsinterventionen durchführen zu können.

---

2) In die gleiche Zeit fällt auch die Etablierung der staatlichen Statistik. Obwohl die Gründungswelle der statistischen Ämter auf dem europäischen Festland in die erste Hälfte des 19. Jh. fällt (1800 Frankreich, 1803 Italien, 1805 Preußen, 1810 Österreich), erfährt die amtliche Statistik erst in der zweiten Hälfte des 19. Jh. einen Aufschwung – dies besonders in Deutschland (1862 Errichtung des statistischen Ausbildungsseminars durch E. Engel; 1872 Bildung des Deutschen Statistischen Reichsamtes).

3) Das literaturreife Unternehmen polizeistaatlicher Gesellschaftsbeobachtung ist: Lorenz von Stein, Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreich, 1842.

4) Vgl. z. B. Clément Juglar, Des crises commerciales et de leur retour periodique en France, en Angleterre et aux Etats Unis, Paris 1862.

Parallel mit der Ausbildung der VGR erfolgen auch erste Bemühungen zur Bestimmung und Aufstellung von Sozialindikatoren. Die Analogie der Sozialindikatoren zur Keynesschen Theorie hat Günther Schmid folgendermaßen gekennzeichnet: „In Analogie zur staatlichen Geldschöpfung zur Lösung der strukturell-wirtschaftlichen Schwierigkeiten soll staatliche Machtschöpfung im informellen Sinne zur Lösung strukturell-sozialer Probleme dienen." [5])

Insofern bildete die Weltwirtschaftskrise 1929 einen Kulminationspunkt für die Notwendigkeit der Herausbildung wirtschafts- und sozialpolitischer Instrumentarien für hochindustrialisierte kapitalistische Gesellschaften. Von diesem Zeitpunkt ab datieren auch die zunächst in den USA aufgestellten Sozialindikatorenberichte (z.B. Recent Social Trends in the United States, 1933; Goals for Americans, 1960), die dann in den 70er Jahren auch von westeuropäischen Regierungen erstellt wurden (z.B. Les indicateurs sociaux, 1971; Bericht und Materialien zur Lage der Nation, 1971)[6]).

## 2. *Legitimation der Sozialindikatorenforschung als Disziplin*

An dem Spannungsverhältnis zwischen akuter ökonomischer und gesellschaftlicher Konfliktlage und verzögerter staatlicher Reaktion macht sich Mitte der 60er Jahre eine *neue empirische sozialwissenschaftliche Forschungsrichtung* zunächst in den USA fest.

Sie legitimiert sich als Disziplin auf zweierlei Art und Weise: Zum einen betont sie das Versagen ökonomischer Meßinstrumente bei der Lösung sozial und politisch dringlicher Fragestellung und fordert deshalb die Entwicklung neuartiger Meßwerkzeuge zur Deskription nicht-ökonomischer Konfliktbereiche. Zum anderen empfiehlt sie sich Politikern als Technik des Krisenmanagements: „Ein staatliches Früherkennungssystem soll die staatlichen Instanzen befähigen, nicht erst auf nicht mehr übersehbare Krisen- und Spannungsindikatoren zu reagieren, sondern krisenvermeidend in sich an Frühindikatoren abzeichnende Fehlentwicklungen einzugreifen." [7])

### 2.1. *Kritik am Sozialprodukt als Wohlfahrtsmeßzahl*

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bildet die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft während eines Jahres im Sozialprodukt ab; damit gilt das Sozialprodukt als Wohlfahrtsmaß. Die Kritiker des Sozialproduktes betonen jedoch, es sei zu ungenau als Wohlfahrtsmaß, u.a. weil es unterschiedslos sämtliche Markttransaktionen und staatliche Ausgaben positiv registriert, auf dem Markt nicht erscheinende Leistungen nicht erfaßt und den Verteilungsaspekt nicht berücksichtigt[8]).

---

5) Günther Schmid, Kritische Bemerkungen zur „Indikatorenbewegung", in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Soziale Indikatoren. Konzepte und Forschungsansätze II, Frankfurt/M./New York 1974, S. 243–261, zit. S. 256.

6) Wolfgang Zapf, Sozialberichterstattung: Möglichkeiten und Probleme, Göttingen 1976, S. 35.

7) Christian Leipert, Gesellschaftliche Berichterstattung. Eine Einführung in Theorie und Praxis sozialer Indikatoren, Berlin/Heidelberg/New York 1978, S. 35. Auch gab es schon vorher großangelegte Projekte der sog. „Verteidigungsforschung" unter Einvernahme von Sozialwissenschaftlern – etwa das Camalot-Projekt. Vgl. hierzu etwa Irving Louis Horowitz, The Insurgent Sociologist, Berkeley 1969. Als Beispiel der Verstrickung in counter-insurgery-Projekte sind Scheuchs Analysen im Projekt „Unruhe unter Studenten" genannt.

8) Christian Leipert, a.a.O., (Anm. 7), S. 9–21, bes. S. 11.

Unbrauchbar ist es auch, wenn statt eines rein quantitativen Wachstums ein qualitatives angestrebt wird: „Es gilt in Zukunft ein Wachstum anzustreben, das umweltskonform, ressourcensparend, gebrauchswertbezogen im Sinne einer Verlängerung der Lebensdauer vieler Produkte, regional und sektoral ausgwogen etc. ist."[9]) Zur Messung dieses qualitativen Aspektes sollen Sozialindikatoren beitragen.

### *2.2. Sozialindikatoren als Kontrollinstrumente des staatlichen Zweck-Mittel-Einsatzes*

Die Sozialindikatorenforschung bezieht ihre Legitimation auch aus dem Tatbestand, daß sich in hochindustrialisierten und entsprechend arbeitsteiligen Gesellschaften unter Beibehaltung privater Verfügung über die Produktionsmittel (jedoch nicht nur hier) Schwierigkeiten bei der Beschaffung von sog. Ressourcen, bei der Einbeziehung der Wissenschaft und Technik in den Produktionsprozeß und dessen gesellschaftliche Auswirkungen schnell zu Krisen ausweiten können. Deshalb interveniert der Staat zunehmend, um den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu sichern. Da diese Interventionen nicht nur normativen (Gesetze), sondern auch Leistungscharakter tragen, wird die Forderung nach effektivem und zielgerichtetem Mitteleinsatz und dessen Kontrolle erhoben. Die Sozialindikatorenforschung will nun zweierlei: einmal potentielle gesellschaftliche Konfliktbereiche frühzeitig „diagnostizieren"[10]) und zum anderen den Ziel-Mittel-Einsatz staatlicher Aktivitäten dadurch rationalisieren und auch kontrollieren (Evaluationsaspekt).

Jedoch werden diese Ziele der Sozialindikatorenforschung nicht von allen Forschern dieser Disziplin vertreten und gutgeheißen, wie verschiedene Diskussionsbeiträge auf Tagungen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zeigten[11]).

### *2.3. Sozialindikatoren und ihr Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Theoriebildung*

Als weitere Legitimation gilt der Sozialindikatorenforschung ein diagnostizierter Mangel in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung, der darin besteht, das umfangreich gespeicherte Datenmaterial sinnvoll zu verarbeiten. Durch die Variationsbreite computermäßiger Datenkonstellationen erhofft man sich, eine Klärung über den Ablauf gesellschaftlicher Prozesse zu erhalten. Diesem Programm verschrieb sich schon vor Jahren K. W. Deutsch: „Die neuen theoretischen Ansätze der Politikwissenschaft ermöglichen es, jede dieser grob übereinfachten Entitäten – ‚Nationen', ‚Klassen' oder ‚Führer' – in eine viel größere Zahl von Komponenten und Subsystemen zu zerlegen. Dabei werden die wenigen deterministischen ‚Ursachen' oder ‚Antriebskräfte' durch

9) Ders., S. 8.
10) Wolfgang Zapf, Sozialberichterstattung, a.a.O., (Anm. 6), S. 3 u. 6.
11) Vgl. die Beiträge von Narr, Schmid, Roloff, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Soziale Indikatoren: Konzepte und Forschungsansätze, 8 d. I + II, Frankfurt/M. 1974.

eine viel größere Zahl relevanter Bedingungen oder signifikanter Variablen ersetzt. Inzwischen gehen wir von der Vorstellung aus, daß alle diese Faktoren in einer probalistischen Weise interagieren; sie lassen sich statistisch, etwa durch Methoden der Korrelationsanalyse, untersuchen; dadurch kann man berechnen, in welchem Ausmaß die einzelnen Bedingungen oder Variablen bestimmte Verteilungen beeinflussen. Auf diese Weise wurde Kausalität durch Wahrscheinlichkeit ersetzt; die mehrdimensionale Analyse hat die Suche nach einzelnen Ursachen und Schlüsselvariablen für Prognose und Kontrolle abgelöst." [12])

Des weiteren soll die Indikatorenforschung Theorien des sozialen Wandels, insbesondere ihre Modernisierungsansätze, dahingehend verbessern, daß sie der „marxistischen Entwicklungstheorie" [13]) und deren methodischen Instrumentarium ein ernstzunehmendes Konzept eintgegenzusetzen vermag, denn „der Herausforderer sowohl der Modernisierungsforschung wie der Sozialindikatorenforschung ist die *marxistische* Entwicklungstheorie . . . Die marxistischen Klassiker – voran Friedrich Engels mit ‚Die Lage der arbeitenden Klassen in England' von 1845 – haben schon früher und schonungsloser als die bürgerlichen Autoren die hohen Kosten der Modernisierung herausgearbeitet; eigentlich haben sie die Perspektive der Sozialindikatorenforschung erfunden." [14])

Entsprechend entwirft Zapf eine Modernisierungs- und Entwicklungsperspektive für hochindustrialisierte kapitalistische Länder. Diese kann durch eine Differenzierung der Produktionsstrukturen, durch eine Statusanhebung unterpriviligierter Gesellschaftsmitglieder und durch weitere Institutionalisierung erreicht werden: „Wenn man die Probleme der Modernisierungspolitik nicht als Systemkrisen, sondern als Entwicklungsdilemma begreift, zeichnet sich die folgende generelle ‚Lösungsmöglichkeit' ab: Dilemmas entstehen in der Regel dadurch, daß sich Ansprüche differenzieren und sowohl ihrem Umfang nach (materiell) wie nach der Zielrichtung (normativ) mit den vorhandenen Kapazitäten nicht befriedigt werden können. Wenn es also gelänge, in diesem Prozeß auch die Kapazitäten zu differenzieren, wäre die Möglichkeit zu einer neuen Institutionalisierung auf höherem Lebensniveau geschaffen. Im Falle vertikaler Verteilungskonflikte kann diese Möglichkeit als Statusanhebung (upgrading) der benachteiligten Gruppen beschrieben werden; anschließend läßt sich dieser Fall generalisieren, so daß er auch für horizontale Konflikte, z.B. zwischen Sektoren oder Regionen, gilt. Durch Statusanhebung verlieren die Gegensätze, die auf niedrigerem Entwicklungsniveau nicht lösbar sind, ihre systembedrohende Sprengkraft. Ein berühmtes

12) Karl W. Deutsch, Neuere Forschungsmethoden, Modelle, Theorien, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.): Theorie des sozialen Wandels, Köln/Berlin 1970, S. 188f. – Vgl. im gleichen Band auch die verschiedenen Ansätze zur Modernisierungsforschung, v.a. Etzioni, Bendix, Deutsch.

13) Vgl. Jürgen Kuczynski, Theorie der Lage der Arbeiter, in: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 36, Teil III, Berlin 1968. Hier wird nichts anderes als die klassische Verelendungstheorie referiert und kommentiert.

14) Wolfgang Zapf, Die Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: SFB 3: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Frankfurt/Mannheim 1979, S. 3.

Beispiel für diesen Mechanismus ist die Institutionalisierung bürgerlicher, politischer und sozialer Grundrechte für alle Bürger, wie sie die Modernisierung der letzten zweihundert Jahre kennzeichnet." [15])

Betrachtet man die Sozialindikatorenforschung von ihrem wissenschaftlichen und politischen Anspruch her, so drängt sich geradezu der Vergleich mit prominenten Kathedersozialisten auf; zumindest von der politischen Funktion her gesehen sind Sozialindikatorenforscher im Begriff, das kathedersozialistische Erbe fürs ausgehende 20. Jahrhundert anzutreten[16]).

### 3. *Sozialindikatorenforschung in der Bundesrepublik Deutschland*

Mit entsprechender zeitlicher Verzögerung zu den USA etablierte sich die Sozialindikatorenforschung zu Beginn der 70er Jahre in der BRD. Vorausgegangen war der Regierungswechsel zur sozialliberalen Koalition, die umfangreiche Reformen und eine aktive Gesellschaftspolitik unter dem Motto der Regierungserklärungen Brandts von 1969 und 1973 („Mehr Demokratie wagen") verhieß.

Zunächst griff die Gewerkschaftsbewegung das von J.K. Galbraith geprägte Schlagwort der Lebensqualität auf. 1971 organisierte die IG Metall eine Arbeitstagung unter dem Thema: „Die Aufgabe der Zukunft – die Qualität des Lebens". Daraufhin nahmen sich auch Brandt und Eppler (SPD) dieses Zieles an; so stand im Bundestagswahlkampf 1972 die Erhaltung und der Ausbau der Lebensqualität an erster Stelle der SPD-Wahlkampfpropaganda.

Etwa zur gleichen Zeit setzte auch die wissenschaftliche Rezeption der Ergebnisse der Sozialindikatorenforschung ein. 1971 wurde an der Universität Frankfurt eine sozialpolitische Forschergruppe aus Ökonomen und Sozialpolitikern gegründet (heute: Sozialpolitische Forschergruppe Frankfurt/Mannheim) und das SPES-Projekt (Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland) konzipiert, das seit 1972 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert wird[17]).

Inzwischen liegen die Ergebnisse dieses Projektes vor[18]). Als Entscheidungssystem ist SPES „ein Simulationsmodell ausgewählter gesellschaftlicher Bereiche der Bundesrepublik . . . Wir simulieren z.B., welche Auswirkungen verschiedene Pläne zur Steuerreform auf die Einkommensverteilung haben. Diese Auswirkungen messen wir mit Hilfe von *Sozialindikatoren.* Sozialindikatoren sind nichts anderes als wohlfahrtsrelevante statistische Kennziffern . . ." [19]).

---

15) Wolfgang Zapf, Systemkrisen oder Entwicklungsdilemmas? Probleme der Modernisierungspolitik. SPES-Arbeitspapier Nr. 58, Frankfurt/Mannheim Nov. 1976, S. 10.

16) Heinz Sonntag, Verein für Sozialpolitik (VSP) 1872 – 1936, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II, Berlin 1968, S. 735–742; sowie Fritz Völkerling, Der deutsche Kathedersozialismus, Berlin 1959.

17) Wolfgang Zapf, Sozialberichterstattung, a.a.O., (Anm. 6), S. I.

18) Wolfgang Zapf (Hrsg.), Lebensbedingungen in der Bundesrepublik: Methoden der Messung und erste Ergebnisse, in: Forschungen an der Universität Mannheim, Mannheimer Vorträge, 1976/77, o. O. u. J., S. 7; Wolfgang Zapf, Angewandte Sozialberichterstattung. Das SPES-Indikatorensystem, in: Ernst Helmstädter (Hrsg.), Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften, Berlin 1978, S. 691.

19) Wolfgang Zapf, Lebensqualität . . ., a.a.O., (Anm. 18), S. 7.

Das von der Frankfurt-Mannheimer Forschergruppe entwickelte Indikatorentableau mißt zehn Zielbereiche: I. Bevölkerung, II. Sozialer Status und Mobilität, III. Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen, IV. Einkommen und Einkommensverteilung, V. Einkommensverwendung und Versorgung, VI. Verkehr, VII. Wohnung, VIII. Gesundheit, IX. Bildung und X. Partizipation. Hierzu wurden 196 Indikatoren entwickelt bzw. festgelegt.

### *4. Kritik an der Sozialindikatorenforschung und am SPES-Projekt*

Die Konstruktion oder Festlegung einer statistischen Kennziffer als Indikator setzt verständlicherweise ein theoretisches Vorverständnis über die zentralen Kategorien Gesellschaft und Lebensqualität zum einen sowie über die Möglichkeiten der Abbildung, d. h. die Aussagekraft der Meßtheorie, zum anderen voraus[20]).

Kritiker der Sozialindikatorenforschung verweisen nun hauptsächlich auf Mängel im theoretischen Vorverständnis. Deshalb charakterisieren sie die Tätigkeit dieser Forschungsrichtung als „measurement without theory"[21]).

### *4.1. Kritik des Gesellschaftsbegriffes und -bildes*

Schon bei der Etablierung des Forschungszweiges wurde die gesellschaftstheoretische Annahme – insbesondere beim SPES-Projekt – eines weitgehend autonom funktionierenden „pluralistischen Sozialstaatsmodells" der Bundesrepublik Deutschland als eindimensional – wenn nicht sogar als unrealistisch – von einigen fortschrittlichen Sozialwissenschaftlern abgelehnt. So meinte Günther Schmid: „Das Problem ‚sozialer Indikatoren' wird daher vor allem aus der Perspektive der ‚Rationalisierung des politischen Entscheidungsprozesses' gesehen, während die Perspektive der politisch-ökonomischen Struktur- und Funktionstheorie (im weiteren Sinne also die Abhängigkeitsbeziehungen des politischen Systems) weitgehend vernachlässigt wird. Die Hauptursache gegenwärtiger sozialer Probleme wird so konsequenterweise in der mangelnden Informationsverarbeitungskapazität bzw. im mangelnden Intelligenzquotienten des politischen Systems gesehen, und nicht etwa – als theoretisch alternative Möglichkeit – in antagonistischen Interessenkonflikten, strukturellen Machtdisproportionen, ökonomisch-technologischen Entwicklungslücken und Kapitalverwertungs- bzw. Realisierungsschwierigkeiten, jeweils auch im internationalen Kontext (insbesondere unter dem Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern) betrachtet."[22])

Darüberhinaus wurde der politische Stellenwert der sozialen Indikatoren als Voraussetzung staatlicher Wohlfahrtsmehrung bezweifelt angesichts der Tatsache, daß doch „der Wohlfahrtsstaat weitgehend durch ökonomische Macht

20) Rudolf Werner, Methodische Ansätze zur Konstruktion sozialer Indikatoren, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Konzepte, Bd. II, a.a.O., (Anm. 11), S. 193; sowie Rudolf Werner, Planung und Evolution in der Sozialpolitik. Der Beitrag sozialer Indikatoren, in: C. v. Ferber/F. X. Kaufmann (Hrsg.), Soziologie und Sozialpolitik, KZfSS, 19/1977, 5. 463–482, Abb. auf S. 475.

21) Vgl. Wolfgang Zapf, Sozialberichterstattung, a.a.O., (Anm. 6), S. 85–89.

22) Günther Schmid, a.a.O., (Anm. 5), S. 256f.

und ökonomische Konditionierung der einzelnen beherrscht wird. Die sich im institutionellen Rahmen manifestierende politische Dauerkrise (Hirsch) ist demnach auf ökonomische Probleme rückführbar" [23]).

Die Kritiker bevorzugen selbst einen konflikt- und interessentheoretischen Ansatz bei der Gesellschaftsanalyse und der daraus sich ableitenden Untersuchungshypothesen. Am Beispiel der Entfremdung läßt sich der Unterschied beider Positionen beschreiben. Entfremdung wird im SPES-Indikatorentableau mit vier Indikatoren beschrieben: Anteil unterer Leistungsgruppen, Bandarbeiterquote, Anteil monotoner Arbeit und Index Dispositionschancen „Arbeitnehmer"; dabei handelt es sich um zwei sog. „subjektive" und zwei „objektive" Indikatoren – alle erfassen jedoch nur eine Teilpopulation der abhängig Arbeitenden. Die Gegenposition formuliert Roloff: „Uns erscheint es zweckmäßiger, ausgehend von der objektiven Lage der Lohnabhängigen zu fragen, (1) was die handlungsleitenden Interessen der Individuen sind, (2) durch welche Mechanismen diese Interessen und die aus ihnen resultierenden Bedürfnisse befriedigt werden." [24])

Indikatoren, die aus solchen Ansätzen heraus entwickelt werden, verdoppeln nicht nur die soziale Welt und die Sozialstatistik, sondern versuchen auch Ursachen mit einzubeziehen. In diesem Zusammenhang galt auch die Aktualisierung marxistischer Paradigma als legitim und der soziologischen Zunft der frühen 70er Jahre diskussionswürdig [25]).

### *4.2. Kritik am Begriff der Lebensqualität*

Das gleiche theoretische Dezitit zeigt sich bei der Bestimmung und Verwendung des Begriffes Lebensqualität. So glaubt Wolfgang Zapf das Problem umgehen zu können, weil es angeblich „die eine gültige Definition der Lebensqualität *nicht* geben kann." [26])

Praktisch wird Lebensqualität als subjektive, individuelle Größe angesehen, die sich mit der Zufriedenheit des/der Bürger erfassen läßt. Als gesellschaftliche Größe bezieht sie sich auf staatliche Leistungen gegenüber dem einzelnen Bürger.

### *4.3. Methodische Kritik an der Sozialindikatorenforschung*

Rudolf Werner hat die methodischen Hauptproblembereiche im Zusammenhang mit sozialen Indikatoren folgendermaßen systematisch aufgefächert:

---

23) Hans Peter Widmaier, Politik der Knappheit – Analyse politischer Entscheidungsprozesse zur Gewinnung eines theoretischen Rahmens für soziale Indikatoren, in: W. Zapf, a.a.O., (Anm. 11), Bd. II, S. 121.

24) Otto Roloff, Zur Problematik der Auswahl, Messung und Bewertung sozialer Indikatoren, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Konzepte, a.a.O., (Anm. 11), Bd. II, S. 131.

25) Vgl. hierzu: Jürgen Frank, Der Beitrag der Ökonomie zu einem System sozialer Indikatoren, sowie Christian Siara, Résumé der Diskussion über die Theorie politischer Güter, in: W. Zapf, a.a.O., (Anm. 11), S. 136–145 sowie S. 147–154. – Die marxistischen Vertreter sahen ihre Vorstellung der Verbindung von Theorie und Empirie am besten in der Untersuchung von Frank Deppe über das Arbeiterbewußtsein umgesetzt. Vgl. Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971.

26) Wolfgang Zapf, Lebensqualität, a.a.O., (Anm. 18), S. 6.

*Funktionen und Hauptprobleme der methodischen Ansätze für soziale Indikatoren*[27])

| *Ansätze* | *Funktionen* | *Hauptprobleme* |
|---|---|---|
| *Indikatoren (i. eng. Sinne)* | *Operationalisierung von Konstrukten* | *Ermittlung von tangiblen Phänomenen* |
| *Transformations-parameter* | *Ermittlung von quantifizier-baren Beziehungen zwischen Indikatoren* | *Optimale Anpassung an Daten* |
| *Indizes* | *Zusammenfassung von Indikatoren* | *Ermittlung von Gewichten* |
| *Aggregate und Konten* | *Zusammenfassung aufgrund von Definitionsgleichungen* | *Gemeinsames Medium und Äquivalente* |
| *Integrations-modelle* | *Zusammenfassung aufgrund von Beobachtungseinheiten* | *Stabile Klassifikation* |
| *Systemwissen-schaftliche Modelle* | *Theoretische Zusammenfassung von Indikatoren* | *Ableitung der Zusammfassung und gemeinsames Medium* |

Es sind hauptsächlich drei Problembereiche, die von Bedeutung sind: die Ermittlung von tangiblen Phänomenen, die optimale Anpassung an Daten und die Ermittlung von Gewichten. Bei den ersten zwei Bereichen geht es darum, zu erkunden, welcher Art die Beziehung Indikator-Indikandum ist und ob sie sich numerisch fassen läßt. An der Formallogik[28]) gemessen, erweisen sich schon viele als Indikatoren ausgegebene Kennziffern als aussagelos. So ist beispielweise der Indikator 189 des SPES-Tableaus „Politisches Interesse" ohne Sinn, weil es sich um einen vollidentischen und damit tautologischen Indikator handelt, denn „Politisches Interesse" wird definiert als „Anteil der Personen, die auf die Frage ‚Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren sie sich für Politik?' mit ‚ja' antworten"[29]).

Der Lebenshaltungsindex gilt als klassischer direkt manipulierbarer Indikator der bürgerlichen Gesellschaft[30]) – als Wohlfahrtsmaß ist der offizielle Index nicht brauchbar.

Ein weiteres methodisches Problem und eine Fehlerquelle der Indikatorenforschung ist das Gewichtungsproblem. So erfolgt die Gewichtung beim SPES-Indikatorentableau mittels einer Ordinalskala, die so gewichteten Zeitreihen werden dann als Kardinalkennzeichen wie metrische Ziffern behandelt; es wird addiert und subtrahiert. Das bedeutet, alle Indikatoren sind gegeneinander austauschbar. Demnach läßt sich Arbeitslosigkeit durch steigende Bruttosozialverdienste der Facharbeiter kompensieren: „Im Zielbereich *Arbeitsmarkt und Beschäftigung* werden unübersehbare Verbesserungen in den Beschäftigungsbedingungen (Arbeitszeit, Sicherheit, Belastung,

27) Rudolf Werner, Planung und Evalution, a.a.O., (Anm. 20), S. 476.
28) Vgl. die Indikatoren-Methodologie von Günther Schmid, Kritische Bemerkungen zur „Indikatorenbewegung", a.a.O., (Anm. 5), S. 246.
29) Wolfgang Zapf (Hrsg.), Lebensbedingungen . . ., a.a.O., (Anm. 18), S. 73.
30) Vgl. hierzu: Eberhard Dähne, Zur aktuellen Entwicklung der Verbraucherpreise und zum Preisindex der Lebenshaltung, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 1/1978, S. 164–191.

Qualifikation) durch die jüngsten Einbrüche bei den Beschäftigungs- und Ausbildungschancen beeinträchtigt. Wir bewerten diesen Bereich als im Durchschnitt konstant mit positiver Tendenz."[31]

### *4.4. Kritik der Datenbasis*

Gerade bei einem allgemein wie für die Betroffenen speziell so wichtigen gesellschaftlichen Problembereich wie Arbeitslosigkeit zeigt sich eine weitere grundlegende Schwäche des in der Bundesrepublik bekanntesten Sozialindikatorenansatzes von SPES. Denn wie bei der gesellschaftlichen Berichterstattung im allgemeinen[32]) gehen diese Sozialempiriker kaum über die allgemein bekannten und häufig auch öffentlich zugänglichen Daten hinaus. Sie verarbeiten also nur zu häufig, wenn man so will, prozessproduzierte Daten, die für Sozialforscher in anderen, staatsadministrativen und nach rechtlichen Kriterien erhobenen Datensätzen an- und abgefallen sind.

Die Aufhellung von gesellschaftlichen Dunkelfeldern läßt sich mit Prozeßdaten und ihrer nach Plausibilitätsannahmen vorgenommenen Neu-Gruppierung, Systematisierung und wechselseitigen Verknüpfung schlechterdings nicht erreichen, auch nicht unter Zuhilfenahme kommerziell veranstalteter Umfragedaten.

Diese Herangehens- und Verfahrensweise der etablierten westdeutschen Sozialindikatorenforschung, die durchaus im Widerspruch zu weitergehenden und berechtigten Ansprüchen einzelner Wissenschaftler – selbst aus der SPES-Forschergruppe – stehen, hellen nach wie vor bestehende gesellschaftliche und wohlfahrtsstaatlich bedeutsame Dunkel- und Tabuzonen nicht nur nicht auf, sondern belassen sie im Orkus wissenschaftlichen und politischen Desinteresses – frei nach dem Motto Brechts „die im Dunkeln sieht man nicht".

## *5. Zusammenfassung und Ausblick*

Unabhängig vom subjektiven Wollen der in Sozialindikatorenforschung und SPES-Empirie einbezogenen Wissenschaftler steht diese spezifische Entwicklungsvariante sozialwissenschaftlicher, gesamtgesellschaftlich und wohlfahrtsstaatlich bezogener Berichterstattung und Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland auch zu Beginn der 80er Jahre in einem insbesondere in der älteren deutschen und neueren US-amerikanischen Tradition der Sozialforschung virulenten Wirkungszusammenhang. Es ist dies eine Kontinuitätslinie, die sich zwischen der Szylla polizeistrategischer und integrationsadjustierter (v. Stein, Verein für Socialpolitik) und der Charybdis offen gegenrevolutionärer Maßnahmen hin und her bewegt.

---

31) Wolfgang Zapf, Angewandte Sozialberichterstattung, a.a.O., (Anm. 18), S. 700.

32) Wolfgang Glatzer/Eike Ballerstedt, Soziologischer Almanach (1975) oder die regierungsamtlichen Gesellschaftlichen Daten, 1973, 1977, 1979.

Diese Bewertung läßt sich beim Ansatz der um H.J. Krupp und W. Zapf in der Mannheim-Frankfurter-Forschergruppe versammelten Sozialindikatorenbewegung auf verschiedenen Ebenen nachweisen. Sei es im grundsätzlichen Verzicht auf gesellschaftlich-theoretisch relevante Problematisierungen von Erkenntnisinteresse und Erkenntnisgegenstand; sei es in den angewandten Methoden, die teilweise die bekannten Defizite empirischer Sozialforschung reproduzieren; sei es im Zusammenhang der möglichen und wahrscheinlichen wie der bereits veröffentlichten Ergebnisse und Forschungsresultate.

Insofern drücken die, soweit von der SPES-Gruppe und der bundesdeutschen Sozialindikatorenbewegung überhaupt explizierbaren, öffentlich zugänglichen Forschungsresultate langjähriger Beschäftigung mit Sozial- und Wohlfahrts-Indikatoren durchaus eine gleichgerichtete, wenngleich im einzelnen nicht widerspruchlose Einheit von wissenschaftlicher Theorie (hier konkret: der doppelt pragmatisch in den Status eines Programms versetzten Theorielosigkeit), Methode, Resultat und Verwertung aus.

Als empirische Bewegung ist Sozialindikatorenforschung und SPES-Forschungszusammenhang eine *typische Bewegung fürs soziale Oben,* dessen Politik und Wohlfahrt unter unveränderten gesellschaftlichen und politischen Kräftekonstellationen zwischen sozialreformistisch-integrativen und polizeistaatlich-repressiven Interventionsformen oszilliert.

Damit hat nach fast zehnjähriger Forschung diese sozialwissenschaftliche Forschungsrichtung im allgemeinen und die SPES-Gruppe im besonderen freilich auch weitgehend der auch diesem Forschungs- und Arbeitszusammenhang grundsätzlich offenstehenden Möglichkeit, ein Modell fortschrittlicher sozialempirischer Projektarbeit zu schaffen, entsagt.

Diese Möglichkeit und Erfordernis, zu der die kritisierte Entwicklungsrichtung bürgerlicher Sozialforschung in gewisser Weise herausfordern mag, kann aber – im Grundsätzlichen wie im Konkreten – von einer auf das gesellschaftliche Oben gerichteten Bewegung nicht eingeholt werden. Sie bedarf vielmehr alternativer, interessens- und mehrheitsstrukturierter Herangehensformen an wesentliche soziale und wohlfahrtsstaatliche Probleme und ihrer gesellschaftlichen Berichterstattung. Sie zielt schon mittelfristig auf solidarisches Problemlösungswissen und -handeln auf breiter Grundlage und von unten.

Hier liegt auch die durchgreifende Chance, durch die und im Interesse der lohn- und wie auch immer abhängig gehaltenen Bevölkerungsmehrheit die wissenschaftlichen Defizite bisheriger Sozialindikatorenbewegung im besonderen wie auch die in deren Resultaten teilweise aufscheinenden, grundlegenden gesellschaftlichen Defizite in der Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen produktiv herauszuarbeiten und aufzuheben.

# Das Sozialbudget 1980

**(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)**

Die erklärten finanzwirtschaftlichen Zielsetzungen der Bundesregierung (und CDU/CSU-Opposition) nehmen sich auf den ersten Blick aus wie die Quadratur des Kreises: da sollen gleichzeitig Steuern gesenkt (vor allem für Unternehmen), die Staatsverschuldung gebremst und die Rüstungsausgaben erhöht werden. Dies alles vor einem wirtschaftlichen Hintergrund, der steigende staatliche Einnahmen als Folge raschen Wachstums der Wirtschaft für absehbare Zeit nicht in Aussicht stellt. Gegenwärtig scheint es eher so, daß die Konjunktur zusätzliche Einnahmeausfälle mit sich bringt.

Zwar kündigen Bundesregierung, Länder und Gemeinden Ausgabenkürzungen an. Diese passen jedoch absolut nicht in die konjunkturelle Landschaft. Selbst abgesehen von den kurzfristigen konjunkturpolitischen Erwägungen – die natürlich auch für die mittel- und langfristige Periode von Bedeutung sind – scheint der Spielraum für Ausgabenkürzungen in einem Ausmaß, wie es die obengenannten Zielsetzungen erfordern, kaum vorhanden zu sein. Denn schließlich ist nicht nur ein wichtiger Bereich, der Rüstungshaushalt, ausgeklammert. Eine Vielzahl von Ausgabenposten sind „wachstumsrelevant", dienen der Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals bzw. entsprechen der offiziellen Politik der Wachstumsförderung und der Stabilisierung der internationalen Konkurrenzposition. Hier kommen Kürzungen vom Standpunkt der offiziellen Wirtschaftspolitik nicht in Frage.

„Erfolgreich" im selbstgesetzten Sinne kann eine Umstrukturierung des Staatshaushalts von den „konsumtiven" zu den „investiven" Ausgaben – wobei Orientierungspunkt die privaten, nicht die öffentlichen Investitionen sind – nur dann sein, wenn der große Block der Sozialausgaben angegriffen wird. Die im „Sozialbudget" zusammengefaßten staatlichen (und privaten) Ausgaben für soziale Zwecke umfaßten z. B. 1980 etwa 450 Mrd. DM. Davon stammten mehr als 200 Mrd. DM aus staatlichen Quellen.

*Tabelle 1*

*Sozialbudget nach Funktionen*[1])

| | *In Mrd. DM* | | | | | *In % des Bruttosozialprodukts* | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | *1970* | *1974* | *1978* | *1980*[2]) | *1984* | *1970* | *1974* | *1978* | *1980* | *1984* |
| *Sozialbudget insgesamt* | *175* | *289* | *403* | *449* | *577* | *25,7* | *29,3* | *31,3* | *30,1* | *29,3* |
| *Familie* | – | *41* | *57* | *64* | *86* | – | *4,2* | *4,4* | *4,3* | *4,4* |
| *Gesundheit* | – | *96* | *133* | *151* | *193* | – | *9,7* | *10,3* | *10,1* | *9,8* |
| *Beschäftigung* | – | *11* | *21* | *24* | *29* | – | *1,2* | *1,6* | *1,6* | *1,5* |
| *Alter* | – | *109* | *156* | *171* | *229* | – | *11,0* | *12,1* | *11,5* | *11,6* |
| *Wohnen* | – | *8* | *9* | *10* | *11* | – | *0,8* | *0,7* | *0,7* | *0,5* |
| *Sparförderung* | – | *15* | *17* | *17* | *16* | – | *1,5* | *1,4* | *1,1* | *0,8* |
| *Kriegsfolgen* | – | *7* | *9* | *9* | *10* | – | *0,8* | *0,7* | *0,7* | *0,6* |
| *Allgemeine Lebenshilfen* | – | *1* | *2* | *3* | *3* | – | *0,2* | *0,2* | *0,2* | *0,1* |

1) Die Gliederung nach Funktionen enthält Leistungen aus mehreren Institutionen gleichzeitig.
2) Schätzung.
Quelle: „Sozialbericht '80", Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, S. 79.

Ein Blick auf tatsächliche und geplante Zusammensetzung und Finanzierung des Sozialbudgets bis 1984 macht vor dem aktuellen wirtschaftlichen Hintergrund deutlich, daß hier noch einschneidende Veränderungen bevorstehen dürften – wenn es zu keinem grundlegenden Kurswechsel in der staatlichen Wirtschaftspolitik kommt.

Im Mittelpunkt der Diskussion über die Sozialausgaben steht die „Sozialleistungsquote", d. h. der Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt. Sie ist in der Geschichte der Bundesrepublik bis Anfang der 70er Jahre angestiegen. Dies war zwar auch eine Folge demographischer Veränderungen – der Anteil der Rentner hat sich stark erhöht –, aber im Kern doch Ausdruck der Vergesellschaftungstendenzen. Das System der sozialen Sicherung ist bis Anfang der 70er Jahre fast kontinuierlich ausgebaut und verbessert worden. 1973 erreichte die „Sozialleistungsquote" einen Anteil von 27,5 %. Seither wird versucht, sie zu reduzieren oder doch zumindest nicht weiter ansteigen zu lassen. Die Krise 1974/75 und die folgenden Jahre einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung haben diese Pläne durchkreuzt. Die Quote ist zwischen 1975 und 1977 nochmals auf 31,9 % angestiegen. Die Sozialausgaben bewegen sich in bestimmten Teilen antizyklisch, d. h. sie steigen in Wirtschaftskrisen beschleunigt, so daß auch die Sozialleistungsquote einen Sprung nach oben macht.

Seit 1978 geht die Sozialleistungsquote leicht zurück. Bis 1984 soll sie wieder auf den Stand von 1974 gedrückt werden. Dies soll durch relative Einschränkungen in fast allen Bereichen angestrebt werden – absolute Rückgänge sind lediglich bei der Sparförderung geplant, im Wohnungsbau sollen die Ausgaben nahezu eingefroren werden. Gleichzeitig will man die Finanzierung des Sozialbudgets stärker „privatisieren".

*Tabelle 2*

*Finanzierung des Sozialbudgets*

| | *In Mrd. DM* | | | | *Anteile in %* | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | *1974* | *1978* | *1980* | *1984* | *1974* | *1978* | *1980* | *1984* |
| *Versichertenbeiträge* | *62,8* | *89,8* | *101,8* | *133,6* | *20,7* | *21,7* | *21,9* | *22,2* |
| *Arbeitgeberbeiträge* | *65,0* | *92,3* | *107,0* | *139,5* | *21,1* | *22,3* | *23,0* | *23,1* |
| *Unterstellte Beiträge*[1]) | *53,1* | *67,2* | *73,8* | *90,8* | *17,5* | *16,3* | *15,8* | *15,1* |
| *Rentnerbeiträge* | *0,1* | *0,6* | *0,2* | *16,0* | *0,0* | *0,1* | *0,0* | *2,7* |
| *Öffentliche Zuweisungen* | *103,4* | *145,8* | *165,9* | *203,2* | *34,1* | *35,3* | *35,6* | *33,7* |
| *Nachrichtlich:* | | | | | | | | |
| *Zahlungen der* | | | | | | | | |
| *Gebietskörperschaften* | | | | | | | | |
| *insgesamt*[2]) | *129,8* | *180,7* | *205,1* | *252,8* | *42,8* | *43,7* | *44,0* | *41,9* |
| *Sonstiges* | *18,6* | *17,7* | *17,0* | *19,9* | *6,2* | *4,3* | *3,6* | *3,3* |

1) „Unterstellte Beiträge der Arbeitgeber" enthalten vor allem die Pensionszahlungen an Beamte und Leistungen im Rahmen von Betriebsrenten.
2) Öffentliche Zuweisungen und Zahlungen der Gebietskörperschaften, die sie in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber zu leisten haben.
Quelle: ebd. S. 133.

Gegenwärtig wird das System der sozialen Sicherung fast zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln finanziert. Wie die Projektion bis 1984 zeigt, soll der öffentliche Anteil in den nächsten Jahren deutlich abgebaut werden, während der Anteil der Beiträge gesteigert werden soll. Auch dies ist allerdings schon seit 1974 ein wichtiges Ziel der staatlichen Sozialpolitik. Die wirtschaftliche Entwicklung hat aber seither nicht nur die Pläne zur Senkung der Sozialleistungsquote durchkreuzt, sondern auch die Finanzierungsstruktur weiter zuungunsten der öffentlichen Haushalte verschoben. Selbst die Zahlen für 1980 dürften durch die tatsächliche Entwicklung bereits überholt sein: sie basieren auf den zur Jahresmitte erstellten Vorausschätzungen, die jedoch nicht eingetroffen sind. Demnach war angenommen worden, daß das reale Bruttosozialprodukt 1980 um 2,5 % wächst – tatsächlich belief sich die Wachstumsrate nur auf 1,8 %. Im Ergebnis der

schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung dürften die Sozialleistungsquote und der öffentliche Finanzierungsanteil 1980 etwas höher gelegen haben, als ursprünglich berechnet. Dies gilt verstärkt für die Planungen bis 1984. Sie basieren auf Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung, die kaum realistisch sind. Das reale Bruttosozialprodukt soll zwischen 1980 und 1984 um jahresdurchschnittlich 3 bis 3,5 % wachsen, entsprechend soll die Zahl der Beschäftigten jährlich um 0,5 % zunehmen, die Lohnsumme soll pro Jahr um 7 % ansteigen.

Schon jetzt muß davon ausgegangen werden, daß es 1981 im günstigsten Fall nur einen leichten Rückgang des BSP um 1 % geben wird. Soll also die Projektion bis 1984 doch noch realisiert werden, so müßten in den Jahren 1982 bis 1984 Wachstumsraten von 4,5 bis 5 % erreicht werden. Da dies absolut unrealistisch ist, entfällt auch die Grundlage für die Sozialplanung. Dieser Tatbestand dürfte auch den Sozial- und Wirtschaftspolitikern bekannt sein. Sollen die Ziele – Senkung der Sozialleistungsquote, Entlastung der öffentlichen Haushalte – trotzdem erreicht werden, dann ist eine erhebliche Beschleunigung im bisher vorsichtigen Tempo des Sozialabbaus zu erwarten. In den vorangegangenen Jahren war versucht worden, diese Ziele allmählich, durch Kürzungen der Zuwachsraten, durch Streichungen in einzelnen Bereichen bei Zugeständnissen in anderen zu erreichen. Der Sozialabbau sollte Schritt für Schritt, ohne große Konflikte mit den Betroffenen, vollzogen werden. In Grenzen erfolgreich war diese Strategie eigentlich nur in den konjunkturell günstigen Jahren 1978 und 1979. Inzwischen muß jedoch befürchtet werden, daß die Bundesregierung radikalere Lösungen ins Auge faßt. Schon in der Regierungserklärung wurden bei der Sparförderung und beim Wohnungsbau tiefere Schnitte vollzogen, als ursprünglich angekündigt. Und die Formulierung der Vorhaben in der Rentenversicherung läßt alle Wege offen. In der Koalitionsvereinbarung heißt es hierzu: „Nach 1984 wird bei der Anpassung dem Gesichtspunkt der gleichgewichtigen Entwicklung der verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner unter Beachtung der finanziellen Stabilität der Rentenversicherung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen."

Festzuhalten ist, daß eine Realisierung der erklärten finanzwirtschaftlichen Ziele der Bundesregierung vor dem bestehenden wirtschaftlichen Hintergrund nur um den Preis wirklich einschneidender Eingriffe in das System der Sozialen Sicherung möglich sein wird. Dies birgt die Gefahr in sich, daß es – ähnlich wie zur Zeit in Großbritannien – zu einer Kumulation der sozialen und wirtschaftlichen Probleme kommt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) weist in einer unlängst veröffentlichten Analyse darauf hin, daß die Sozialausgaben bisher eine gewisse konjunkturstabilisierende Wirkung hatten, daß Kürzungen krisenhafte Entwicklungen verstärken. Dies würde die finanzielle Basis der Sozalversicherungen weiter schwächen und – falls es zu keinem grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel kommt – die Bundesregierung zu weiteren Eingriffen in die Sozialleistungen veranlassen. So verursachen 100 000 zusätzliche Arbeitslose allein bei der Rentenversicherung einen Einnahmeausfall von 230 Mio. DM, bei einer Kürzung der Lohnerhöhungen um nur ein Prozent entfallen Einnahmen von einer Milliarde.

Es besteht also die Gefahr, daß die Politik der Bundesregierung hier Entwicklungen auslöst, die die Funktionsfähigkeit des Systems der Sozialen Sicherung schließlich untergraben müssen.

Jörg Goldberg

# Medienkritik

## „LILI MARLEEN" ODER DER HELDENHAFTE OPPORTUNISMUS

Nach Fassbinders eigener Aussage haben ihn drei Dinge an dem „Lili Marleen"-Stoff interessiert: Daß er erstens die Geschichte einer Liebe ist, „die eigentlich deswegen die große Liebe im Leben der beiden ist, weil sie nicht stattfindet", daß es zweitens um eine Künstlerin geht, die „selbst in so einem Regime überleben will", Karriere machen will, „egal ob das nun ein III. Reich ist oder nicht". Und drittens meint Fassbinder, man müsse jenes *dritte Reich* (nur Unbelehrbare sagen immer noch Faschismus), um es „kritisieren zu können", erst auf sich zukommen lassen, es erst einmal nachvollziehen. „Ich halte es für möglich, etwas über den spezifisch deutschen Nationalsozialismus zu erzählen, indem man einfach darstellt, was reizvoll daran war" (Interviews in „Kino", Mai 1980 und FAZ, 29. 12. 1980).

In unglücklichen Liebesgeschichten werden gewöhnlich diejenigen Kräfte, die die Liebeserfüllung verhindern und für Tragik sorgen, als lebens- und menschenfeindlich dargestellt. So wie in dem Film „Madame Dubarry", der 1919 der UFA den Weltmarkt eröffnete, die französische Revolution, genauer der Fanatismus der Revolutionäre das Liebesleben der Helden stört, so wird auch bei Fassbinder das Liebesglück der Menschen nicht so sehr vom Faschismus verhindert, sondern dadurch, daß einer (Pech für ihn) ein Jude ist und sich im Widerstand betätigt.

Denn in diesem Film geht es schon längst nicht mehr nur um den *hilflosen Antifaschismus*. Die Perspektive seiner Bilder ist schlicht profaschistisch: Sie wird deutlich vor allem an der Darstellung des Widerstandes, von dem nur sehr wenig reizvolle Seiten zu sehen sind, die zudem nur in der Phantasie derjenigen Propagandisten damals und heute existieren, die ihn zu verharmlosen und zu denunzieren trachte(te)n. Er ist ein Haufen von Filmgangstern (NS-Klischee) und reichen Exiljuden (NS-Klischee), sie halten sich nicht an Abmachungen und sprengen die Brücke in die Luft, auf der verhandelt wurde, sie respektieren nicht die NS-Sentimentalität und schießen, bevor das Lied zu Ende ist. Nur in NS-Filmen sind Juden und Rote immer so zu sehen gewesen. Einzig der Liebhaber Robert hat Anrecht auf einen leicht trotteligen Künstler-Idealismus à la Holocaust.

Daß Lili Marleen vorübergehend abtrünnig wird und eine Filmrolle in die Schweiz schmuggelt, geschieht natürlich nur dem Geliebten zuliebe. Für die Bilder aus den KZs interessiert sie sich nicht, die brutale Durchsuchungsaktion, die sie durch ihre Ungeschicklichkeit auslöst, beeindruckt sie kaum, und gewiß sind es nicht die KZ-Greuel, die sie zum Selbstmordversuch treiben. Der Widerstand dieser unangefochtenen Film-Heldin gegen das Regime beschränkt sich auf das Singen des Liedes von der Laterne, das erst vom Führer gelobt und belohnt, dann verboten, und schließlich auf internationalen Druck noch einmal aufgeführt wird: welche besseren Beweise für den reinen, über den Streit der Parteien erhobenen Charakter der *Kunst* kann es geben? Daß es vielleicht einfach schlecht ist, läßt Fassbinder sogar seine Protagonisten sagen: er weiß schließlich, was man tun muß, um gewisse „kritische" Kritiker zum Stammeln zu bringen. Daß er es aber nicht scheut, dieses Lied *mitsamt seiner zynischen Kriegs- und Durchhaltepropaganda-Funktion* für zehn Millionen erneut zu bejubeln, ist eine Schweinerei. Oder?

Opas Kino, das war mal, auch für Fassbinder, ein Papiertiger. Daß dieses Liebes- und Schnulzenkino altdeutscher Art eine der wichtigsten ideologischen Stützen und Machtausübungs-Instrumente des Faschismus war, ist eine banale filmhistorische Erkenntnis. Wer es zu rehabilitieren versucht, indem er seine Erfolge verklärt und seinen Stil wieder aufleben läßt, wer nur darstellen will, „was reizvoll" am Faschismus war, der stellt sich in die Reihe derjenigen, die die Rehabilitation Leni Riefenstahls und Kurt Georg Kiesingers begrüßen, ein Staatsbegräbnis für Dönitz fordern und „Freiheit für Rudolf Hess" rufen. Da hilft kein Suchen nach „Spuren und Zeichen" der Vergangenheit jenes Regisseurs Fassbinder, der sich jetzt „Spielleiter" nennt und mit reaktionären Drehbuchautoren und Produzenten zusammen Geschäfte macht. Offenbar doch nicht zufällig.

Günter Giesenfeld

# Dokumente zum Zeitgeschehen

## Antrag von 24 SPD-Bundestagsabgeordneten an ihre Fraktion auf eine Kürzung der Verteidigungsausgaben

**(Wortlaut)**

*Mit großer Mehrheit und unter dem Beifall der tonangebenden Medien lehnte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion am 26. Januar 1981 einen Antrag von 24 ihrer Mitglieder ab, der auf eine Kürzung der Verteidigungsausgaben um eine Milliarde DM zugunsten der Entwicklungshilfe zielte. 37 von 228 SPD-Bundestagsabgeordneten stimmten für den Antrag. Es gelang der sozialdemokratischen Partei- und Fraktionsführung binnen zweier Tage, durch eine gezielte Kampagne gegen Karl-Heinz Hansen, einen der profiliertesten Verfechter des Antrags, einer inhaltlichen Diskussion auszuweichen. Hansen hatte in einem Zeitschriftenbeitrag u. a. gefordert, daß die Bundesregierung neben drastischen Kürzungen der Rüstungsausgaben den „Nachrüstungsbeschluß" vom Dezember 1979 kündigen und konkrete Schritte in Richtung auf eine „europäische atomwaffenfreie und entmilitarisierte Zone" einleiten müsse. Statt über die Konsequenzen der „Nachrüstung", deutsche Waffenexporte sowie die Verbindlichkeit sozialdemokratischer Parteitagsbeschlüsse zu diskutieren, leitete die SPD-Führung ein Parteiverfahren gegen Hansen „wegen bewußter und systematischer Schwächung" der SPD ein – und drängte den im folgenden wiedergegebenen Abrüstungsantrag der Fraktionsminderheit aus den Schlagzeilen. D. Red.*

Die Fraktion möge beschließen:

1. Die im Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1981 – Einzelplan 14 – Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung für „militärische Beschaffungen" vorgeschlagenen Ausgaben in Höhe von 16,924 Milliarden Mark werden um eine Milliarde Mark gekürzt.

2. Die im Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1981 – Einzelplan 23 – Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit für „Investitionen" vorgesehenen Ausgaben in Höhe von 4,852 Milliarden Mark werden um eine Milliarde Mark erhöht. Damit sollen die Mittel für bisherige Investitionen (z. B. Welternährungsprogramm, Nahrungsmittelhilfe, IDA usw.) angemessen erhöht sowie ein deutsches Solidaritätsprogramm zur Bekämpfung des Hungers, der Seuchen und des Analphabetismus in den zehn ärmsten Ländern der Dritten Welt erstellt und finanziert werden.

Begründung: Die Antragsteller berufen sich auf den Bericht der Nord-Süd-Kommission und auf die von Willy Brandt hierzu geschriebene Einleitung sowie auf die Rede Willy Brandts vor dem Weltfrontkämpferverband in München.

Mehr Waffen machen die Welt nicht mehr sicherer, sondern nur noch ärmer.

Es muß daher unter sozialdemokratischer Führung gelingen, in der Bundesrepublik damit zu beginnen, einen unter Sicherheitsaspekten verzichtbaren Teil der unproduktiven Ausgaben für immer neue Rüstungsgüter in produktive Aufwendungen für Entwicklungshilfe umzulenken.

Die jährlichen Rüstungsausgaben der Welt nähern sich der Summe von 450 Milliarden Dollar. Das sind mehr als zwei Milliarden Mark pro Tag. Demgegenüber machen die Ausgaben für Entwicklungshilfe nur 20 Milliarden Dollar, das sind weniger als 4,5 Prozent, aus.

800 Millionen Menschen der Dritten und Vierten Welt vegetieren am Rande des Hungertodes. Nach Schätzungen der UNICEF sind allein 1978 mehr als zwölf Millionen Kinder unter fünf Jahren am Hungertod zugrundegegangen. Nach Schätzungen der Welternährungskonferenz in Bukarest werden, wenn nicht unverzüglich Hilfe erfolgt, noch in diesem Jahrzehnt 60 Millionen Kinder an Hunger sterben.

Wo Hunger herrscht, kann Friede trotz Hochrüstung nicht Bestand haben. Wer den Krieg bannen will, muß die Massenarmut bannen.

Hunger, Ausbeutung, Armut, Not und Seuchen sind zudem auf lange Sicht die größten Einfallstore für den Weltkommunismus. Wer dieser Bedrohung der Freiheit wirksam begegnen will, kann sich nicht mehr nur auf die militärische Sicherheit und das wahnwitzige Wettrüsten verlassen.

Mit den Militärausgaben eines einzigen Tages könnte die Weltgesundheitsorganisation die Malaria, die Flußblindheit, die Schlafkrankheit und die Bilharziose ausrotten, Krankheiten und Seuchen, denen Millionen Menschen zum Opfer fallen.

Das Geld für einen Leopard II reicht aus, um 1000 Klassenräume für 30 000 Schüler zu erstellen.

Mit einem halben Prozent der Weltrüstungsausgaben könnte der Hunger in den zehn ärmsten Ländern der Welt durch Ausbau der heimischen Agrarproduktion gebannt werden.

Unser Antrag soll ein Anfang sein.

Den Antrag auf Kürzung des Verteidigungsetats zugunsten des Etats für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützen folgende Fraktionsmitglieder: Abgeordneter Rudi Schöfberger und weitere 23 Abgeordnete.

# Arbeitslosigkeit und Menschenrechte in den USA

**Ein Artikel des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO, Lane Kirkland, im „Handelsblatt" vom 31. Dezember 1980**

**(Wortlaut)**

*„Amerika ist wirklich wunderbar" – diese Parole, von Präsident Reagan bei seiner pompösen Amtseinführung ausgegeben, ist Ausdruck der Spekulation darauf, die Amerikaner durch einen nationalistischen Taumel von der Auseinandersetzung mit der tiefen wirtschaftlichen und sozialen Misere der USA und ihren realen Ursachen ablenken zu können. Wenige Tage vor Reagans vielzitiertem Ausspruch hat Lane Kirkland, Präsident des US-Gewerkschaftsdachverbandes, in einem vom Düsseldorfer „Handelsblatt" (31. 12. 1980) veröffentlichten Artikel einen drastischen Eindruck davon vermittelt, wie „wunderbar" die Lage in Amerika wirklich aussieht und wie es in „Gottes eigenem Land" um die Verwirklichung elementarer Menschenrechte bestellt ist. Besonders bemerkenswert erscheint der nachstehend dokumentierte Artikel auch im Hinblick auf die Person des Verfassers: Kirkland war der langjährige Vertraute und Schatzmeister und ist heute der Nachfolger des weltweit einschlägig bekannten George Meaney, unter dem der Gewerkschaftsdachverband AFL/CIO mit zahlreichen verdeckten Operationen des amerikanischen Geheimdienstes CIA, auch in West- und Osteuropa, in Verbindung gebracht wurde. Vgl. auch das Interview mit Ken Lawrence in diesem Heft. D. Red.*

Die industrialisierten Demokratien werden 1981 mit großen wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Die Fähigkeit demokratischer Systeme, den menschlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, wird auf die Probe gestellt. Insbesondere dahingehend, ob die Rückgewinnung und Erhaltung einer gesunden Wirtschaft ohne den Preis politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Benachteiligung des einzelnen Menschen möglich ist.

Wie der Gewerkschaftsbeirat bei der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im November dieses Jahres auf seinem letzten Treffen zum Ausdruck brachte, bleibt in den industriellen Demokratien das Problem der Arbeitslosigkeit eine gleich große Herausforderung wie die Inflation.

Von all den wirtschaftlichen Schädigungen, die einzelne Bürger zu ertragen haben, ist keine so vernichtend wie der Verlust des Arbeitsplatzes, die Arbeitslosigkeit. Ob der Einzelne die ihm kraft Verfassung und politischer Struktur in Demokratien garantierten Menschenrechte wahrnehmen kann, hängt von einem Arbeitsplatz mit angemessener Bezahlung und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen ab.

Chancengleichheit, Freizügigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten – alles menschliche Grundrechte – stehen für Menschen ohne Arbeitsplatz nur auf dem Papier. Im Ringen um die Gewährung der vollen Bürgerrechte an die schwarze Bevölkerung in den USA hat die organisierte Arbeitnehmerbewegung immer wieder darauf hingewiesen, daß beispielsweise das Recht auf gleiche Unterkunft in einem Hotel oder auf Bewirtung in einem Restaurant de fakto verneint wird, wenn der einzelne Bürger nicht die finanziellen Mittel hat, solche Rechte in Anspruch zu nehmen.

Heute werden Millionen Amerikanern – den amtlich als arbeitslos Registrierten, jenen, die den Mut verloren haben und aufhörten, nach einem Job zu suchen, solchen, die zur Teilzeitarbeit gezwungen werden, weil ganztägige Arbeitsplätze nicht zur Verfügung stehen – diese Bürgerrechte effektiv verneint. Eine Situation, die sich in allen anderen industrialisierten Demokratien der Welt wiederholt.

Die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten sind zu den vergessenen Amerikanern geworden, sowohl in den Augen der Presse und Medien als auch der politisch Verantwortlichen. Zu beobachten ist eine allgemeine Präokkupation mit dem Problem der Inflation in einem Maße, wo Überlegungen und Programme zur Lösung des vernichtenden Problems der Arbeitslosigkeit aus der Betrachtung ausgeschlossen werden.

Diese Situation ist nicht nur ein Unglück. Sie macht ökonomisch auch keinen Sinn. Arbeitslosigkeit heizt die Inflation an. Brachliegende Arbeitskräfte, Industriekapazitäten und Anlagen, sie alle tragen zur verminderten Produktivität und zu hoher Inflation bei.

Eine wirtschaftliche Stabilisierungspolitik, die sich auf massive Steuersenkungen für die Wohlhabenden und für die Unternehmen konzentriert, verwehrt den Millionen Arbeitslosen einen Platz am Tisch. Sie erhalten nicht einmal ein Stück vom Kuchen.

Das Versagen der Verantwortlichen, Programme zu entwickeln, welche die Arbeitslosen zurück in die Fabriken und sonstigen Arbeitsstätten bringen – und zwar zu produktiver Arbeit, welche den Anstoß an Gütern und Diensten für die Gesellschaft erhöht – signalisiert wirtschaftliche und soziale Probleme für viele Jahre. Nicht, daß es an Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen würde. Amerikas Anstrengungen, seine industrielle Basis zu modernisieren, um besser mit den Konkurrenten auf dem Weltmarkt in Wettbewerb treten zu können, werden sich festfahren, wenn dem Zerfall der wirtschaftlichen Infrastruktur nicht Einhalt geboten wird.

Unsere amerikanischen Städte, die für die industrielle Entwicklung unterläßliche Serviceangebote bringen, haben die Kraft verloren, die Expansion bestehender Industrien und Fabriken zu fördern. Hafenanlagen, Nahverkehrssysteme, Wasser- und Kanalsysteme sowie Fernstraßennetze in den USA befinden sich in einem verwahrlosten Zustand, oft jenseits der Reparaturmöglichkeit, weil sich die Städte in finanziellen Krisen befinden. Arbeitslosigkeit, nicht Inflation, ist die hauptsächliche Ursache der finanziellen Instabilität des urbanen Amerika. Für die Städte gehen aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit die Steuereinnahmen zurück und steigen die Ausgaben für Sozialprogramme.

Die Probleme, die mit der Wiederbeschäftigung des harten Kerns der Arbeitslosigkeit verbunden sind, können nicht über Nacht gelöst werden. Wenn beispielsweise knappe städtische Haushalte zu einer Beeinträchtigung des Ausbildungswesens führen, sind jahrelange Anstrengungen erforderlich, Ausbildungslücken zu schließen und Schulabsolventen auf frühere Bildungsniveaus zu bringen.

Es gibt soziale Kosten, die kaum mit Dollars zu bewerten sind. Höhere Sterbefälle aufgrund von zunehmendem Streß, zerbrochene Familien, aufgeschobene Ausbildungspläne, Krankheit infolge verspäteter Behandlung, all dies sind Folgen der Arbeitslosigkeit, die noch lange nachwirken, selbst wenn die amtlichen Arbeitslosenraten wieder fallen.

Besonders schwer kann sich die Volkswirtschaft von jenem Produktivitätsverlust erholen, den Ausfälle in der qualifizierten Arbeitnehmerschaft verursachen. Wenn qualifizierte Arbeiter damit

konfrontiert sind, daß ihre Arbeitsplätze eliminiert werden, verliert die Gesamtwirtschaft in doppelter Weise: im Hinblick auf die Investitionen in Zeit und Energie, die zur Erlangung einer beruflichen Qualifikation nötig sind, sowie der finanziellen Kosten, die zur Ausbildung eines neuen qualifizierten Arbeiters erforderlich wären.

Amerikas Konjunkturfachleute sagen inzwischen für die USA einen neuen Rezessionsrückfall voraus. Doch für die Arbeitslosen ist die erste Rezession noch nicht vorbei. Amerika ist also dabei, in eine neue Rezession abzugleiten mit einem Arbeitslosenstand auf rezessivem Niveau.

Die erste Rezession der letzten Zeit hat das soziale Gefüge der Vereinigten Staaten einschließlich der sozialen Abfederungssysteme zur Linderung der Arbeitslosigkeit auf eine Zerreißprobe gestellt. Die zweite Rezession kann jene Abfederungsmechanismen zum Stillstand bringen. Das System der Arbeitslosenversicherung befindet sich zu einem Zeitpunkt in einer desolaten Lage, wo die Wirtschaft in eine neue Rezession abrutscht.

Zusätzliche Lasten zeichnen sich für die Systeme sozialer Sicherung ab, wenn man der Rhetorik vieler neugewählter Kongreßmitglieder und der neuen Administration glaubt. Ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen würden die erste Verteidigungslinie der Gesellschaft gegen Rezession und Arbeitslosigkeit in Frage stellen.

Selbst wenn sie rhetorisch das Arbeitslosenproblem anerkennen, geschieht es in einer Weise, den Arbeitslosen Geduld zu raten. „Auf Eure Bedürfnisse werden wir zurückkommen", scheinen sie den Arbeitslosen zu sagen, „nachdem wir den Appetit all jener gestillt haben, die nie den vollen Tisch verlassen brauchten." Die Gesellschaft kann aber nicht abwarten. Die Arbeitslosen können nicht abwarten. Doch vor allem: Amerikas Wirtschaft kann nicht säumig bleiben, seine Arbeitslosen zurück an die Arbeit zu bringen.

Es gibt eine unabdingbare Verbindung zwischen einer gesunden, voll beschäftigten Wirtschaft und Menschenrechten. Es liegt auf der Hand, daß die organisierte Arbeitnehmerschaft vor der schwierigen Aufgabe steht, dem neuen amerikanischen Kongreß und der neuen US-Administration diese offenkundigen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge klarzumachen. Durch unsere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsverbänden der anderen Demokratien werden die US-Gewerkschaften ihre Anstrengungen verstärken, durch wirksame Maßnahmen das Arbeitslosenproblem in der westlichen Welt zu lösen.

---

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.*
*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33 000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.*
*Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 3/1981 der „Blätter" wird am 20. 3. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416*

## Autoren dieses Heftes

*Bernd GREINER,* geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen; lebt in Hamburg. • • • *Ron BROWN, M.P.,* geb. 1940 in Edinburgh, Ingenieur, hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, Unterhausabgeordneter der Labour Party, Wahlkreis Leith/Schottland. • • • *Nino PASTI,* geb. 1909 in Bologna (Italien), General der Luftwaffe i. R.; ehemals Stellvertretender Stabschef der italienischen Luftwaffe. Vorsitzender der Consiglio Superiore delle forze armate, Mitglied des NATO-Militärausschusses, Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen; heute Mitglied des italienischen Senats. • • • *Michiel Herman von MEYENFELDT,* geb. 1923 in Rotterdam, Generalmajor a. D., bis 1980 Chef der Kgl. Niederländischen Militärakademie, Mitglied der Christlich-Demokratischen Partei (CDA) und der Kommission der Reformierten Kirchen für das Studium der Kriegsproblematik. • • • *Dr. Werner GLINGA,* geb. 1945 in Bernburg/Saale, Studium der Romanistik, Germanistik und Publizistik in Münster, Paris und London; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, lebt als Journalist in Großbritannien. • • • *Ken LAWRENCE,* lebt in Jackson/Mississippi; seit den späten 50er Jahren in der Bürgerrechtsbewegung und Friedensarbeit tätig; heute hauptberuflicher Organisator der Bürgerrechtsbewegung in Mississippi, Leiter des Anti-Repression Ressource Team in Jackson und ständiger Mitarbeiter des „Covert Action Information Bulletin", einer Zeitschrift, die sich mit Enthüllungen der weltweiten CIA-Aktivitäten beschäftigt. • • • *Michael JUNG,* geb. 1950, Mitglied des Landesvorstandes der Jungsozialisten in Hamburg. • • • *Sara STEBBINS,* geb. 1943 in Tampa/Florida, lebt seit 1965 in der Bundesrepublik; z. Z. Studienreferendarin in Hamburg. • • • *Dr. Jürgen KUCZYNSKI,* geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Wilma ALBRECHT,* geb. 1947 in Ludwigshafen; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik, Lehrerin, Zeitschriftenveröffentlichungen.

## Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt ein Faltblatt des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit bei, das wir der Aufmerksamkeit unserer Lester empfehlen. D. Red.